Einzelverkaufspreis eine Mark und fünfzig Pfennige inklusive fünfeinhalb Prozent Mehrwertsteuer

Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 178 21. MAI 1977
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16.00 Uhr

Seite 1: *Sammeleinspruch gegen den Schnellen Brüter / Anti–KKw–Aufkleber – auf Chinesisch und Russisch / Das allernächste Asphaltaktivisten–Treffen in Berlin / Gruppe der Zwangsdienstgegner gegründet / Alternativjahrmarkt Bremen / Die Notwendige Zeitung für Flensburg und Umgebung / Pfingstkongress der Arbeiter–Selbsthilfe (ASH) findet statt!*

INTERNATIONALES

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20
tel.07071/23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt
tel.0611/70 57 72

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

postscheckkonto
gerd kever
nr.360811-606
6000 frankfurt 90

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto: frankfurter informationsdienst e.v. 6000 frankfurt 90 nr. 52 52 28 - 602 überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".

SAMMELEINSPRUCH GEGEN DEN SCHNELLEN BRÜTER

MOERS 17. Mai — Noch bis zum 20. Juni läuft die Einspruchsfrist gegen den Bau des Kühlturms am schnellen Brüter in Kalkar. Von der Bürgeraktion „Stop Kalkar" und der Niederrheinischen BI gegen Atomkraftwerke werden derzeit Listen verschickt, auf denen Einspruch gegen den Bau des Kühlturms erhoben werden kann. Diese Listen können bestellt werden bei: Guido Quinkert, Hermann-Löns-Weg 3, 4130 Moers 2, Tel.: 02841 / 64551

ANTI–KKW–AUFKLEBER NUN AUCH IN CHINESISCH UND RUSSISCH

HEIDELBERG 8.Mai — Um die ständig wachsende Nachfrage auch aus dem sozialistischen Ausland zu dekken, hat sich die OOA (Organisationen til Oplysning om Atomkraft/Dänemark) entschlossen, das in vielen westeuropäischen Ländern sehr erfolgreiche Sonnenzeichen gegen AKWs jetzt auch auf russisch und chinesisch herauszubringen. Ein für uns in der BRD nicht unwesentlicher Nebeneffekt dabei ist, daß viele Genossen, die anscheinend nicht deutsch verstehen, dieses Zeichen nun auch in ihrer 'Wahlmuttersprache' erhalten können und ihnen vielleicht klar wird, daß die AKWs ihre sozialistischen Vorbilder nicht weniger gefährlich sind als kapitalistische.

Zwecks Auskunft über Bezugsquellen des Sonnenzeichens auf deutsch wendet Euch an:

Initiative Umweltschutz c/o B. Kretschmann, Alte Bergheimer Str. 6, 69 Heidelberg



DAS ALLERNÄCHSTE ASPHALTAKTIVISTEN-TREFFEN

BERLIN 19. Mai — Findet von langer Hand vorbereitet zu Pfingsten in Berlin statt, also vom 27. - 30.5. Strassenmusiker, maler, tänzer und träumer mögen sich am 27. 5. ab 19.oo Uhr im „Rumpelstielzchen", Moabit, Quitzowstr. 108, treffen. „Wer's irgendwie ermöglichen kann, sollte dann da sein," schreibt der Uli in seinem Einladungsbrief. Samstag, 13.00 ist auf dem Klausenerplatz gegenüber dem Charlottenburger Schloß ein Konzert mit allen und allem. Abends Treffpunkt Drugstore. Der Sonntag beginnt mit einem öffentlichen Picknik im Tiergarten, sowie anschließendem Fußballturnier. Nachmittags sammeln sich Mensch und Musik auf einigen Berlinen Stadtteilfesten. Dann nochmal abends Drugstore und am Montag Abschlußspektakel im Schloßpark. „Also", spricht Uli, „stimmt eure Klampfen, kolophoniert eure Bögen und kommt". Sonderwünsche beantwortet sein Telefon 324 14 29.

BERICHTIGUNG: EIN FEHLER IN DER BÜCHERLISTE

Bei der Aufzählung der Bücherlisten der Marburger Buchhandlung 'Roter Stern' im ID 176 S. 22, ist die Liste 'Studentenbewegung' gleich zweimal aufgeführt, die Liste Faschismus dabei rausgefallen (was für ein Tausch!) Also richtig ist: Liste Staatstheorie (103 Titel) Faschismus (135 Titel) Studentenbewegung (65 Titel)

GRUPPE DER ZWANGSDIENSTGEGNER GEGRÜNDET

KÖLN 17. Mai — In Köln gibt es eine Koordinationsadresse für alle die, die auch den Zivildienst verweigern. c/o Dieter Schöffmann, Zülpicherstr. 234, 5000 Köln 41, Tel.: 0221 / 421996

ALTERNATIVJAHRMARKT

BREMEN 18. Mai — Ein solcher wird in Bremen für den 11./12. Juni von der Alternativzeitung Schnürschuh vorbereitet. Er soll die einzelnen Selbstorganisationsgruppen in und um Bremen bekannt machen und Kontakt unter ihnen herstellen. Gruppen aus folgenden Bereichen sind angesprochen zu erscheinen: Eigenökonomie, Selbstversorgung, Medien, (Gegen) Kultur, Pädagogik, Frauen, Ökologie, Wohnbereich. Der Jahrmarkt findet statt in der Weserburg und davor, an der Bürgermeister Schmidt Brücke.

Kontaktadresse: Bernd Collenbusch, Besselstr. 6, 2800 Bremen Tel: 74792

DIE NOTWENDIGE ZEITUNG FÜR FLENSBURG UND UMGEBUNG

FLENSBURG 16. Mai — Nachdem wir seit Februar an einer Alternativzeitung arbeiten, ist zum 1. Mai endlich die erste Ausgabe erschienen. Es ist zwar nur eine Notausgabe mit einer Auflage von 350 Exemplaren, aber die Nr. 1 wird am 18.,19. Mai herauskommen. Auflage wird erstmal 500 sein. Wir, das sind 7 Leute, die vorher in verschiedenen Bereichen politisch aktiv waren, vor allem in der Bürgerinitiative gegen AKW, und die aus den verschiedenen Berufen kommen - ein Tischler, Schüler, Arbeitslose, ein Druckerlehrling. Die Zeitung hat erstmal die Auf-

gabe für verschiedene Initiativgruppen ein Forum zu sein und soll monatlich erscheinen. Bis jetzt haben auch schon mehrere Gruppen und Einzelpersonen die Gelegenheit genutzt, endlich mal das zu schreiben, was ihnen wichtig erscheint.

Kontaktadresse: 'Die notwendige Zeitung', Hartmut Ivers, Teichstr. 19, 2390 Flensburg

PFINGSTKONGRESS DER ARBEITER–SELBSTHILFE(ASH) FINDET STATT!

FRANKFURT 19.Mai Gegen Gerüchte,der Pfingstkongress der Arbeiterselbsthilfe(ASH)finde nicht statt, hier eine notwendige Information.Die ASH hat einen Prozess durchgemacht,der in drei autonome Gruppen gemündet ist.Zwei davon arbeiten zusammen und organisieren den Kongress.

DER BUBACK-NACHRUF

GÖTTINGEN 19. Mai *Der Göttinger Asta ist zur Zeit unter massivem Beschuß, weil er einen Buback-Nachruf abdrucken ließ, aus dem die rechtsstaatlich empörte Öffentlichkeit gerade einen Satz erfahren durfte. Die mobilisierte Gegenöffentlichkeit ist nun dabei, den gesamten Text zu dokumentieren. Auf Flugblättern und in Alternativzeitungen wird er verbreitet - einmal, damit wir wissen, was für Überlegungen von einem Kommentator der Frankfurter Rundschau 'blanker Faschismus' genannt werden und zum anderen, weil es selbstverständlich ist, daß solche Diskussionen bei den Linken geführt werden.*

Dies soll nicht unbedingt eine Einschätzung sein oder ein kommentierter Verriss vom Schreibtisch aus, mit päpstlichem Gestus vorgetragen und als „solidarische Kritik" bezeichnet. Ausgewogenheit, stringente Dialektik und Widerspruch — das ist mir alles piep-egal. Mir ist bei dieser Buback-Geschichte einiges aufgestossen, diese Rülpser sollen zu Papier gebracht werden, vielleicht tragen sie ein bisschen zu einer öffentlichen Kontroverse bei.

Meine unmittelbare Reaktion, meine „Betroffenheit" nach dem Abschuß von Buback ist schnell geschildert: ich konnte und wollte (und will) eine klammheimliche Freude nicht verhehlen. Ich habe diesen Typ oft hetzen gehört, ich weiß, was er bei der Verfolgung, Kriminalisierung, Folter von Linken für eine herausragende Rolle spielte. Wer sich in den letzten Tagen nur einmal genau genug sein Konterfei angesehen hat, der kann erkennen, welche Züge dieser Rechtsstaat trägt, den er in so hervorragender Weise verkörperte. Und der kennt dann auch schon ein paar Züge von den Gesichtern jener aufrechten Demokraten, die jetzt wie ein Mann empört und betroffen aufschreien.

Ehrlich, ich bedaure es nur wenig, daß wir dieses Gesicht nun nicht mehr in das kleine rotschwarze Verbrecheralbum aufnehmen können, das wir nach der Revolution herausgeben werden, um der meistgesuchten und meistgehaßten Verbrecher der alten Welt habhaft zu werden und sie zu öffentlichen Vernehmungen vorzuführen. Ihn nun nicht mehr — enfant perdu....
Aber das ist ja nun nicht alles gewesen, was in meinem und im Kopf vieler anderer nach diesem Ding herumspukte. So eine richtige Freude, wie etwa bei der Himmelfahrt von Carrero Blanco, konnte einfach nicht aufkommen. Nicht, daß ich mich von der wirklich gut inszenierten „öffentlichen" Empörung und Hysterie kirre machen ließ; dieses Spektakel scheint ja wirklich von mal zu mal besser zu funktionieren und daß irgendwo im Konzert dieser politischen Eunuchen, die von der Herstellung der „öffentlichen Meinung" leben (gut leben), sich eine einzige „kritische" Stimme erheben würde, daran glaubt wohl keiner von uns mehr.

Aber deswegen ist mir dieser hermetisch wirkende Block gleichgeschalteter Medien, offizieller Verlautbarungen und Kommentare doch nicht so egal, daß ich mich bei irgendwelchen Aktionen überhaupt nicht mehr um ihn zu kümmern brauchte. Die Wanzenaffaire hat doch gezeigt, daß sich dieser Chor der Aufrechten Läuse in den Pelz gesetzt hat, die ihn kratzen, die sich nicht mit Meinungen und Kommentaren hinwegretuschieren lassen. Da haben sich immerhin Risse und Brüche in dieser scheinbar festgefügten Legitimationsfassade gezeigt, die wir ausnutzen müssen. Und können, sogar in Bezug auf Stammheim. Da haben wir eine Gelegenheit versäumt, ein öffentliches Gemurmel, ein öffentliches Unbehagen der Nonchalance mit der die Bubacks, Maihofers, Schiess und Bendas die dicksten Rechtsbrüche begehen, offensiv für uns und die Gefangenen zu nutzen. Diese Chance ist vorerst vorbei. Jetzt — nach dem Anschlag — ist nicht nur wieder jedes Mittel recht, um die „Terroristenbrut" zu zerschlagen, sondern die angewandten Mittel sind gar zu gering.

Das mag ein persönlicher Eindruck sein; ich hatte auch keine Ideen und keine Kraft, bei dieser Affaire einzugreifen. Aber deutlicher wird das, was ich damit kritisieren will, vielleicht am Beispiel des Roth/Otto Prozesses in Köln. In diesem Prozess war die Strategie der Bubacks die, Linke, die nachweislich nicht geschossen haben, als Polizistenmörder zu verurteilen. Revolutionäre Linke sind Killer, ihre Gesinnung, ihre Praxis prädestiniert sie zu Killern, die vor KEINEM Mittel zurückschrecken — so die Gleichung der Ankläger und (offensichtlich) der Richter.

In mühevoller Kleinarbeit ist den beteiligten Genossinnen und Genossen wenigstens ansatzweise gelungen, dieses Strategie zu durchkreuzen, daß selbst die gleichgeschalteten Medien über die Sauereien, unmenschlichen Haftbedingungen, Verfahrensfehler etc. gezwungen sind zu berichten. Das kleine Stammheim in Köln hat so auch ein Schlaglicht auf das echte Stammheim werfen können. Am letzten Mittwoch haben die Anwälte von Roth und Otto Antrag auf Haftentlassung gestellt, weil einfach von der Beweislage her der Vorwurf des gemeinschaftlichen Mordes am Polizisten Pauli nicht mehr aufrecht zu halten war. Die Gleichung „Linke sind Killer" war durchkreuzt. Ich befürchte aber, daß mit dem Anschlag auf Buback den Genossen die guten Karten aus der Hand geschlagen worden sind, daß hierdurch eine unfreiwillige Amtshilfe für die Justiz geleistet wurde, die vielleicht sogar den Urteilsspruch negativ beeinflussen wird.

Die Blindheit jener, für die sich die politische Welt auf Stammheim reduziert, und die völlig unabhängig von der jeweiligen ,politischen Konjunktur' den Kampf führen und ihre Mittel wählen. könnte so andere Genossinnen und Genossen entwaffnen und wäre ein unfreiwilliger Beitrag dazu, sie fertig zu machen. ,Counterinsurgency' andersherum...

Diese Überlegungen alleine haben ausgereicht, mein inneres Händereiben zu stoppen. Aber es kommt noch doller. Ich habe auch über einige Zeit hinweg (wie so viele von uns) die Aktionen der bewaffneten Kämpfer goutiert; ich, der ich als Zivilist nie eine Knarre in der Hand hatte, eine Bombe habe hochgehen lassen. Ich habe mich schon ein bischen daran aufgegeilt, wenn mal wieder was hochging und die ganze kapitalistische Schickeria samt ihren Schergen in Aufruhr versetzt war, Sachen, die ich im Tagtraum auch mal gern tun tät, aber wo ich mich nicht getraut hab, sie zu tun.

Ich habe mir auch jetzt wieder vorgestellt, ich wäre bei den bewaffneten Kämpfern, werde gesucht, gejagt, lebe irgendwo in einem konspirativen Zusammenhang von einigen Leuten, muß aufpassen, daß meine alltäglichen Verrichtungen (einkaufen, Papierkörbe ausleeren, einen Film ansehen) mir nicht schon den Garaus machen.

Ich frage mich, wie ich — abgeschnitten von alltäglichen, persönlichen und politischen Zusammenhängen — mit meinen Leuten die Entscheidung über eine Aktion fällen könnte. Wie ich mich monatelang darauf vorbereiten müsste, daß Buback weg muß, wie mein ganzes Denken von Logistik und Ballistik bestimmt wird. Wie ich mir sicher sein kann, daß dieser und kein anderer sterben muß, wie ich in Kauf nehme, daß auch ein anderer dabei draufgeht, ein dritter vielleicht querschnittgelähmt sein wird etc...

Ich möchte völlig umdenken; ich denke immer noch, daß die Entscheidung zu töten oder zu killen bei den Herrschenden liegt, bei Richtern, Bullen, Werkschützern, Militärs, AKW-Betreibern. Daß ich dafür extra ausgebildet sein müßte, kaltblütig wie Al Capone, schnell, brutal, berechnend.

Wie soll ich mich entscheiden, daß Buback wichtig ist, nicht nur für mich und meine Leute, sondern auch für die anderen Leute. Daß er wichtiger ist als der Richter X am Gefängnis Y oder einer seiner Wärter ? Oder daß der Verkäufer an der Ecke, der dauernd „Kopf ab" brüllt eine ,geringere' SChuld trägt als Buback ? Nur, weil er weniger Verantwortung hat? Warum diese Politik der Persönlichkeiten ? Könnten wir nicht mal zusammen eine Köchin entführen und sehen, wie sie dann reagieren, die aufrechten Demokraten ? Sollten wir uns nicht überhaupt mehr auf Köchinnen konzentrieren ?

Wenn in Argentinien oder gar in Spanien einer dieser staatlich legitimierten Killer umgelegt wird, habe ich dieses Problem nicht. Ich glaube zu spüren, daß der Haß des Volkes gegen diese Figuren wirklich einVolkshass ist. Aber wer und wieviele Leute haben Buback (tödlich) gehaßt ? Woher könnte ich, gehörte ich den bewaffneten Kämpfern an, meine Kompetenz beziehen, über Leben und Tod zu entscheiden ?

Wir alle müssen davon runterkommen, die Un-

terdrücker des Volkes stellvertretend für das Volk zu hassen, so wie wir allmählich schon davon runter sind, stellvertretend für andere zu handeln oder eine Partei aufzubauen. Wenn Buback kein Opfer des Volkszorns wird (oder wegen mir auch des Klassenhasses, damit kein falscher Verdacht aufkommt), dann geht die Gewalt, die so ausgeübt wird, ebensowenig vom Volk aus, wie Bubacks Gewalt vom Volk ausging.

Wir brauchen nur die Zeitungen aufzuschlagen und die Tagesmeldungen zu verfolgen; die Strategie der Liquidierung, das ist eine der Strategien der Herrschenden. Warum müssen wir sie kopieren ? Die Leute (das Volk) haben Angst davor, sie haben ihre Erfahrungen damit gemacht, genauso wie mit Einkerkerung und Arbeitslager. Was wir auch tun, es wirft immer ein Licht auf das, was wir anstreben. Wir werden unsere Feinde nicht liquidieren, nicht in Gefängnisse sperren und deswegen gehen wir doch nicht sanft mit ihnen um.

Unser Zweck, eine Gesellschaft ohne Terror und Gewalt (wenn auch nicht ohne Aggressionen und Militanz), eine Gesellschaft ohne Zwangsarbeit (wenn auch nicht ohne Plackerei), eine Gesellschaft ohne Justiz, Knast und Anstalten (wenn auch nicht ohne Regeln und Vorschriften: besser Empfehlungen) dieser Zweck heiligt eben nicht jedes Mittel, sondern nur manches. Unser Weg zum Sozialismus (wegen mir: zur Anarchie) kann nicht mit Leichen gepflastert werden.

Warum liquidieren? Lächerlichkeit kann auch töten, zum Beispiel; auf lange Sicht und Dauer. Unsere Waffen sind nicht lediglich Nachahmungen der militärischen, sondern solche, die sie uns nicht aus der Hand schießen können. Unsere Stärke braucht deswegen nicht in einer Phrase zu liegen (wie der der ‚Solidarität'). Unsere Gewalt endlich kann nicht die Al Capones sein eine Kopie des offenen Straßenterrors und des täglichen Terrors, nicht autoritär, sondern antiautoritär und deswegen umso wirksamer. Um der Machtfrage willen (O Gott!) dürfen Linke keine Killer sein, keine Brutalos, keine Vergewaltiger, aber sicher auch keine Heiligen, keine Unschuldslämmer. Einen Begriff und eine Praxis zu entfalten von Gewalt/Militanz, die fröhlich sind und die den Segen der beteiligten Massen haben, das ist (zum praktischen Ende gewendet) unsere Tagesaufgabe. Damit die Linken, die so handeln, nicht die gleichen Killervisagen wie die Bubacks kriegen.

Ein bißchen klobig, wie? Aber ehrlich gemeint. . .

Ein Göttinger Mescalero

NUR TOTE SCHWEIGEN

FRANKFURT

"In diesem Artikel geht es uns darum,eine mögliche Liquidierung von Jochen und die Hatz auf seine Helfer zu verhindern. Wir fordern die bewaffnete Linke zu einer eindeutigen Stellungnahme auf.

Hans Joachim Klein hat seine Erklärung nicht nur an den Spiegel sondern auch an uns in Frankfurt geschickt.Der Brief richtet sich auch an uns,er ist der Versuch,unterbrochene Zusammenhänge wieder herzustellen-so gut das einem doppelt gejagten wie Klein-Klein ' heute möglich ist".

Klein–Klein ist ein Genosse, den viele von uns kennen, der mit uns eine weithin gemeinsame Geschichte hat. Es ist die Geschichte der linksradikalen Bewegung in Frankfurt. Eine Geschichte auch von Niederlagen, Verwirrungen und Resignation. Klein–Klein hat diese Situation, die er nur noch als elend und schmählich empfand, nicht mehr ausgehalten: er schloß sich der Stadtguerilla an. Daß er sich jetzt– nach schlimmen Erfahrungen – von ihr wieder trennt, freut uns. Zu Selbstbestätigung und Selbstbefriedigung ist freilich kein Anlaß: die elende deutsche Situation dauert an, eine kämpferische, revolutionäre und lebensbejahende Antwort haben wir nicht gefunden. Wir suchen. Die Stadtguerilla hat bis vor ganz kurzem den „Kämpfer" Klein für sich reklamiert. Dem abgesprungenen Genossen Klein–Klein, der sich in einer entsetzlichen Lage befindet , weil er nirgendwo zurückkehren kann, wollen wir helfen, wir wollen mit ihm reden– wir wollen ihn aber nicht für uns reklamieren. Er kann für sich selber sprechen.
Dem Brief ist zu entnehmen, daß Klein–Klein Angst hat: vor der Rache der Stadtguerilla, national oder international.
Wir halten diese Angst für mehr als berechtigt. Die Stadtguerilla sagt von sich, ihre Verkehrsformen seien von Solidarität und Liebe geprägt. Wir glauben davon kein Wort. In der Logik der Stadtguerilla liegt es viel eher, die sogenannten „Widersprüche in den eigenen Reihen" militärisch zu lösen. Der Mord an Schmükker trägt diese Handschrift genauso wie eine Parole an einer Wand der Universität in Frankfurt: Andreas raus, Dany rein!
Wo es nur die Alternative Fighter oder Bulle gibt, befindet sich die Abweichung immer in tödlicher Gefahr. Das Liquidierungsdenken hat mit Revolution, Befreiung und Autonomie aber auch nichts zu tun. Es gibt eine „revolutionäre" Blutspur: Kronstadt, Ukraine, Katalonien: Ausmerzung von Räten, Anarchisten, Trotzkisten, Demokraten, Bürgerrechtlern. In dieser Tradition – von der die Revolution heute vielerorts loskommen will– steht voll und ganz die Stadtguerilla.
Wir wünschten uns eine eindeutige Stellung nahme der verschiedenen Gruppen der Stadtguerilla zum „Abspringen" von Klein–Klein und den Konsequenzen, die daraus gezogen werden. Erzwingen können wir diese Stellungnahme nicht: es gibt keine Adresse, an die wir uns wenden könnten. Daß Klein–Klein jetzt über Nacht auf der „Hinrichtungs"–Liste steht, können wir uns – leider – vorstellen. Sicher, die Stadtguerilla lebt gefährlich: fliegt sie auf, wartet auf sie die Hölle der Isolation und Vernichtung.
Aber das Operieren aus der Illegalität heraus hat auch sein furchtbar Einfaches: man ist der Diskussion, Auseinandersetzung und Veränderung entzogen, man schmeißt den Leuten bewaffnete Fakts vor die Füße– wenn' s sein muß, die Leiche des Verräters. Das ist dann der heroische , in die Zukunft weisende Beitrag der Stadtguerilla zu dem Problem, daß einem bewaffneten Kämpfer Zweifel gekommen sind: die Kugel aus dem Untergrund. Wir können Euch nicht– wie Ihr sehr wohl uns– drohen. Nur: wenn Ihr Klein–Klein umbringen wollt, dann seid Ihr eine dreckige Mörderbande– keinen Deut besser als die Bullen, die Euch jagen.
Die vielen JEMANDE bitten wir, dem Jochen Klein unsere liebevollen, aber auch traurigen Grüße auszurichten. Wo wir es können ,sind wir bereit, mit ihm zu reden ihm zu helfen, finanziell und sonstwie.
Wir vermuten, daß Jochen noch vieles zu sagen hat über die Erfahrungen, die er in den letzten zwei Jahren gemacht hat. Das wird nicht einfach und nicht ohne Selbstzweifel möglich sein, denn das, worum es vermutlich geht, rührt zutiefst an die internen Solidarisierungstabus der Linken.
Wir meinen aber, daß diese Diskussion in aller Konsequenz geführt werden muß: nicht das sogenannte „Auspacken" ist konterrevolutionär (Jochen weiß sehr wohl WIE er sprechen wird), sondern das Verschweigen, Zudecken und Weiterwursteln. Selbstverständlich sind wir bereit, soweit es uns möglich ist zur Veröffentlichung einer solchen Diskussion beizutragen.
Für die Stadtguerilla sieht es vermutlich so aus: mit dem „Abspringen" des „Verräters" hat sich der revolutionäre Körper gereinigt, ist der bewaffnete Alltag wiederhergestellt und der Unruheherd beseitigt. Wir sehen es anders: ein ungeheuer wichtiger Prozeß hat gerade erst angefangen. Es ist schlimm, daß erst die Erklärung von Klein-Klein uns stärker ermutigt hat, das zu sagen, was wir schon länger denken und vermuten: jetzt aber werden wir ganz entschieden kein Blatt mehr vor den Mund nehmen.

Pflasterstrand–Redaktion

EIN BRIEF VON "JEMAND"

"Die Spirale von Liquidierung und Denunziation fängt an zu kreiseln. Einerseits stellt das Wissen von Jochen über die Internationale Guerilla einen Schutz dar, andererseits die Ursache für seine Gefährdung. Es ist eine Frage von Planspielen und miesem Agentenscenarium

A. Ein Geheimdienst legt ihn um und bekommt ein paar bewaffnete Linke frei Haus.
B. Die Guerilla legt ihn um und unterstellt es einem Geheimdienst.....
(Pflasterstrand-Red.)

Genossinnen und Genossen!

Wir müssen etwas sagen: Wir gehören zu dem JEMAND, von denen Genosse Jochen Klein in seinem Brief spricht.

Auch wenn wir nicht vollständig damit einverstanden sind, wie Genosse Klein an die Öffentlichkeit getreten ist, halten wir es für unsere revolutionäre Pflicht, ihn zu unterstützen.

Er ist ein Revolutionär. Er will niemand verraten, er nennt keine Namen. Das Prinzip von Kritik und Selbstkritik ist nicht das Prinzip des Verrats – es ist revolutionäre Notwendigkeit. Deshalb haben wir den Brief des Genossen Klein an den „Pflasterstrand" übermittelt. Wir vertrauten nicht darauf, ob er im „Revolutionären Zorn" veröffentlicht worden wäre.

Genosse Klein war Mitglied der Guerilla. Er hat sie verlassen. Er ist aber nicht Müller oder Ruhland. Er will erreichen, daß die Guerilla mit ihrer Politik in Deutschland Schluß macht.

Das ist kein Akt der Verzweiflung, es ist eine politische Entscheidung. Weil der Genosse Klein ein konsequenter Revolutionär ist, sagen wir allen, die glauben, auf seine Kosten ihr schmutziges Süppchen kochen zu können: Genosse Klein läßt sich nicht als „ehemaliger Fighter" für die psychologische Kriegsführung anheuern.

Für alle Neugierigen: J. K. ist überall. In Monaco hat er sich mit Prinzessin Caroline verlobt, damit sie nicht entführt wird. In Frankfurt sitzt er im Magistrat. An Sonntagen treffen wir uns in Raumstationen. Sucht ihn überall, in allen Revieren. Ihr findet ihn überall. Macht Meldung, wenn ihr ihn findet. Sagt allen, wo ihr ihn zuletzt gesehen habt: überall!

Alle Versuche, uns zu ermitteln, um das Todesurteil (outside Operation) an Genossen Klein vollstrecken zu können, werden als das behandelt, was sie sind: Bullen-Aktivitäten (Angie an die Familie: warum haben Nada und Jonny in Wien ....?). Wir kennen viele Namen. Wir würden nicht davor zurückschrecken, sie zu nennen.

Der Kampf geht weiter!

JEMAND

ZUM PROZESS GEGEN ROTH UND OTTO

KÖLN
16.Mai

Aus einem der Befangenheitsanträge:

"Roland Otto und Karl-Heinz Roth sowie die Verteidigung sind über diese Veröffentlichung entsetzt. Sie erzeugt durch die doppelte und stark suggestive Verknüpfung zwischen Name und Portrait bzw. Ganzphoto der beiden Angeklagten sowie mit dem vorgeblichen Femegericht und der angeblichen Todesliste, auf der der abgelehnte Richter an erster Stelle stehen soll, den Eindruck, Karl-Heinz Roth und Roland Otto hätten den abgelehnten Richter zum Tode verurteilt, zumindest aber dessen Tötung geplant. ...

Die Kompaktheit der Vorwürfe und die ungewöhnliche Suggestionskraft des Artikels selbst ist in einem solchen Maße Vorverurteilung von Roland Otto und Karl-Heinz Roth, verlangt ihre Verurteilung geradezu unverblümt und setzt deshalb den abgelehnten Richter auch insoweit der begründeten Besorgnis der Befangenheit aus, als ein Freispruch vom Vorwurf des Mordes nach solcher Einflußnahme auf das öffentliche Bewußtsein für den abgelehnten Richter wenn nicht unmöglich so doch so erschwert wird, daß von einer unbefangenen Rechtsprechung seinerseits nicht mehr gesprochen werden kann. Aus Gründen die bereits weiter oben dargelegt wurden, ist auch eine gegenteilige Erklärung des abgelehnten Richters etwa des Inhalts, daß er sich bei der Würdigung der Beweise und der Urteilsfindung nicht beeinflussen lassen werde, nicht geeignet, die Besorgnis der Befangenheit auszuräumen. Gerade bei Indizienprozessen der vorliegenden Art wird die Unbefangenheit des Urteils und die Fähigkeit gegen den hier praktizierten Druck für einen Freispruch zu stimmen, so stark beeinträchtigt, daß sich auch der bestwollende Richter dieser Beeinflussung nicht wird entziehen können. Dies gilt nicht selten dann in besonderem Maße, wenn die subjektive Überzeugung, sich von Einflüssen der beschriebenen Art freizuhalten, besonders fest ist.

Nach der in der Bild am Sonntag verbreiteten und suggerierten Behauptung, Roland Otto und Karl-Heinz Roth hätten den abgelehnten Richter zum Tode verurteilt, kann dieser nicht mehr unbefangen richten."

15. Mai 1977 1,20DM C1109C
Bild am Sonntag
Das Blutvergießen nimmt kein Ende!
Terroristen verurteilen Kölner Richter zum Tode
Roland Otto
K.-H. Roth
Nach Bubacks Ermordung: Rotes Femegericht nennt das nächste Opfer
Schah biefet an: Ich nehme den deutschen

Titelseite der "Bild am Sonntag" vom 15. Mai77.
Die Haft aufrechtzuerhalten ist offensichtlich nur noch durch massive Stimmungsmache möglich. Die Verteidiger des Vertrauens stellen mit Hinweis auf diesen Bericht Befangenheitsanträge gegen den Vorsitzenden des Gerichts Draber.

KÖLN
16. Mai

34. Prozeßtag am 3. Mai

Zu Beginn der Verhandlung wurde Dr. Lill als Sachverständiger vernommen, er ist der Arzt, der im Krankenhaus Holweide bei Karl-Heinz Roth die medizinische Erstversorgung durchführte.

Dr. Lill schilderte, daß der Lungendurchschuß, den K.-H. Roth von einem Polizeibeamten bekommen hatte, so lebensgefährliche Verletzungen bei Roth hervorgerufen hatte, daß es dringend erforderlich war, zuerst diese Verletzungen zu behandeln. Der Gesundheitszustand von K.-H. Roth sei so kritisch gewesen, daß die Behandlung des Magen-Darm Schusses erst nach 8 Stunden möglich war.

Nachdem an diesem Verhandlungstag Roth zum erstenmal nach zwei Jahren seine Krankengeschichte und die Röntgenaufnahmen seiner Verletzungen gezeigt worden waren, erklärte er Dr. Lill, daß er seine medizinische Versorgung im Krankenhaus im Gegensatz zu früheren Äußerungen jetzt für korrekt halte, und erklärte u.a. dazu:
„Befundschilderung und Röntgenaufnahmen haben mir gezeigt, daß ich normalerweise garnicht mehr am Leben sein dürfte. Jetzt weiß ich, daß meine Vorbehalte bezüglich des Zeitpunkts u.a. der Bauchoperation angesichts der Folgen des Brustdurchschusses nicht mehr aufrechtzuerhalten sind.

Ich verdanke den Ärzten und dem Personal des Krankenhauses Köln-Holweide ganz eindeutig mein Überleben. Für das, was in der Folgezeit meiner Inhaftierung mit mir geschah, tragen sie keine Verantwortung. Ich bin den Ärzten und dem Klinikpersonal dankbar."

Durch die Röntgenbilder wurde weiter geklärt, daß die Magen-Darmverletzung durch einen Schuß aus der Pistole von Werner Sauber hervorgerufen wurde. Anschließend wurde der Polizeizeuge Fischer vernommen, der bestätigte, den Mündungsaufsatz der Waffe von Roth in dessen Kleidung gefunden zu haben.

35. Prozeßtag am 5. Mai

Dieser Verhandlungstag diente dazu, die Sachverständigen, die sich mit den Schüssen, deren Verlauf und den Beschädigungen beschäftigt hatten, zu hören.

Wir fassen die vorläufigen Ergebnisse dieser Gutachten wie folgt zusammen.:
Zur Verletzung von Werner Sauber hat sich ergeben, daß er drei Steckschüsse, drei Durchschüsse und einen Streifschuß erhalten hatte. Von diesen Schüssen hat er vier von hinten erhalten; bei der Rekonstruktion der Schußbahnen durch die Sachverständigen ergab sich, daß drei dieser Schüsse auf den liegenden Werner Sauber abgegeben worden sind. Dies unter anderm deshalb, weil die Lederjacke Saubers, die relativ lang war, nicht durchschlagen wurde, also diese hochgeschlagen gewesen sein muß, was jedoch nur möglich ist, wenn Werner Sauber gelegen hat. Dabei ist weiterhin auffällig, daß gerade der Einschußwinkel dieser Schüsse relativ steil war, was darauf schließen läßt, daß der Polizeibeamte nahe bei Werner Sauber stand, als er auf diesen schoß.

Bemerkenswert war an einem weiteren Punkt die Befragung des Sachverständigen durch das Gericht. Der Sachverständige Prof. Dr. Sellier hatte erklärt, daß der Durchschuß in der Fahrertür des NSU keinesfalls aus einer Polizeiwaffe stammen kann, da der Ein- und Ausschuß zu großkalibrig ist.

Mit diesem Ergebnis konnte sich der Vorsitzende Richter Dr. Draber keinesfalls einverstanden erklären. Er bemühte sich, durch waghalsige Konstruktionen dieses in Frage zu stellen. Zum Schluß fragte er den Sachverständigen, ob dieser Schuß nicht schon vorher im Wagen befunden haben könnte. Dies konnte dieser natürlich nicht ausschließen.

Hintergrund dieser Phantasien ist die Tatsache, daß durch die gutachterliche Aussage die Zeugenaussage Grüner, in einem weiteren Punkt widerlegt ist. Grüner hatte ausgesagt, daß er auf den liegenden Roth geschossen habe. Folge davon ist die Brustverletzung von Roth. Der Schußkanal dieser Verletzung belegt schon, daß das nicht stimmen kann. Auch die letzte Möglichkeit, mit der die Aussage Grüner zu retten gewesen wäre, nämlich, daß Roth gesessen hätte, ist ausgeschlossen, da dann die Wagentür des NSU von einem Polizeigeschoß hätte beschädigt sein müssen. Dies ist aber nach dem Gutachter nicht der Fall!

Erklärung von Karl Heinz Roth vom 13. Mai 1977

Aus aktuellem Anlaß möchte ich zu einigen Vorkommnissen eine Erklärung abgeben, die sich seit Anfang Mai in der Haftanstalt Bochum häufen. Da ich nicht wie der Vorsitzende Richter davon ausgehen kann, daß eine Presseerklärung meinerseits über Einschüchterungsversuche auch in der Presse abgedruckt wird — im Fall des Herrn Dr. Draber war die Bild-Überschrift „Psychoterror gegen Terroristen-Richter" und in meinem Fall könnte sie dann etwa heißen „In Possers Knästen Psychoterror gegen Terroristen" — da ich damit nicht rechnen kann, bleibt mir für diese Erklärung nur die Prozeßöffentlichkeit.

Ich fand gestern in meiner Haftzelle eine Kritzelei an der Wand, die war unter Benutzung eines Stifts von mir ausgefertigt worden, an exponierter Stelle. Die Kritzelei enthielt ein Anarchismussymbol A und einen Kreis darum, einige Buchstaben waren nicht zu entziffern, und dann kam das Wort Heroin. Ich habe zunächst versucht, das mit der Wurzelbürste wieder zu entfernen, das ist mir nur teilweise gelungen. Ich habe das dann auch heute morgen noch vorgewiesen.

Ich habe mir überlegt, was das bedeuten soll und ich bin zu dem Schluß gekommen, daß hier bei mir Angst erzeugt werden soll und daß sich irgendjemand oder irgendeine Institution die Möglichkeit offenzuhalten scheint, eine Verdächtigung zu ermöglichen, daß von mir das Wort Heroin mit dem Anarchismussymbol an die Wand geschrieben worden sei, und zweitens, daß ich etwa, und das wäre eine interessante Ergänzung, auch Proben in der Zelle hätte.

Zweitens: seit einiger Zeit kommt es zu einigen merkwürdigen Verhaltensweisen einiger Gefangener in der Gemeinschaftsfreistunde. Es handelt sich um Gefangene, die sehr kurzfristig da sind und die, wenn sie in ihrem Sinn einen Mißerfolg gehabt haben, dann sehr auffällig schnell wieder gesund sind und aus der Haftklinik entlassen werden. Mir sind in letzter Zeit zweimal chirurgische Ausrüstungen für den Untergrund angeboten worden. Ich käme ja wohl bald frei, und ich würde ja Instrumentarium für notchirurgische Behandlung im Untergrund brauchen. Diese beiden Gefangenen hatten beide auffällig detaillierte Kenntnisse über das Instrumentarium von chirurgischen Notbehandlungen, aber keinerlei allgemein medizinische Kenntnisse, was ich durch entsprechende Gegenfragen sehr schnell herausbekam. Mir wurde dieses Instrumentarium zu Hehler-Discountpreisen angeboten.

Dann, das läuft schon längere Zeit, hat sich aber auch verstärkt, gibt es Gefangene, die immer sagen, sie kämen aus der JVA Rheinbach oder Werl, die machen Befragungsversuche über den Tathergang, der hier verhandelt wird und über die Prozeßstrategie. Sie sprechen immer über die Einmaligkeit der Prozeßkonzeption, ihr macht es ja alles ganz anders als in Stammheim usw., und auch da ist mir interessant, daß sie erstens davon ausgehen, immer davon ausgehen, daß ich ja wohl zum Widerstand entschlossen gewesen sei am 9. Mai 1975 und daß sie dann Fragen stellen, die so präzis sind, daß sie nach Überprüfung der laufenden Prozeßberichterstattung in der Presse nicht aus der Presse stammen können. Ich wollte hier vielleicht noch anmerken, daß es in der Geschichte der politischen Justiz schon öfter vorgekommen ist, daß versucht worden ist, mit Spitzeln in Gefängnissen bestimmte Tatsachen zu erzeugen, die in der Wirklichkeit nicht existiert haben.

Dann wird in der letzten Zeit mir verstärkt angeboten, Kassiber herauszuschmuggeln, im Urlaub mitzunehmen usw. Da möchte ich dazu nur anmerken, daß in meiner Haftzelle ja eine Schreibmaschine steht und daß ich sehr oft abwesend bin. Dann möchte ich mitteilen, daß aus meiner Zelle eine Mappe verschwunden ist mit Notizen von mir, in denen ich aufgeschrieben habe die Kranken-Geschichten von Mitgefangenen, die mir diese erzählt haben. Schließlich wird teilweise von

den gleichen, teilweise von anderen Gefangenen gerade in der letzten Woche, verstärkt vor allem seit Anfang Mai, versucht, Informationen von mir zu bekommen über die Technik der Vortäuschung von Erkrankungen, ich sei ja da wohl kompetent dazu, denn ich sei Arzt. Das ist völlig neu, vor Anfang Mai ist das nie versucht worden.

Ich wollte noch zum wichtigsten Punkt etwas sagen. Es gibt eine Morddrohung durch einen Mitgefangenen, der sich rühmt, ein wichtiger, wenn nicht zentraler Vertrauensmann der Sicherheitsabteilung der JVA Bochum im Haftkrankenhaus zu sein. Diese Morddrohungen sind mehrfach ausgesprochen worden, einmal in Anwesenheit von anderen Gefangenen. Er würde mir die Knochen brechen, mich die Ballustrade — ich bin im dritten Stock, er ist zwei Zellen neben mir — herunterwerfen. Einer meiner Rechtsanwälte hat, wie ich gehört habe, einen stellvertretenden JVA-Leiter informell benachrichtigt, es ist nichts geschehen, obwohl, wie ich gehört habe, dieser Gefangene inzwischen bei dem Direktor der Haftanstalt vorgeladen war. In jüngster Zeit hat dieser Gefangene seine Drohung gegenüber anderen Mitgefangenen bekräftigt. Diese Mitgefangenen sind aber so verängstigt und eingeschüchtert, daß sie nicht bereit sind, als Zeugen aufzutreten. Ich bin unabhängig voneinander darüber informiert worden, daß geäußert wurde, ein so langer [illegible]zeß wie der hier ablaufende sei für ein Terroristenschwein viel zu schade und die Ballustradenlösung sei ja wohl etwas kürzer und schmerzloser, um mit mir abzurechnen.

Ich habe knastintern keine Möglichkeit, mich zur Wehr zu setzen und ich meine, daß eine minimale Sicherheitsvorkehrung doch darin bestehen könnte, daß man diesen Gefangenen wenigstens einen Stock unter mir in einer Zelle unterbringt, ich muß nämlich immer nach der Freistunde an ihm vorbeigehen.

Ich möchte, da das wirklich eine ernsthafte Angelegenheit ist, auch hier offiziell vor dem Gericht erklären, daß ich nicht die Absicht habe, mich etwa durch einen Sturz von der Ballustrade im dritten Stock des Gefängnisses um's Leben zu bringen.

Das Kölner Unterstützungsbüro für Karl-Heinz Roth und Roland Otto braucht dringend Geld !!

Spendenkonto
Sparkasse der Stadt Köln
[illegible]fgang Hippe
Konto-Nr. 10 510 32 87 oder

Postscheckamt Köln
Wolfgang Hippe Sonderkonto
Konto-Nr. 135816-508

KRONZEUGE IM DÄMMERZUSTAND PROZESS GEGEN ROBERT JAROWOY UND WERNFRIED REIMERS

FRANKFURT 18. Mai

Am 17. Mai 77 wollte das Gericht erneut den 'Kronzeugen' Harry Schäfer vernehmen. Die Märchenstunde war bis 11.00 Uhr vorgesehen, denn nur bis dahin hatte der psychiatrische Gutachter Schuhmacher - ständiger Beobachter dieses Verfahrens - Zeit, den Kronzeugen bei weiteren zu erwartenden Ohnmachtsanfällen (ID Nr. 176) aufzufangen.

Bereits am 10. Mai 77 hatten Robert und Wernfried und ihre Verteidiger beantragt, den Zeugen nicht weiter zu vernehmen, weil selbst nach Ansicht des Gutachters die Wiederholung eines Ohnmachtsanfalls (psychogener Stupor) bei stärkerer Belastung wahrscheinlich war. Die Verteidigung hatte somit nur zwei Möglichkeiten: entweder durch intensives Befragen beim Zeugen einen neuen Ohnmachtsanfall zu provozieren - d.h. sich an einer vom Gericht zu verantwortenden Körperverletzung zu beteiligen, oder den Zeugen von unangenehmen Fragen zu verschonen - was einer Behinderung der Verteidigung gleich käme.

Das Gericht entschied sich für die Befragung, aber die Vernehmung wurde zur Wahrung ihrer richterlichen 'Sorgfaltspflicht' in einem geeigneteren Saal fortgesetzt.

Die Verhandlung wurde am 17. Mai 77 im neuen Schwurgerichtssaal weitergeführt (der Betonklotz mit dem sinnigen Spruch: die Würde des Menschen ist unantastbar).

Aber auch an diesem Termin zögerte sich die Vernehmung des 'Kronzeugen' hinaus. 2 gegen die Vernehmung gerichtete Befangenheitsanträge wurden als Prozeßverschleppung für unzulässig erklärt. Eine Prozeßunterbrechung war nötig, um den Zeugen - dem es schon vor der Vernehmung schlecht ging - wieder aufzurichten. Und damit war die Vormittagsverhandlung auch schon wieder zu Ende.

Mittags sollte er nun vernommen werden. Prof. Schuhmacher hatte die Vernehmungsfähigkeit des Zeugen immer noch beharrlich bejaht. Nachdem H. Schäfer aber auch diesmal wieder kein Wort herausbrachte, machte nun endlich auch der Gutachter dem grausamen Spiel ein Ende: Harry Schäfer sei jetzt und in Zukunft nicht mehr verhandlungsfähig.

Damit mußte schließlich auch das Gericht bestätigen, was es noch am Vormittag der Verteidigung als Prozeßverschleppung vorgeworfen hatte.

Die nächsten Verhandlungstermine sind am Montag, 23.5. und Donnerstag, 26.5.77 jeweils um 14.00 Uhr im Landgericht Gebäude A, Raum 146

KEIN § 129 IM KNAST

BAMBERG 12. Mai

Bericht eines Beobachters zum Prozeß gegen Willi Piroch-

„Der Versuch, Widerstand im Knast erstmalig über die Konstruktion „Kriminelle Vereinigung" zu kriminalisieren, ist vorerst gescheitert. Mit einer großen Staatsschutzdemonstration, über 100 Bullen mit MP's und Polizeihunden und Kontrollmaßnahmen, die ihr Vorbild in Stammheim haben, begann am letzten Mittwoch, dem 11.5.77, der Prozeß gegen Willi Piroch. Willi sitzt seit über sechs Jahren im Ebracher Knast. Dort soll er nach Meinung der Anstaltsleitung eine kriminelle Vereinigung gegründet haben. Wegen dieses Vorwurfs wurde er nach Ende seiner 5-jährigen Haftstrafe sofort wieder in U-Haft gesteckt. (s. ID Nr. 169, 177).

Am ersten Prozeßtag wurden die Mitgefangenen Willis als Zeugen vernommen. Diese ließen sich nicht zum Werkzeug machen. Der nächste Tag brachte die Wende: Der Hauptbelastungszeuge (Hayduk), ein von der Anstaltsleitung angeheuerter Spitzel, gab zu Protokoll, daß er die belastenden Aussagen nur gemacht habe, um sich seine Halbstrafe zu sichern. (Diese hat er inzwischen auch bekommen).

Die Lügenkonstruktion fiel damit. Selbst der Staatsanwalt wurde in seiner Rolle unsicher. Bald stellte er die rethorische Frage, ob die Kriminelle Vereinigung eine Konstruktion der Anstaltsleitung sei. Er eröffnete, daß er ein Ermittlungsverfahren gegen die Anstaltsleitung eröffnen werde. Um die Untersuchungshaft noch irgendwie rechtfertigen zu können, versuchte das Gericht, die Anklage umzubauen. Nicht mehr um „kriminelle Vereinigung" sondern um Brandstiftung in der Knastschreinerei ging es plötzlich. Als am nächsten Prozeßtag auch dieser Vorwurf durch die Aussage des Spitzels nicht mehr zu halten war, blieb nur noch die Konstruktion einer mittelbaren Täterschaft übrig. Was daraus wird, entscheidet sich am Montag, 23.5.77, LG Bamberg.

Im ID 177 berichteten wir über den Hungerstreik im Knast Nürnberg und in Amberg. Der letzte Stand:

Robert Engelhardt und Michael Sager haben inzwischen Hafterleichterungen bekommen; sie haben den Hungerstreik abgebrochen. Emil Rainer Beck wurde am 4. Mai in das Nürnberger Knastkrankenhaus verlegt. Ihm wurde vorsätzlich das Wasser entzogen. Er setzte seinen Hungerstreik trotzdem fort.

Als der Prozeß gegen Willi Piroch begann, setzte er den Hungerstreik aus, um bei der Verhandlung etwas über seine Person einzubringen. Wir wissen nicht, ob das ging. Er hat angekündigt, daß er nach dem Prozeß den Hungerstreik wieder aufnehmen wird, wenn seine Isolationshaft bis dahin nicht aufgehoben ist.

VERWALTUNGSGERICHTSHOF ENTSCHEIDET GEGEN EMPELL

KARLSRUHE 10. Mai Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe , daß Michael Empell vom Oberlandesgericht in den juristischen Vorbereitungsdienst aufgenommen werden muß (siehe ID 176), ist am 21. April vom Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg aufgehoben worden. Empell hatte sich seit Jahren erfolglos um die Aufnahme in den juristischen Vorbereitungsdienst beworben und war abgelehnt worden mit Begründungen, er sei 'Symphathisant des SPK' (Sozialistisches Patienten Kollektiv), gehöre dem 'Komitee gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD' an und sei von 'rechts- und justizfeindlicher Gesinnung'. Zum Urteil des Verwaltungsgerichtshof schreibt Michael Empell:

'Der VGH (Verwaltungsgerichtshof) hat durch den Beschluß vom 21.4.77 dem Antrag des OLG (Oberlandesgericht) Karlsruhe auf Einstellung der Vollstreckung (gemeint ist die Vollstreckung des Urteils des Verwaltungsgerichts Karlsruhe, das den OLG-Präsidenten in Karlsruhe verpflichtet hatte, mich - außerhalb des Beamtenverhältnisses - in den juristischen Vorbereitungsdienst einzustellen) stattgegeben.

Vorausgegangen war folgendes:
Nachdem das Verwaltungsgericht Karlsruhe den Präsidenten des OLG zu meiner Einstellung in den juristischen Vorbereitungsdienst verpflichtet hatte, setzte ich mich mit dem Sachbearbeiter im OLG, Herrn Weber, in Verbindung. Ich wollte wissen, wann und wo ich mit dem Referendardienst beginnen könne. Herr Weber lehnte jede Äußerung dazu ab. Meinem Anwalt erging es ebenso. Ich fuhr nach Karlsruhe und versuchte, Herrn Weber persönlich zu sprechen. Dieser war angeblich in Urlaub. Sein Vertreter, Herr Bogs, erklärte mir mit freundlichem Lächeln, ich würde - entgegen dem Beschluß des Verwaltungsgerichts - nicht eingestellt, dies beruhe auf einer Entscheidung 'höheren Orts', d.h. des Justizministeriums. Da ich mich doch bereits jahrelang um die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst bemühe, möge ich doch bitte bis zur mündlichen Verhandlung warten, auf diese kurze Zeit könne es mir doch schon nicht mehr ankommen. In der mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht sagte der Vertreter des OLG dem Gericht: ganz gleich, wie es entscheide, das OLG werde mich jedenfalls nicht einstellen.
Das Verwaltungsgericht hat seine Entscheidung aufrechterhalten und dem Präsidenten des OLG ein Zwangsgeld über DM 2.000,- angedroht, falls er mich nicht bis 21.4.77 einstelle. Jedoch hatte der Antrag des OLG beim VGH: die Einstellung der Vollstreckung anzuordnen, Erfolg: innerhalb weniger Stunden gab der VGH dem Antrag statt.

Der VGH hat es nicht mal für nötig gehalten, mich vor seiner Entscheidung zu hören. Er hat diesen offenen Bruch des Verfassungsprinzips der Gewährung rechtlichen Gehörs (Art. 103 Abs. 1 GG) und des § 707 Abs. 2 Satz 1 ZPO damit begründet, daß es ihm im Falle meiner Anhörung aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich gewesen wäre, den OLG-Präsidenten vor der Zahlung des Zwangsgeldes zu bewahren. Die Vermutung liegt nahe, dem VGH sei der Wille des Justizministeriums Gesetz gewesen. Von gleicher Qualität ist die Begründung: meine Einstellung würde die Gefahr mit sich bringen, daß ich 'geheimhaltungsbedürftige Informationen . . . zum Schaden der Rechtsordnung' auswerten könne. Es wäre zu fragen, was für 'geheimhaltungsbedürftige Informationen' eigentlich gemeint sind, wie deren rechtswidrige Verwertung denn aussehen soll, und auf Grund welcher Tatsachen der VGH zu der Meinung kommt, ich könnte Derartiges begehen. Indessen dürfte der VGH für solche Fragen wohl nicht der richtige Adressat sein. Denn er hat das 'Argument' einfach aus dem Antrag der Landesanwaltschaft fast wörtlich übernommen, und es sich damit praktisch vom Justizministerium vorschreiben lassen. Auch hier ist nicht die Vermutung von der Hand zu weisen, der VGH habe bloß den Willen des Justizministeriums vollstreckt.

Die Entscheidung des VGH bedeutet nicht bloß eine Einstellung der Zwangsvollstreckung aus dem Urteil, sondern praktisch eine Beseitigung dieses Urteils selbst. Der VGH hat damit ein Ausbildungs- und Berufsverbot gegen mich ausgesprochen, genauer gesagt: ein vom Justizministerium verhängtes Berufsverbot richterlich abgesegnet. Jetzt fordert der VGH mich auf, nachträglich zur Einstellung der Vollstreckung Stellung zu nehmen und gibt mir den Termin einer mündlichen Verhandlung über die Entscheidung des Verwaltungsgerichts bekannt. Auf Grund des bisherigen Vorgehens des VGH in diesem Verfahren habe ich in Bezug auf seine richterliche Unabhängigkeit einen derartigen Eindruck bekommen, daß ich weitere Stellungnahmen und ein Erscheinen in der Verhandlung für völlig nutzlos halte.'

IRMI DESCHLER und DIETER KETT VERKNACKT

MÜNCHEN 12. Mai *Am Donnerstag, den 12.5.77, ist Irmgard Deschler zu 4 Jahren und 6 Monaten Knast verurteilt worden. Die fast einjährige Untersuchungshaft wurde ihr angerechnet - bis auf 2 Monate, die wurden ihr wegen Meuterei in Aichach nicht erlassen, die darf sie doppelt absitzen, damit sie merkt, daß sich dieser Staat nicht alles bieten läßt.*

Dieter Kett wurde zu 4 Jahren verknackt, abzüglich seiner eineinhalb Jahre Untersuchungshaft. Aus dem 'Blatt' Nr. 94 dazu:

ich habe diese urteil gehört und war fertig, erledigt von der sinnlosigkeit der erneuten beweisaufnahme, der psychologischen gutachten, der ausführungen der verteidiger, war kaputt, weil ich zumindest ahnen kann, was es heißt, 3 oder 4 jahre ohne die möglichkeit eines intensiven kontakts zu anderen im knast zu verbringen.

ich weiß, ich kann der irmi briefe schreiben, kann sie einmal im monat für eine 1/4 stunde besuchen - und ich habe in der letzten zeit mitbekommen, daß ich mit meinen buchstaben immer zwei wochen hinter ihren gefühlen und ihrer stimmung zurück sein werde, daß die kurzen umarmungen während der besuche nie das ausdrücken werden, was ich während eines monats für sie empfinde, daß ich nie dasein werde, wenn sie wiedereinmal von ner 'alten' im knast getrennt worden ist, weils da um erziehung und nicht um gefühle geht.

wir zwei, die irmi und ich, und noch ne ganze menge andere leute, sind wiedereinmal geschlagen worden, geschlagen worden von 3 vertretern der justiz, die trotz aller gegenteiligen beteuerungen nicht dazu fähig waren, nach tatsachen zu urteilen, sondern darum bemüht waren, zwei leute aus dem weg zu schaffen, die gegen die von ihnen gesicherte gesellschaft sind, und dieses

zum ausdruck gebracht haben und bringen.

jetzt sind wir erstmal kaputt und deprimiert über unsere hilflosigkeit gegenüber diesem wahnsinn, und es wird uns verdammt viel kraft kosten, diese ohnmacht in wut gegen die zu wandeln, die für diese sauerei verantwortlich sind. ich hoff, die irmi schaffts!

heute, am freitag, konnte ich die irmi von 9.00 bis 9.15 Uhr besuchen. es war uns, eingekastelt zwischen zwei leuten des lka wiedereinmal nicht möglich, unsere gefühle nach diesem prozeß rauszulassen und wir konnten auch sonst nichts sinnvolles bequatschen. der irmi gehts dreckig, sie hat die letzten tage kaum geschlafen und konnte sich auf nichts konzentrieren. und ich - ich kann wieder nichts anderes machen als so ein paar fragwürdige zeilen fürs blatt zu tippen.

DIE GEFANGENEN DER JUGENDANSTALT VIERLANDE: „DIE MORAL IST GUT, DER KAMPF GEHT WEITER"

HAMBURG 4. Mai *In der Hamburger Jugendstrafanstalt Vierlande hat sich eine Gefangenenselbstorganisation gegründet. Gefangene der Station A III machten, nachdem sie im Essen ein Stück von einer Maus gefunden hatten, eine Vollversammlung und wählten vier Kollektivvertreter. Dazu die Kurzdokumentation von einem Vertreter:*

„Es ist unsere Pflicht, uns Hoffnungen zu erhalten. Und das wird uns nicht durch Verschweigen, sondern nur durch unmißverständliche Offenheit gelingen. Dies ist die eigentliche Ursache, weswegen ich, zwar innerlich zerrissen, aber in fester Überzeugung der notwendigen Erneuerung und Aufklärung — vor allem der Öffentlichkeit — zu dienen, diese Zeilen schreibe und weswegen ich es vor allen Dingen für meine Kollegen schreibe.

Vorgeschichte

Wie notwendig Erneuerungen und Aufklärung der Öffentlichkeit sind, das soll folgende Übersicht dokumentieren, die zugleich die bestehende Ungerechtigkeit und administrative Willkür innerhalb des Knastes widerspiegelt:

— Im Februar 1977 fanden in der JVA mehrere undemokratische und obendrein unverständliche 'Abreißaktionen' statt. Einige Plakate und Bilder wurden von den Zelleninnentüren abgerissen, obgleich eine plausible rechtliche Begründung nicht gegeben werden konnte. Die abgerissenen Plakate und Bilder waren u. a. Werke von Klaus Staeck, dem Polit-Grafiker, und der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU). Diese Werke beinhalten rein gesellschaftspolitische Aussagen, die selbst unser 'Grundgesetz' als konform einstufen würde. Unter den Bildern befand sich eines, auf dem die bedeutenden Faschistengegner Sophie Scholl, Anne Frank, Julius Leber und Carl Goerdeler abgebildet waren — auch dies nur mit einem trockenen Kommentar seitens der Abreißbüttel: „Da hängen die sich schon Volksverräter an die Wände!" (wörtliches Zitat). Den hier beschäftigten Sozialarbeitern wurde ein Plakat zerstört, was eigentlich nur der Nachtdienst gemacht haben kann, denn der hat nachts die Schlüsselgewalt im Hause. Heimlich entstandene Fotografien der Plakate, die die Sozialarbeiter in ihren Zimmern haben, werden kurz darauf an den Personalrat geschickt — unerträgliche Intrigen im Mitarbeiterkreis der Anstalt nehmen zu. Ich selber erhielt meine beschlagnahmten Bilder und Plakate — völlig unbrauchbar allerdings — ohne die Spur eines Kommentars zurück. Die Hetze einer Gruppe neofaschistischer Beamter beginnt weite Kreise zu ziehen, bis in die Verwaltungsspitzen unserer Anstalt. Man nimmt die mangelnde Sauberkeit unsererseits zum Anlaß, um alle wirklich wichtigen Probleme sang- und klanglos vom Tisch zu fegen.

— Im Anschluß daran werden im uniformierten Beamtenkreis der Anstalt Stimmen laut, die folgendes artikulieren: „Ha, politische Einstellung! Daß ich nicht laut lache. Der Gefangene hat seinen Willen und seine Persönlichkeit auf der Kleiderkammer abzugeben!" „Das dreckige Schwein (in bezug auf meine Person!), das verbreitet hier doch nur kommunistische Wahnideen!" „Ihr Schweine wollt Forderungen stellen? Werdet erst mal Menschen!" „Ihr seid doch alle im Suff gezeugt!" „Die meisten Mütter von Gefangenen sind Huren!" Soweit einige Zitate von Äußerungen mehrerer Aufsichtsbeamter. Sie disqualifizieren sich damit selbst.

— Am 25. März verschwanden aus meiner Zelle im A-Flügel der Anstalt Bilder von Enrico Berlinguer, W. I. Lenin, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

— Innerhalb der Beamtenschaft der Anstalt beginnt eine massive Hetzkampagne gegen politisch denkende Gefangene und deren Ideen. Man ermahnt andere Gefangene, nicht mehr mit denen zu sprechen, die sie angeblich aufwiegeln wollen.

Maus in der Suppe — Spontane Essensverweigerung

Am 15. April läuft das Faß über. Die neofaschistischen Kräfte unter den Mitarbeitern der Anstalt kündigen Maßnahmen gegen Einzelpersonen an, die weit über den bisherigen Rahmen hinausgehen sollen. Aber auch auf anderer Seite läuft etwas über: in der Mittagsmahlzeit (freitags Eintopf) der Station A III findet ein Kollege ein mausähnliches Stück Tier. Dieser Fund erregt ungewöhnlichen Ärger unter den Gefangenen. Die zuständigen Organe werden informiert und um Klärung ersucht, aber ohne Erfolg; es bleibt bei der Suppe als Mahlzeit, in der dieses Stück Tier aufgefunden wurde. Die Aggression wächst, und berechtigte Forderungen werden laut, denn so kann und darf es nicht weitergehen! Es wird beschlossen, das Essen zu verweigern, allerdings ist dies zunächst nur eine spontane Ohnmachtsreaktion von unserer Seite, die aber kurz darauf in organisierte Bahnen gelenkt werden kann.

Die erste Vollversammlung

Am Sonntag, dem 17. April, wird im Gruppenraum der Station A II eine ordentliche Vollversammlung einberufen, was zwar illegal, aber notwendig war. An der Vollversammlung nahmen alle 28 Gefangenen teil. Ein Brief an die Gesundheitssenatorin Frau Dr. Elstner wird verabschiedet und von allen Anwesenden unterzeichnet. Zusätzlich findet die Wahl eines Interessenkollektivs statt, zu dem sich jeder als Kandidat melden kann. Es melden sich etwa acht gefanene Kollegen aller 'hierarchischen' Kategorien, nämlich von schwach bis superstark! Das erste Gefühl von Solidarität beginnt sich auszubreiten, ohne zunächst von allen richtig gedeutet zu werden. Also: in das Kollektiv werden vier Kollegen gewählt. Das Ergebnis der Wahl, die nach allen Regeln demokratischer Praxis durchgeführt wurde, war nicht nur eindeutig, sondern überwältigend für unsere Bewegung, die ja noch in den Kinderschuhen steckte. Eine Stimme wurde weiß abgegeben, sonst alles okay! Das Kollektiv war geboren, aber noch bedurfte es einer genauen Kompetenz. Am darauffolgenden Montag, dem 18. April, legitimierte sich das gewählte Kollektiv gegenüber den Anstaltsmitarbeitern, die darüber spürbar konsterniert waren — roch man 'Revolution'? Ein neuerlicher Fakt wird bekannt: vor Monaten war auf der Station B IV eine Scholle gefunden worden, die sich dadurch auszeichnete, daß sie mit vier Rasierklingenstücken gespickt war. Allgemeines Gespräch unter allen Kollegen der Station A II, welches ergibt, daß eine zweite Vollversammlung dringend einberufen werden muß. So geschieht es dann auch. Die zweite Vollversammlung verläuft in einer sachlichen und solidarischen Atmosphäre. Sie beschließt, daß Sachlichkeit und Diskussion in allen Berührungen mit der

Gegenseite zu üben sind. Allerdings: das Kollektiv wird ermächtigt, anders zu verfahren, wenn Diskussionen nicht von der Gegenseite akzeptiert würden — demokratischer Kampf und Einschaltung der Öffentlichkeit. Die Vollversammlung stellt einen Forderungskatalog auf, der über 20 relevante, begründete Begehren enthält, von der Abwaschbürste bis hin zu mehr Vitaminen. Das Kollektiv wird verpflichtet, für alle Fälle immer dann eine VV abzuhalten, wenn brennende Umstände es erfordern.

Unterstützung von „draußen"

Eine freudige Nachricht: die Sozialarbeiter und Lehrer unterstützen unsere Essensverweigerung, jedenfalls in ihrer überwiegenden Anzahl. Einige von uns telefonieren mit Massenmedien, insbesondere mit 'Spiegel', NDR, 'Stern' und 'Die Zeit'. Erfolg ist dieser Aktion nur teilweise beschieden. Der 'Spiegel'-Redakteur Mauz kündigt seine Hilfe an, sonst ist jedoch Funkstille! Zwischendurch gehen illegal Briefe an öffentliche Einrichtungen, besonders den AStA der Uni Hamburg und das PEN-Mitglied Heinrich Böll. Das Mittagessen, das wir als Erstes verweigerten, wurde jedem Einzelnen angeboten, doch ebenso von jedem Einzelnen zurückgewiesen. Die überwiegende Zahl des Aufsichtsdienstes ist unsicher und verhält sich recht zögernd. Das Kollektiv wird das erste Mal — Datum ist mir entfallen — zur Anstaltsleitung in die Höhle des Löwen bzw. der Löwin gebeten. Das heißt nicht gebeten, eher zitiert! Wir werden von Frau Rühmkorf, der Anstaltsleiterin, mit einem werbepsychologischen Grinsen, dessen Künstelei gar nicht richtig beschrieben werden kann, empfangen. Plätze werden angeboten; wir sollen spüren: Gefahr erkannt, Gefahr gebannt! Das Gespräch verlagert seinen Schwerpunkt auf Nebensächlichkeiten und leere Sprüche unserer 'lieben Mutti', die noch vor kurzem in die Fernsehkameras ihr 'Ich liebe meine Jungens' quäkte! Wir ziehen anschließend enttäuscht von dannen und nehmen eine bittere Erkenntnis mit: nicht alles ist Gold, was glänzt! Am Gespräch mit unseren Kollegen merken wir, daß bisher alles ziemlich unbefriedigend verlief, was die Reaktion der Gegenseite anbelangt.

Spaltungsmanöver

Die allgemeine Situation und Stimmung sagt: weitermachen! Eine derartige Solidarität wie bei unserer Bewegung habe ich noch niemals in einem Knast bemerken können — es ist einfach unbeschreiblich! Die Mitgefangenen der anderen Stationen sind so programmiert, daß sie uns als Querulanten und Meuterer betrachten. Nur wenige von ihnen können aus dieser Programmierung entkommen, meist, weil sie eigene Meinungen vertreten wollen. Ein Manöver des Revisionsbeamten Koal, der fast 50 Eier unserer Mittagsmahlzeit zum Verteilen auf andere Stationen gibt, bringt uns in Rage, denn nicht nur er, sondern auch die Mitgefangenen, die diese Eier annahmen, wollen unsere Sache verraten bzw. uns provozieren. Unsere Reaktion: wir verfassen eine Protesterklärung, die von der dritten Vollversammlung verabschiedet wird, und geben sie Herrn Koal und anderen Anstaltsorganen. Die Gegenseite reagiert nicht. Die dritte Vollversammlung beschließt gleichzeitig eine Presseerklärung, die allen wichtigen Hamburger Presseorganen zugehen soll. Für die Herausgabe wird der illegale Weg gewählt, da die Anstalt uns den Verkehr mit den Massenmedien (sprich mit der Öffentlichkeit) untersagte, und zwar unter Androhung von Disziplinarstrafen! Ein Telefongespräch, das Marianne Scheuerl vom NDR mit mir führen will, wird zunächst verschleppt und dann von einem anderan angenommen und abgeblockt. Zufällig gibt es hier in der Anstalt drei Personen namens R., einer davon — der Gefangene R. — bin ich aber nur. Diese Sache verläuft im Sande. Plötzlich: der Anstaltsbeirat tritt auf den Plan. Er will sich, wie er sagt, mit uns aussprechen. Im Gruppenraum unserer Station findet das Gespräch, an dessen Verlauf alle Kollegen teilnehmen, statt. Wir verlesen unsere Forderungen, er klopft Sprüche, die glatt einen Satelliten aus seiner Bahn werfen könnten. Resultat: manche Kollegen schöpfen Hoffnung, viele aber fühlen sich mehr denn je verscheißert. Zu den Letzten gehöre auch ich, denn ich muß sagen, daß das Gespräch mit dem Beirat zwar nett, aber unverbindlich und stimmungsbedingt — von seiner Seite — war.

Die ersten Schikanen — Freizeitverkürzung, Auseinanderlegung

Am Samstag, dem 23. April, wird die nachmittägliche Freizeit, bisher ab 14.00 Uhr, obgleich nach der 'Hausordnung' erst ab 17.00 Uhr, zum ersten Mal ab 16.10 Uhr durchgeführt. Auf unserer Station versieht der Sekretär i. Str. VD. Heyder sein Amt als diensthabender Beamter. Er versucht, den späteren Beginn der Freizeit als Bagatelle abzutun, indem er angibt, er handele im Auftrag seiner, wie er sich ausdrückt, Chefin. Man zieht sich auf die 'Hausordnung' zurück, ohne Argumente unserer Seite überhaupt zu berücksichtigen. Wir sind ziemlich aufgebracht und überlegen eine Reaktion, doch lassen wir dann davon ab, denn viele meinen, daß die Gegenseite auf unüberlegte Handlungen warte — das stimmt! Am Sonntag, dem 24. April, zwischen 7.00 und 7.15 Uhr wurde ich in den B-Flügel getragen, da ich mich weigerte mitzugehen. Strenggenommen müßte ich an diesem Tag in Untersuchungshaft, denn meine Strafhaftzeit ist abgelaufen. Bis zu meinem nächsten Termin gelte ich als U-Gefangener. Der nächste Termin bzw. die nächste Hauptverhandlung ist am 16. Mai 1977 vor dem Landgericht. Bemerkenswert ist diese Sache aber deshalb, weil vorher beschlossen wurde, und zwar von einem Anstaltsorgan, daß ich im A-Flügel für Strafgefangene verbleiben darf. Da ich über acht Monate auf der Station A II zugebracht und dort viele Kollegen hatte, wollte ich dort auch die 22 Übergangszeittage bis zur Hauptverhandlung bleiben. Doch am Freitag teilte mir Frau Rühmkorf mit, daß der Kammerpräsident RiLG Dahm verfügt habe, ich solle in den Flügel für U-Gefangene. Ich meine, daß diese richterliche Entscheidung von bösen Anstaltsgeistern beeinflußt worden ist, denn ich kenne Richter Dahm als besonnenen Menschen, der nicht auf pädagogische Kriterien scheißt, sondern ihnen großen Wert beimißt. Nun, wie gesagt, ich weigerte mich, meine Sachen zu packen und drohte, mir zwei Rasierklingen einzuverleiben, wenn man mich mit einer Beamtenhorde wegtragen wolle. Nichtsdestotrotz kamen sie mit sechs Mann hoch und packten mich an Beinen und Händen, der Schichtführer Altnazi Melchior ging nebenher und zeterte. Die beiden Rasierklingen spuckte ich schnell aus, denn ich bringe mich doch nicht in Lebensgefahr, nur weil sich ein paar kleinbürgerliche Säcke bestätigen müssen!"

Zum Schluß noch ein Zitat aus der Presseerklärung vom 29. April:

„Unsere Aktionen hatten bisher leider keine nennenswerten Erfolge, abgesehen davon, daß wir insgesamt aktiver und geschlossener geworden sind und unsere Interessen in die eigene Hand nehmen. Und das ist wohl entscheidend. Wir haben unseren Mittagessensstreik für eine Woche ausgesetzt, um abzuwarten, was sich tut. Nach Ablauf dieser Frist werden wir uns weitere Schritte überlegen. Je weniger diese Sache unter dem Mantel der Verschwiegenheit ruht und je mehr die Öffentlichkeit darüber informiert wird, um so besser ist die Situation für uns.
Die Moral ist gut, der Kampf geht weiter!
Die Gefangenen der Jugendanstalt Vierlande"

. . . übrigens: in den Besuchsräumen der JVA 1 Preungesheim werden gerade Glastrennscheiben montiert.

ZUCHTHAUS WERL-HUNGERSTREIK UND SEINE FOLGEN

EIN BRIEF AUS DER JVA WERL

WERL 6. Mai „Meine liebe..., nun melde ich mich wieder aus Werl, denn heute, am Freitag, schleppte man mich wieder nach hier. Hier sitze ich nun total isoliert in strenger Einzelhaft mit Einzelfreistunde, Gruppen- und Freizeitveranstaltungsverbot, usw. Es ist zum kotzen !!

Du mußt Dir das mal überlegen: Ich habe mich mit 33 anderen Gefangenen in eine Petition eingeschrieben, mit der erreicht werden sollte, daß die psychisch kranken Gefangenen aus der hiesigen Isolierstation in ein ordentliches Krankenhaus, oder, in ein psychiatrisches Landeskrankenhaus überführt werden sollten. Diese Petition sollte zudem mit einem auf drei Tage befristeten Hungerstreik von rund 60 Gefangenen unterstützt und erhärtet werden. Mehr sollte nicht geschehen !

Eine solche Petition an den Petitionsausschuss beim Landtag von NRW ist ein gesetzlich legales Mittel, welches „täglich" von hunderten Gefangenen in ganz Deutschland angewendet wird, um auf die Mißstände in den Knästen aufmerksam zu machen. Ebenfalls ein Hungerstreik ist ein erlaubtes und nicht zu bestrafendes Mittel — die Bundesregierung unterstützt, zumindest moralisch die „Regimekritiker" in der UDSSR !

Wenn man ein legales Mittel anwendet und dann dafür mit strenger Einzelhaft terrorisiert wird, dann ist das ein gefährlicher Verstoss gegen die elementaren Menschenrechte eines Gefangenen ! Es ist ganz einfach ein unheimlicher Skandal! Ich bin erschüttert, denn trotz allem Faschismus in diesem Staate, hätte ich nicht gedacht, daß nun Gefangene nur deshalb gepeinigt werden, weil sie mittels eines legalen Protest s bei einer deutschen "Volksvertretung" gegen gewisse Machenschaften hier protestieren.

Ich habe mich nun an die Straßburger Liga für Menschenrechte um Hilfe gewandt, ebenfalls an den Justizminister von NRW. Morgen werde ich eine Verfassungsbeschwerde loslassen, denn es wurde gegen das Grundgesetz verstossen, als man mich isolierte, weil ich gegen die Justiz mich beschwerte. Auch an meinen RA habe ich mich gewandt !

Ich bin ziemlich mit den NErven runter und werde Montag mehr schreiben, wenn ich mit dem „Direktor" sprach. In der kommenden Woche werde ich Dir eine Besuchsbescheinigung senden lassen, für den 17.5. 77, bitte komm an dem Tag falls es geht. — Ich brauch dringend Kontakt zu geistig gesunden Menschen. Versteh es bitte ...

Ansonsten bin ich gesund geblieben, sie können mich auch nicht mit solchem Terror fertigmachen ! Ich hab das Recht auf meiner Seite und werde dafür kämpfen, daß man mich ordnungsgemäß behandelt.

Wenn Du mir einen großen Gefallen tun willst, dann schreibe mir etwas mehr. Ich kann mich mit keinem Menschen unterhalten und die Justizler haben mir heute auch noch mein Radio weggenommen, um mich zu schikanieren und fertig zu machen.

Dem zuletzt von Dir erhaltenen Brief nach hast Du mir zuletzt am 25.4.77 geschrieben, seitdem habe ich keine Post mehr von Dir erhalten ! Am Donnerstag, also gestern, sandte man meine in der Woche vom 29.4. - 5.5. hier angekommene Post nach Dortmund, obwohl man genau wusste, daß ich heute wieder hier eintreffen werde !Ist das nicht ein krumme Sache !? Solltest Du mir ab dem 25.4. wieder geschrieben haben, dann teile mir das mit, damit mir von denen kein Brief unterschlagen werden kann. Aber denke bitte daran !

Von der Arbeit, Rollschuhe zusammenbauen, haben sie mich nun auch abgelöst. Bin mal gespannt, wann ich wieder Geld zum einkaufen verdienen kann. Wenn ich mir z.B.Geld schicken lassen würde, dann würde man dasselbe auf mein Rücklagekonto einzahlen. Sobald ich über 1500 DM auf diesem Konto stehen habe kann ich gesandtes Geld zum Eigengeld, also zum Einkaufen umschreiben lassen. Grundsätzlich: Egal, auf welche Idee Du kommen solltest — komme niemals auf die Idee und schicke mir Geld oder zahle es beim Besuch ein !!! Ich erinnere mich, daß du damals in Duisburg mal sowas vorhattest ...also, blos kein Geld !

Wenn Du Beziehungen zu Rechtsanwälten hast, dann mach sie auf meine Situation aufmerksam ! Verkünde Ihnen, was was mit mir läuft...

„Wanderer, wenn Du nach Sparta kommst, verkünde, Du habest uns liegen gesehen — wie das Gesetz es befahl"! Welche Duplizität.....

Wie froh bin ich, daß ich von Dir die „Rundschau" erhalte — was würde ich nur ohne die letzte Tür zum Leben machen ? ! Das „ID" solltest Du abbestellen, denn es wird mit großer Regelmäßigkeit unterschlagen. Manchmal ist es überhaupt garnicht da ! Dann hat irgendein Element in diesem Räderwerk wieder mal in vermeintlicher Gottähnlichkeit seine „Pflicht" getan und hingelangt."

ZUR SITUATION VON PETER PAUL ZAHL

BOCHUM *Der Anwalt von Peter-Paul Zahl hat am 16. Mai 1977 fogenden Presseerklärung abgegeben:*

'Seit seiner Verlegung aus der JVA Werl in die JVA Bochum am 29.4.77 ist der Gefangene Peter-Paul Zahl verschärften Haftbedingungen ausgesetzt, u.a. Ausschluß von Gemeinschaftsveranstaltungen, Einzelhofgang, Quasi-Arrest-Zelle, Wegnahme aller persönlichen Sachen, auch der Arbeitsmaterialien, die er als Schriftsteller braucht. Trotz Beschwerden, Dienstaufsichtsbeschwerden und Antrag auf gerichtliche Entscheidung wurden ihm bislang nur ein geringer Teil seiner Sachen zurückgegeben. Eine Begründung für diese besonderen Sicherungsmaßnahmen wurde nicht abgegeben; sie konnten auch nicht begründet werden, da die Voraussetzungen des § 88 Strafvollzugsgesetz offensichtlich nicht vorliegen.

Inzwischen soll ein Gefangener aus der JVA Werl behauptet haben, Peter-Paul Zahl habe eine Liste von 8 Personen erstellt, die als Geiseln genommen werden sollten; diese Behauptung ist völlig unwahr. Sie kommt allerdings den Justizvollzugsbehörden gelegen, weil nun die besonderen Haftbedingungen mit der angeblichen Gefährlichkeit von Peter-Paul Zahl begründet werden können. Als Verteidiger von Herrn Zahl habe ich inzwischen Strafanzeige gegen Unbekannt wegen falscher Verdächtigung (§ 164 StGB) gestellt.

Der Gefangene Peter-Paul Zahl hat in einem Schreiben an den Justizminister des Landes NRW eine unverzügliche Gegenüberstellung mit dem anonymen Denunzianten verlangt - in Anwesenheit des Ministers oder seines Referenten - damit die Haltlosigkeit der Beschuldigungen festgestell wird. Bis zur Erfüllung dieser Forderung sowie der Aufhebung der Sondermaßnahmen ist Peter-Paul Zahl heute in einen unbefristeten Hungerstreik getreten; am Montag, dem 23.5.1977 wird er in einen Durststreik treten, um die Forderungen durchzusetzen. (Lutz Eisel) Rechtsanwalt

Am selben Tag (16. Mai) hob die 3. Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Bochum das von der JVA Bochum gegen Peter-Paul Zahl verhängte Verbot der Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen, einschließlich Gottesdienst und die Anordnung der Einzelfreistunde auf. Ebenso muß Peter-Paul Zahl ein Radio ausgehändigt werden. Im folgenden drucken wir Auszüge aus der gerichtlichen Begründung ab:

'Die Aussetzung des Vollzuges beruht auf § 114 Abs. 2 Strafvollzugsgesetz. Es bedarf keiner näheren Ausführung, daß der Antragsteller durch die beiden von der Aussetzung betroffenen Maßnahmen des Antragsgegners in seinen Rechten als Gefangener betroffen wird, §§ 4 Abs. 2, 81, 88 Strafvollzugsgesetz. Da die Anordnung der Eingriffe zeitlich nicht begrenzt ist, handelt es sich um eine erhebliche Beeinträchtigung der Rechtsposition des Antragstellers. Der Antragsgegner hat ein höher zu bewertendes Interesse an dem sofortigen Vollzug nicht dargetan; es ist der Vollstreckungskammer auch sonst nicht ersichtlich. Aus den vorliegenden Unterlagen ergibt sich lediglich, daß der Antragsteller wegen Mordes zu einer Freiheitsstrafe von 15 Jahren verurteilt worden ist, daß er auf Anordnung des Präsidenten des Justizvollzugsamtes in Hamm 'aus Sicherheitsgründen' nach Bochum verlegt worden ist und daß 'durch ihn und auch durch viele seiner aus der Freiheit reagierenden Sympathisanten' eine Gefahr für die JVA Bochum entstehen kann. Nähere Einzelheiten - etwa Inhalt und Begründung der Anordnung des Präsidenten des Justizvollzugsamtes oder eine wenigstens pauschale Schilderung der Ereignisse, welche zur Verlegung des Antragstellers geführt haben - sind der Strafvollstreckungskammer nicht bekannt. Sie kennt nicht einmal das Urteil, aus dem gegen den Verurteilten vollstreckt wird. Das Gericht kann daher nicht einmal abstrakt nachprüfen, welchen Inhalt der vom Antragsgegner verwandte Begriff 'Sicherheitsgründe' hat.

Angesichts dessen ist es zu einer Interessenabwägung gem. § 114 Abs. 2 Strafvollzugsgesetz nicht in der Lage.

Ob die Abwägung bei voller Information des Gerichts zu einem anderen Ergebnis führen würde, muß offenbleiben. Die Frage kann ggfls. in einem weiteren Verfahren gem. § 114 Abs. 2 Strafvollzugsgesetz geklärt werden. Der vom Antragsteller nicht zu vertretende Mangel kann jedenfalls nicht dazu führen, daß die im Eilverfahren zu treffende Entscheidung unter längerer Beeinträchtigung seiner Rechte weiter verzögert wird.

Zu dem Antrag betr. die Herausgabe des Radios hat der Antragsgegner nicht Stellung genommen. Die hierzu ergangene Anordnung ist im Wege einer einstweiligen Anordnung erlassen worden. §§ 114 Abs. 2, Strafvollzugsgesetz, 123 Abs. 1 VWGO. Dabei geht die Strafvollstreckungskammer dabon aus, daß - ähnlich wie bei der Untersuchungshaft - Sicherheit und Ordnung innerhalb der Anstalt durch den Besitz eines den Sicherheitsvorschriften entsprechenden Radiogerätes nicht beeinträchtigt werden. Mangels anderer Anhaltspunkte kann auch nicht angenommen werden, daß der Besitz eines solchen Radios den Vollzug beeinträchtigt.'

STÄNDCHEN FÜR U-HÄFTLINGE

BREMEN
12. Mai

Der Bund Deutscher Pfadfinder, die Naturfreundejugend Bremen und die Falken machten Ende April in Bremen eine öffentliche Veranstaltung, an der auch der Kölner Strassenmusikant 'Klaus, der Fiedler' teilnahm. In einer Pause spielten sie vor dem in der Nähe gelegenen Untersuchungsgefängnis ein Ständchen, behinderten dabei keineswegs den Verkehr und zogen danach wieder in die Veranstaltungsräume zurück. Als am späten Abend eine Streifenwagenbesatzung sowie mehrere Beamte in Zivil versuchten, eine am U-Gefängnis angebrachte Inschrift wieder zu entfernen, gesellte sich der Hauptschullehrer Helmut K. dazu, redete mit ihnen, ohne daß es zu irgendwelchen Auseinandersetzungen kam.

Helmut K. begab sich wieder ins Haus, die Polizisten verstauten ihr Material im Wagen. Als sie dann vom Bürgersteig vor dem Gefängnistor ziemlich schnell auf die Straße fuhren, trat auch Helmut K. wieder auf die Straße. Er wollte den Polizisten erklären, daß die Veranstalter nichts mit dem Anbringen der Inschrift auf dem Gefängnistor zu tun hatten. Helmut K. war dazu in seiner Eigenschaft als 1. Kreisvorsitzender der Falken berechtigt. Der schnell anfahrende Polizeiwagen und die aufgeblendeten Scheinwerfer riefen bei Helmut K. das Gefühl hervor, der Polizeiwagen würde ihn umfahren. Als einzig mögliche Reaktion blieb ihm der Sprung auf die Kühlerhaube des Wagens. Der Polizeiwagen bremste scharf, nachdem er noch einmal stark beschleunigt hatte. Helmut K. fiel vom Wagen und wurde von vier Polizisten ohne Angabe eines Grundes gepackt und in den Wagen gezerrt. Herbeigerufene Veranstaltungsteilnehmer setzten sich vor den Wagen und forderten die Polizei auf, eine Begründung der Festnahme zu geben.

Dieser passive Widerstand wurde durch den Einsatz der 'Chemischen Keule' und eines Polizeihundes gebrochen und die Personen weggetragen. Auf der Wache wurde Helmut K. Namen und Dienstnummern der Polizisten sowie anwaltliche Hilfe verweigert. Er wurde getreten und geschlagen, ohne daß er Widerstand leistete. Soweit die Stellungnahme der Veranstalter (BDP, NF, die Falken). In einem Artikel der Bild-Zeitung vom 30. April liest sich die Sache dann so:

„NACH BM-URTEIL: KOMMUNISTEN VERPRÜGELTEN BREMER POLIZISTEN

Kommunistenterror in der Bremer Innenstadt: 40 Chaoten prügelten sich in der Buchtstraße über eine Stunde lang mit Polizisten. Ein Beamter wurde bei der unangemeldeten Demonstration vor dem Bremer Untersuchungsgefängnis krankenhausreif geschlagen! Mit Parolen gegen das Baader-Meinhof-Urteil waren die jungen Kommunisten am späten Abend durch die Buchtstraße gezogen. Sie beschmierten das schwarze Tor der Haftanstalt mit weißer Lackfarbe: „Solidarität mit dem Hungerstreik". Der Anführer, der 26jährige ostfriesische Lehrer Helmut K., hechtete beim Eintreffen der Polizei auf einen Streifenwagen und schrie: „Es lebe Gudrun Ensslin!" Dann trat er einen Polizisten krankenhausreif. Die Straßenschlacht wurde erst beendet, als die Beamten die „Chemische Keule" einsetzten. Die Polizei: „Unter den Demonstranten waren auch Jusos." Mehrere Demonstranten wurden vorübergehend festgenommen."

BRIEFMARKENSPERRE IM KNAST

FRANKFURT
16. Mai

Die „Arbeitsgruppe Jugendliche Gefangene" in der Naturfreundejugend Frankfurt kümmert sich auch um Gefangene im Straubinger Knast, schreibt Brief e und schickt Briefmarken. Anfang Mai erhielt die Gruppe von einem LTD. REG. DIR. Dr. Stärk von der Justizvollzugsanstalt Straubing die folgende Belehrung:

„Verschiedene Vorfälle im Zusammenhang mit der Zusendung von Briefmarken zwingen uns dazu, jeweils nur eine Marke zu -.50 als Rückporto pro Schreiben zuzulassen. Ich habe diese Regelung allen Gefangenen bekanntgegeben und sie gebeten, ihre Angehörigen und Briefpartner zu informieren. Ich bitte bei dieser Sachlage um Verständnis für die Rücksendung der von Jhnen übersandten Briefmarken; eine Aufbewahrung der Marken an der Zensurstelle würde einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand mit sich bringen."

Der Antwortbrief der Frankfurter Jugendlichen blieb bislang unbeantwortet:
„Sehr geehrter Herr Dr. Stärk ! In ihrem Schreiben vom 3.Mai 1977 heißt es: „Verschiedene Vorfälle im Zusammenhang mit der Zusendung von Briefmarken zwingen uns dazu, jeweils nur eine Marke zu -.50 Dm als Rückporto pro Schreiben zuzulassen." Wir würden gerne einmal wissen, um welche „Vorfälle" es sich dabei handelt, denn es müssen schon entscheidende Geschehnisse sein, die eine solche generelle Einschränkung begründen sollen.

Der Gefangene Klaus-Peter Dörfler schrieb uns, daß es ebenfalls eine Beschränkung des Briefmarkeneinkaufs aus Briefmar-

ken im Wert von 20.- DM pro Monat gebe und, daß sein Antrag Briefmarken im Wert von mindestens 30.-DM im Monat einkaufen zu dürfen von der Anstaltsleitung abgelehnt wurde. Stimmen seine Angaben, handelt es sich hierbei um eine Beschränkung der Gefangenenpost, die dem § 28 (1) des StVollzG widerspricht. Insbesondere würde uns interessieren, mit welcher Begründung der Antrag von Claus-Peter Dörfler auf ein Mehr an Briefmarken abgelehnt wurde. Wir sehen in dieser Briefmarkenregelung eine einschneidende Disziplinierung der Gefangenen, die sie noch mehr als bisher auf ihr Schweigen beschränken sollund ihre Isolation noch vergrößern hilft. Wir fordern Sie deshalb auf, diese jeglichem Resozialisierungsgedanken widersprechende Briefmarkensperre aufzuheben !
Wir hoffen bald von Ihnen zu hören und verbleiben
Hochachtungsvoll...."

NORMALVOLLZUG IN SANTA FU

HAMBURG
8. Mai

Bericht eines Gefangenen: „Wie bereits im März 76 wurden jetzt am 6.5. vier Kollegen in Isolationshaft gesteckt. In Zusammenabeit mit Staatsschutz, Sicherheitsinspektor und ähnlich ständig besorgten Kräften wurden die vier aufgrund von mieser Denunziation beschuldigt, eine Geiselnahme oder ähnliches zu planen. Bei der anschließenden Filzung der Zellen wurde wahllos alles zertrümmert, was nach geschlossenem Behältnis aussah. Ein gefundener Notenständer wurde zum Mauerhaken, ein Tau zum Knüpfen von Teppichen zur Strickleiter.

Selbst der Staatsschutz musste nach der Prüfung der „Beweise" der Entlassung aus der Isolation zustimmen. Nach 30 Minuten wurden sie erneut eingefangen, nun mehr auf Weisung des Strafvollzugsamtes. Zwischenzeitlich wurde der Kollege Uwe A. mit drei Streifenwagen an einen unbekannten Ort gebracht. Diese Vorfälle waren Anlaß für Kontrollen der Besucher, die in entwürdigender Weise durchgeführt wurden. Angehörige wurden mit der Bemerkung empfangen: „Wenn Ihnen das nicht passt, brauchen Sie ja nicht zu kommen."

Dieses ist nur ein Schritt der Gesamtstrategie der reformfeindlichen Kräfte. Denunzianten sind jederzeit willkommen. Seit Beginn des Jahres werden die Bemühungen verstärkt, die erkämpften Vergünstigungen wieder abzubauen. Den Kollegen wird gezeigt, was mit Leuten gemacht wird, die entweder der Anstaltsleitung nicht ins Konzept passen oder Kritik an den Knastverhältnissen üben. Der erste Aufstand war 1972......."

OFFENER BRIEF DER ANGEHÖRIGEN DER 2. JUNI-GEFANGENEN

WESTBERLIN
8. Mai

„Wir, die Angehörigen der sich z.Zt. in Berlin-Moabit in Untersuchungshaft befindlichen Gefangenen, die der „Mitgliedschaft und der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" beschuldigt werden, stellen mit Besorgnis fest, daß die den Gefangenen in Stammheim am 30.4.77 gemachte verbindliche Zusage (auch betreffend Berlin) nach Zusammenlegung zu interaktionsfähigen Gruppen von mindestens 15 Gefangenen bisher nicht verwirklicht wurde, ja daß nicht einmal Anzeichen der Einhaltung dieser Zusage vorhanden sind.

Unter diesen Umständen können wir diese 'verbindliche' Zusage nur als Täuschungsmanöver werten, das einzig den Sinn hatte, den Hungerstreik zu brechen. Sollte dies sich bewahrheiten, so würden unsere Angehörigen im Gefängnis — wie sie bereits erklärten — den Hungerstreik sofort wieder aufnehmen. Dies würde für uns Verwandte bedeuten, daß wir noch mehr als ohnehin schon um das Leben unserer Angehörigen bangen müßten. Diese Sorge ist umso mehr begründet, als ihr derzeitiger Gesundheitszustand ungewiß ist, weil sie sich aus guten Gründen weigern (nicht nur allein nach dem Tod von Katharina Hammerschmidt), eine Untersuchung von Anstaltsärzten vornehmen zu lassen.

DESHALB FORDERN WIR:

1. sofortige Zulassung von externen Ärzten
2. unverzügliche Erfüllung der Zusage nach Zusammenlegung zu interaktionsfähigen Gruppen von mindestens 15 Gefangenen
3. bei Nichteinhaltung dieser Zusage sofortige Haftverschonung für die Gefangenen, da sonst ihr Leben ernsthaft bedroht ist.

Dieser Brief geht an:

Justizsenator Baumann
Anstaltsleitung UHAA Moabit
Bundesgerichtshof
Kammergericht/Landgericht Berlin
Justizminister Vogel
an die Presse

Kontaktadresse: Hendrik Reinders
1 Berlin 65
Müllerstr. 138a"

NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH: KONTAKTDATEI

STUTTGART
11. Mai

Pressemitteilung des IVK — (Internationales Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa) Sektion BRD:

Im Rahmen des totalen Überwachungsprogramms in politischen Verfahren hat das Bundeskriminalamt als sog. Verschlußsache (VS — nur für den Dienstgebrauch) eine „Kontaktdatei" für Briefe, Telefonate usw. eingerichtet. Die Staatsschutzrichter der BRD betätigen sich hierbei als Hilfsbeamte des Bundeskriminalamtes:

Einem politischen Gefangenen ging infolge einer Panne im Behördenapparat eine solche Verschlußsache zu. Unter der Rubrik „Auffälligkeiten" war der handschriftliche Vermerk „siehe Anlage" eingetragen. Diese Anlage bestand aus der Fotokopie des Beschlusses eines Staatsschutzrichters, der einen Brief an den Gefangenen angehalten hatte, weil darin von Vernichtungsstrategie und staatlichem Mord die Rede war.

TERROR IN DER PROVINZ

KONSTANZ
13. Mai

1 Jahr Ulrike ! war es ein Selbstmord ? Internationale Komissionen: nein!

so stand es auf Zetteln, die wir in die Fenster unseres Buchladens „zur schwarzen Geiss" in Konstanz geklebt hatten. Vier Stunden später klingelte das Telefon:

— schwarze Geiss ? ....
— heute ist doch der Todestag von der Ulrike Meinhof ? ...
— ja,...
— ein Glück, daß die Sau verreckt ist, gell, hoffentlich passiert das auch dem Sonnenberg. Ihr linken Schweine !
— aufgehängt.

Singen, der Ort wo Günter Sonnenberg angeschossen worden ist, liegt in der Nähe von Konstanz, so daß wir die Hatz ganz schön mitbekamen..... Seit Wochen schauen wir in die MPs der grünen Djangos an der Grenze zur Schweiz. Ausweise werden abgenommen, Autokennzeichen notiert, kombiniert mit den Namen der Passagiere. Auf die Frage, was das soll, kam: „Wir wissen schon, was wir tun, das geht Sie gar nichts an". Nun, der Meinung sind wir aber garnicht.

— Bisher wurden wir nur mit geöffneten Büchersendungen beehrt.

BRANDANSCHLAG AUF AUTOS VON BERLINER JURISTEN

BERLIN
16. Mai

Ende letzter Woche wurden Autos von zwei Berliner Juristen (Staatsanwalt Fackelday und Richter Rautenberg) in Brand gesteckt. Der Anschlag bezieht sich auf eine Aktion von den Revolutionären Zellen im April 1976 (siehe ID 122). Nachfolgend drucken wir eine Erklärung der Revolutionären Zellen ab:

„Ostern 1976 konnte in Berliner Obdachlosenheimen endlich gefeiert werden. Mehrere hundert Lebensmittelbestellscheine im Wert von je 100,-- DM waren mit einem Begleitbrief des Senators für Arbeit und Soziales verteilt worden. Hunderte von Obdachlosen haben diese Gutscheine in Kaufhäusern und Lebensmittelgeschäften eingelöst. Sie waren froh, endlich einmal kaufen zu können, was sie sich sonst von dem bißchen Sozialhilfe nicht leisten können. Natürlich haben sie beim Einlösen nicht überlegt, ob ihnen dieses bescheidene Ostergeschenk vielleicht nicht zusteht, ob die Scheine vielleicht sogar gefälscht sein könnten!

DIE GUTSCHEINE WAREN GEFÄLSCHT! „Terror auf leisen Sohlen!" (besonders gefährlich) jammerten Bullen und Springerpresse, aber es machte ihnen Schwierigkeiten, diese gelungene Aktion der 'Fälscher' zu verteufeln. Wo kein Terror ist, sagten sich die Bullen, muß man welchen machen. Sie ließen die Bewohner der Obdachlosenheime verhören, setzten sie massiv unter Druck. Aber keiner von ihnen hatte etwas gesehen oder gehört (sie fanden die Aktion nämlich gut). Daraufhin sahen zwei Terroristen im Talar ihre Stunde gekommen: Staatsanwalt Fackelday und Richter Rautenberg griffen zwei Obdachlose heraus und brummten ihnen Geldstrafen von 800,-- DM (ersatzweise Haft!) auf. Beide Rechtsverdreher haben wahrscheinlich noch nie ein Obdachlosenheim von außen gesehen (!) — sie wohnen in schönen Häusern mit Garten in Zehlendorf und Rudow. Dazu gehört ihr dickes Auto! Diese Autos haben wir ihnen heute flambiert (einen Audi 100 und einen Volvo) als Antwort auf den Staatsterror. . . . " *(Im Originaltext folgen Drohungen und Hinweise auf Buback)*

PRESSEERKLÄRUNG DER INTERNATIONALEN UNTERSUCHUNGSKOMMISSION ZUR KLÄRUNG DER TODESUMSTÄNDE VON ULRIKE MEINHOF

AMSTERDAM
7. Mai

Arbeitstreffen vom 7.5.77. Anläßlich des ersten Jahrestages des Todes von Ulrike Meinhof (8./9. Mai 1976) tritt die Internationale Untersuchungskommission erstmals mit konkreten Arbeitsergebnissen an die internationale Öffentlichkeit. Die in der bisherigen Arbeit der Untersuchungskommission aufgetretenen Zweifel an der Selbstmordthese verstärkten sich durch die von der Arbeitsgruppe Medizin erstellte Analyse der offiziellen Obduktionsgutachten. Die Obduktionsgutachten weisen aus, daß den Obduzenten ein bereits verfälschtes Strangwerkzeug vorgelegt worden ist. Bei der Erstbesichtigung der Leiche hing diese in einer Schlaufe von ca. 80 cm Länge, die einen Kreisdurchmesser von ca. 26 cm aufwies. Dem Obduzenten aber wurde eine Schlaufe von nur 51 cm vorgelegt. In einer Schlaufe dieser Länge ist ein Erhängungsvorgang vorstellbar. Sie schließt sich eng um den Hals, der Kopf kann aus ihr nicht herausfallen. Tatsächlich aber - die vorgelegten Photographien und die Maßangaben bei der Erstbesichtigung bestätigten dies - war die Schlaufe so groß, daß bei eintretender Bewußtlosigkeit der Kopf durch das Körpergewicht aus der Schlaufe herausfallen mußte. Dieses Problem konnte von dem Gutachter durch die Kürzung des vorgelegten Strangwerkzeuges nicht erkannt werden. Deshalb wurde eine völlig willkürliche Darstellung bei den Einzelheiten über den angeblichen Selbstmord gegeben. Eine ausführliche Dokumentation, die weitere Fehlinterpretationen nachweist, wird in nächster Zeit veröffentlicht.

Die Arbeit der Internationalen Untersuchungskommission wird durch die Behörden der BRD ungeheuer erschwert, mit allen Mitteln boykottiert:

1.) Bei Hausdurchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehl wurden gezielt die Materialien beschlagnahmt, die für die Internationale Untersuchungskommission gesammelt worden waren.
2.) Personen in der BRD, die diese Dokumente zusammenstellen, werden mit fadenscheinigen Begründungen verhaftet: zur Zeit Christian Möller und Ingrid Barabas, Marburg. (s. ID 175) Christian Möller steht im Impressum der Dokumentation 'Ulrike Meinhof - ein Selbstmord? ' Ebenso erging es Rechtsanwalt Dr. Croissant, dem Testamentsvollstrecker von Ulrike Meinhof, im Sommer 1976.
3.) Der Internationalen Untersuchungskommission wurde mit Schreiben vom Justizministerium von Baden-Württemberg vom 15.4.1977 und der Staatsanwaltschaft Stuttgart vom 22.4.1977 mitgeteilt, daß ihr weder eine Akteneinsicht noch eine Lokalbesichtigung genehmigt werde, da sie formal kein Recht darauf habe.

In ihren Untersuchungen zu den Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD kommt die Internationale Untersuchungskommission zu dem Ergebnis, daß es sich hierbei um eine spezifische Form der Folter an Gefangenen handelt. Die Anwendung dieser Folter, langjährige soziale und sensorische Deprivation, d.h., Isolierung von anderen Personen und Verhinderung sinnlicher Wahrnehmung, kann nur den Zweck verfolgen, ihre politische Identität zu brechen. Wir unterstützen deshalb die im Hungerstreik der politischen Gefangenen vorgetragene Forderung nach Zusammenlegung von mindestens 15 Gefangenen, wie es auch die vom Gericht bestellten Gutachter seit 1975 gefordert haben.
Im Namen der Kommission
Henrik Kaufholz, Sekretariat, Aarhus
Mitglieder der Untersuchungskommission:
Prof. Lelio Basso, Rom, Rechtsanwältin Michele Beauvillard, Paris, Simone de Beauvoir, Paris, Prof. Georges Casalis, Antoni, Pfarrer Robert Cavezies, Paris, Rain Jacqueline de Cumont, Brüssel, Prof. Pauli Jensen, Paa Höjden 8 Hellerup, Dänemark, RA Panayotis Kanelatis, Athen, Journalist, Henrick Kaufholz, Aarhus, Ombudsmann Johann van Minnen, Brenkelen, Prof. Lolle Nauta, Groningen, RA Denis Payot, Genf, Margarete von Trotta, Schauspielerin, München.
Konto in der BRD: W. Zitzlaff, PSA Essen 13 58 24 - 439IUK

Sekretariat: EJAELLANDSCADE, 127-8000 ARHUS-10
Tel.: 06-13 97 34 - Ciro 1 30 40 03

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
verantwortlicher Redakteur:
Peter-Michael Borch

DER MAI IST GEKOMMEN — STREIK AN GH KASSEL

KASSEL 16. Mai — Mit einer Wahlbeteiligung von über 50% haben die Kasseler Studenten in einer Urabstimmung beschlossen, ab 16. Mai für eine Woche in den aktiven Streik zu treten (82,6 %Ja-Stimmen), um ihren Protest gegen das Hochschulrahmengesetz und gegen die politische Repression innerhalb und außerhalb der Hochschule auszudrücken. Jetzt gilt es, dieses Ergebnis in Aktionen umzusetzen. Dazu haben sich AStA, Fachschaftsräte und viele Unorganisierte einiges überlegt:

1. es wird eine Reihe zentraler gemeinsamer Veranstaltungen und Aktionen geben,
2. in den einzelnen Standorten und Fachbereichen soll tagsüber ein Arbeitsgruppenprogramm unter dem Titel 'Kritische Gesamthochschule' stattfinden,
3. alle offiziellen Lehrveranstaltungen sollen aktiv bestreikt werden,
4. Stadtteilaktionen, um Ziele und Bedürfnisse des Streiks auch außerhalb der Hochschule zur Diskussion zu stellen.

Der Streik richtet sich gegen die mit dem Hochschulrahmengesetz verbundene Formierung der Hochschulen sowie gegen die zunehmende politische Repression in der BRD, von der gerade der Kasseler AStA wegen des Nachdrucks des Göttinger Buback-Nachrufs letzte Woche getroffen wurde (siehe Hochschul-ID Nr. 13).

„UMSONST UND DRAUSSEN" — EIN FESTIVAL ALS ALTERNATIVES MEDIUM (1. – 3. Juli 77)

VLOTHO 18. Mai — 1975 lief das erste „umsonst und draussen" Festival in Vlotho, einer Kleinstadt an der Weser, ab. Die 5000 Besucher waren weder geplant, noch erwartet, wodurch die ganze Organisation zusammenbrach. Da zeigte sich der erste Unterschied zu kommerziellen Festivals: die Besucher nahmen das Fest selbst in die Hand, - alle möglichen Leute sammelten Geld um die Unkosten für die Veranstaltung hereinzubekommen, andere räumten nachher den Festivalplatz auf.

Aus den Erfahrungen, die man dort machte, gründete sich die Musikerinitiative Ostwestfalen - Lippe, die sich neben der Weiterführung des Vlotho-Festivals um eine Verbindung alternativer Gruppen bemüht, d.h. von Leuten, die auf irgendeine Art etwas gutes machen, aber untereinander keinen Kontakt haben.

1976 kamen ca 15.000 Besucher zu dem Vlotho-Festival, daß auch dieses Jahr zu einer Art Gemeinschaftsfest wurde. Es spielten auf beiden Festivals Gruppen, die auf irgendeine Art alternativ arbeiten, so zum Beispiel APRIL - RECORDS und Gruppen verschiedener Musikerinitiativen aus ganz Deutschland. Von beiden Festen wurde im Eigenvertrieb Langspielplatten hergestellt, die mit Hilfe von APRIL und dem TRIKONT-Verlag produziert werden konnten.

Nun sind die Festivals für alle möglichen Leute eine gute Sache gewesen: die Stadt Vlotho bekam eine kostenlose, wirksame Werbung — konnte sich ein seltenes Image zulegen; die Besucher bekamen kostenlos gute Musik und viel Drumherum geboten; - nur - die Leute, die das ganze vorher organisiert haben und vor allem die Musiker und Leute die dort gearbeitet haben, machten ihre Arbeit umsonst und legten sogar noch eigenes Geld drauf. Natürlich betraf dies nur wieder einmal Leute, die gut drauf sind, denn sonst hätten sie ja nicht fast umsonst in Vlotho gespielt. Also Gruppen, die, egal was sie machen, ausgenutzt werden: von kommerziellen Veranstaltern werden sie gegenseitig ausgespielt, so daß sie gerade ihr Existenzminimum verdienen; von Leuten, die gut drauf sind, werden sie mit dem „wir sitzen doch alle im selben Boot" Spruch auch nicht besser bedient. Also kamen wir zu dem Entschluß, alles mögliche zu unternehmen, für die Musiker vom Vlotho-Festival Geld herauszuholen. Fest steht, daß die Festivals Jugendkulturarbeit sind. Und unserer Ansicht nach muß Jugendkulturarbeit von denen bezahlt werden, die es sich auf die Fahnen schreiben: den Behörden.

Darum trugen wir mit Hilfe von guten Leuten, von anerkannten Medien(Sounds, Süddeutsche Zeitung, NDR...), von Politikern (Kulturpolitische Gesellschaft e.V., Ordnungsamt...), von Musikern und alternativen Initiativen (autonome JUZ's, Musikerinitiativen...) eine umfassende Petition zusammen, die wir an alle uns bekannten Behörden bundesweit verschickten, die auch nur in der Nähe von „Jugendarbeit" liegen. Nach Absagen, Schulterklopfen und auf 1978 vertrösten, haben wir nun die Hoffnung, vom Kreisjugendamt und vom Jugendwohlfahrtsausschuss Herford eine Unterstützung zu bekommen. Der Kreis Herford bezahlte auch 1976 2.800.- DM vom Defizit. Ansonsten hoffen wir, daß die Besucher des Festivals einsehen, daß die Sache nur dann so weiterlaufen kann, wenn jeder seinen Beitrag dazu gibt. Das Sammeln soll hier jedem bewußt machen, daß man auch etwas ohne gezwungenen Eintritt sondern mit aus Eigenverständnis heraus gegebenen Spenden aufziehen kann. So stehen die Festivals in Vlotho unter dem Motto: Kommunizieren statt konsumieren.

von Buchhandlung Fanal/Herford

HUNDERT BLUMEN—INITIATIVE

HANNOVER 29. April — Die Gruppe 'neue Kultur!' als Teil der 'Hundert-Blumen-Initiative' gibt zwei selbstverlegte Broschüren neu überarbeitet heraus.

Die erste beschreibt die Konzeption der Gruppe- und die verschiedenen Untergruppen, als da sind: 'Neue Kultur' (mit Bauerhaus und Fabrik bzw. Werkstädten als Wohn- und Arbeitsrahmen) 'studentisches Wohn- und Arbeitskollektiv', das sich aus der emotionalen wie auch intelektuellen Auseinandersetzung der einzelnen Kollektivmitglieder mit dem Problem der Familie und den Lebensbedingungen in dieser Gesellschaft konstituiert hat; das 'nomadisierende Forschungskollektiv', ca. 20 Leute die mit Hilfe von vorher erarbeiteten Konzepten Länder bereisen und erforschen; 'Musik- und Theatergruppe', 'Trampkollektiv' und das 'Internationale Kontakt-Kollektiv'. Über all diese Gruppen sowie über ein Landprojekt findet ihr Erläuterungen, Beschreibungen und Literaturhinweise in der Broschüre 'Laßt Hundert Blumen blühen'.

Das zweite Heft heißt: 'Tvint-Schulen in Dänemark' und liefert einen Überblick über Werdegang und momentane Situation dieser alternativen 'reisenden Hochschule'. Es enthält Kurspläne, Unterrichtskonzepte, Berichte über alternative Projekte ('größte Windmühle der Welt'), Erfahrungsberichte und einen Fragebogen, der von Leuten ausgewertet wird, die an Umsetzungsmöglichkeiten des dänischen Modells auf die BRD arbeiten.

Zu beziehen von: 'Hundert Blumen Initiative', Detlef Gerlach, c/o Internationalismus Buchladen, Königswortherstr. 19, 3 Hannover oder fragt in eurem linken Buchladen.

AUSSTELLUNG VON FRAUEN FÜR FRAUEN

FRANKFURT 16. Mai — Die Frankfurter Frauentreff-Kunstgruppe plant anläßlich der Berliner Frauenkunstausstellung im städt. Kunstverein eine Ausstellung mit Miriam Munsky und Natascha Ungeheuer

im Weinkeller des Frauentreffs, **6000 Frankfurt-Sachsenhausen, Oppenheimer Landstr. 40.** Um die Ablehnung der beiden Künstlerinnen durch die Berliner Frauengruppe, die die Ausstellung „Künstlerinnen International 1877 – 1977" erarbeitete, hat es einigen Wirbel gegeben.

Wir wollen die Diskussion um die Auswahlkriterien und die Fragen einer weiblichen Ästhetik weiterführen und vertiefen; nicht als Affront gegen die Berliner Frauen, sondern um sie, ebenso wie Munsky und Ungeheuer besser verstehen zu können. Dabei soll die Diskussion anhand der ausgestellten Bilder geführt werden; gerade weil wir glauben, daß das gesamte Unternehmen der Berliner Frauengruppe aufschlußreich genug ist, eine verstärkte interne Auseinandersetzung über weibliche Ästhetik weiterzuführen.

Wir eröffnen die Erweiterungsausstellung am

Freitag, den 10.6.1977, 20.oo Uhr

mit anschließender Diskussion.
Eine Diskussion mit den Künstlerinnen findet zusätzlich voraussichtlich am **Dienstag, 21.6.1977, 20.oo Uhr**, statt.

Alle Frauen sind herzlich eingeladen!

POLIZISTEN PRÜGELTEN JUGENDLICHE

BIETIGHEIM
17. Mai

Jugendliche aus Bietigheim, das ist eine Kleinstadt in der Nähe von Stuttgart, sind am 3. Mai von Polizisten zusammengeprügelt worden. Wie es dazu gekommen ist und was tatsächlich passierte (die lokalen Zeitungen veröffentlichten den Polizeibericht), schilderten die Betroffenen auf Flugblättern, die sie in der Stadt verteilten. In einem Brief an den ID schreiben sie:

„Wir schicken euch unsere Flugblätter mit der Bitte um Veröffentlichung. Es ist uns bewußt, daß die Polizei nicht nur in Bietigheim versucht, Bürger und besonders Jugendliche durch brutalen Einsatz von Schlagstöcken und sogar chemischer Keule einzuschüchtern. Solche Übergriffe werden oft zu vertuschen versucht oder gar bagatellisiert. Da dies kein Einzelfall ist, finden wir es unbedingt notwendig, daß ein Polizeieinsatz wie dieser an eine breite Öffentlichkeit gelangt. Die betroffenen Jugendlichen sind Lehrlinge, Schüler und Arbeitslose, so daß wir um Veröffentlichung unseres Spendenkontos bitten, da wir durch Öffentlichkeitsarbeit und gerichtliche Verfahren auf Geldspenden dringend angewiesen sind.

Kreissparkasse 7120 Bietigheim-Bissingen, Bankleitzahl 604 500 50, Konto-Nummer 70 25 978, Gutschriften mit dem Vermerk „Aktion Eichhörnchen" versehen

Kontaktadresse für Nachfragen und Solidaritätsbriefe: Christoph Weber, Hindenburgstraße 69, 7120 Bietigheim-Bissingen, Tel. 07142 / 45288

Bitte veröffentlicht auch, daß wir die Leute, denen ähnliches passiert ist, bitten, uns ihr Informationsmaterial zu schicken."

Aus den Flugblättern:

DIE WAHRHEIT ÜBER DEN POLIZEIEINSATZ

Gegen 19.00 Uhr fuhren zwei Jugendliche in ihren PKWs Richtung Bahnhof. Unter der Bahnhofsunterführung wurden sie von einem Streifenwagen gestoppt. Sie wurden zur Fahrzeugkontrolle aufgefordert, auszusteigen und sich auszuweisen. Der Beifahrer konnte sich nicht ausweisen. Er teilte den Polizisten mit, daß er seine Ausweispapiere am Robinsonspielplatz habe, und wurde nicht weiter beachtet. Nachdem die Beamten mit einer Geldstrafe für einen kleinen Mangel gedroht hatten, sagte der Beifahrer zum Fahrer: „Siehsch dr Deufl isch a Aichhörnle!" Dies wurde von einem der Beamten anscheinend als Provokation aufgefaßt. Er packte den Beifahrer am Hemd und zerriß es. Dieser versuchte, den Polizisten auf Distanz zu halten. Der Beamte schlug ihn daraufhin mit der Faust ins Gesicht, woraufhin der Angegriffene reflexartig zurückschlug. Dabei wurde ihm der Kiefer gebrochen. Der Fahrer fuhr zum Robinsonspielplatz und erzählte den Vorfall. Darauf beschlossen die Jugendlichen spontan, sich über das weitere Geschehen zu informieren. Sie begaben sich in den Vorraum der Wache und erkundigten sich nach ihrem Kameraden. Sofort drohten die Beamten mit dem Einsatz von 17 Streifenwagen. Nach etwa zehn Minuten stürmten zwei Streifenwagenbesatzungen überfallartig den Vorraum. Mehrere Polizisten schlugen auf die Jugendlichen ein, die keinerlei Anstalten zur Gegenwehr zeigten. Zusätzlich wurden vier Jugendliche im Innern der Wache nochmals schwer mißhandelt.

Nach diesem völlig ungerechtfertigten Polizeieinsatz mußte der Schüler mit gebrochenem Kiefer für voraussichtlich drei Wochen in eine Klinik eingeliefert werden. Außerdem wurden weiteren Jugendlichen Verletzungen, die ärztliche Behandlung erforderten, zugefügt – darunter Platzwunden am Hinterkopf und Lippe, Verdacht auf Nierenquetschung sowie Prellung. Ebenfalls wurde auf ein 15jähriges Mädchen rücksichtlos eingeschlagen und Tränengas gezielt aus nächster Nähe eingesetzt. Die Forderung nach ärztlicher Behandlung wurde verweigert, obwohl ein Krankenwagen mit den Einsatzwagen eintraf. Bei der Aufnahme der Personalien wurde den Jugendlichen unter massiver Einschüchterung die Belehrung über ihre Rechte verweigert. Auch das Gespräch mit einem Anwalt wurde nicht zugelassen. Gegen 23.00 Uhr wurde der letzte Jugendliche freigelassen. Diese Vorfälle erregten in der Bevölkerung Aufsehen, so daß mehrere Bürger unaufgefordert ihre Empörung äußerten.

Die Lokalpresse übernahm ausschließlich die Version der Polizei. Demzufolge hat der Jugendliche bei der Verkehrskontrolle Widerstand geleistet, haben die Jugendlichen anschließend das Polizeirevier belagert, war Verstärung aus den umliegenden Revieren notwendig, denn die Jugendlichen leisteten zum Teil erheblichen Widerstand bei der zwangsweisen Räumung der Polizeiwache. Dazu die Jugendlichen in ihrem Flugblatt:

Die Jugendlichen verstehen die Verharmlosung und Verfälschung der Presseberichte nicht. Diese Darstellungen rücken das Geschehen in ein völlig falsches Licht, darum ist eine Informationsveranstaltung zur Klärung des Sachverhaltes geplant. Um einen objektiven Ablauf dieser Veranstaltung zu gewährleisten, werden Passanten, die zufällig am Ort des Geschehens vorbeigekommen sind, wie alle anderen Bürger, gebeten, diese Veranstaltung zu besuchen. Hierzu werden auch Vertreter der Polizeibehörde eingeladen.

Gescheitert ist die Veranstaltung bislang daran, daß die Jugendlichen keinen Raum bekommen. Dies wiederum hat damit zu tun, daß sich Vertreter der Stadt und Polizei weigern, an solch einer Veranstaltung teilzunehmen.

NEUES VOM JUZ STETTEN

STETTEN
10. Mai

Das Jugendzentrum Stetten, das im März von Jugendlichen besetzt worden war (ID 170/175), schreibt in seinem Info Nr. 24, daß es seit der Hausbesetzung von vielen Seiten Solidarität erfahren hat (Besuche und Ratschläge anderer JUZ-Gruppen, Spenden, über 500 Solidaritätsunterschriften). Einen Kompromißvorschlag der Gemeinde, das besetzte Haus erstmal provisorisch zu räumen und in einem Monat – falls dann keine Einigung erreicht sei – den „alten Zustand" wieder herzustellen, haben die Jugendlichen abgelehnt. Sie schicken dem Bür-

germeisteramt dagegen ihren Vorschlag für einen Mietvertrag zu. Wenn die Gemeinde weiter verhandeln will, das heißt auch auf die Vorstellungen der Jugendlichen eingeht, sind sie zu weiteren Gesprächen bereit. Im Mietvertrag heißt es:

„ZWISCHEN JUGENDZENTRUM UND GEMEINDE WIRD FOLGENDER VERTRAG ABGESCHLOSSEN

§ 1 Mietgegenstand

Die Gemeinde Kernen stellt dem Verein das Gebäude Klosterstraße 20 a für den Betrieb eines selbstverwalteten Jugendzentrums zur Verfügung.

§ 2 Gebäudeumbau

Die Vermieterin verpflichtet sich, das Gebäude gemäß dem genehmigten Baugesuch vom 29. 7. 1975 auszubauen. Die Kosten für den Umbau sowie etwaiger Instandsetzungsarbeiten im Gebäude sind von der Vermieterin zu tragen. Ein genauer Finanzierungsplan und Ausbauplan ist Bestandteil des Mietvertrages. Der Verein verpflichtet sich im Rahmen seiner Möglichkeiten zum Ausbau des Gebäudes beizutragen.

§ 3 Betriebskosten

Die Betriebskosten (Wasser, Entwässerung, Heizung, Strom, Müllabfuhr) und die Kosten der baulichen Unterhaltung werden von der Vermieterin getragen. Der Verein verpflichtet sich, zu Beginn eines Rechnungsjahres einen Haushaltsplan aufzustellen. Er hat die Ausgaben zu Ende eines Rechnungsjahres zu belegen.

§ 4 Mietzins

Das in § 1 aufgeführte Gebäude wird dem Mieter von einer monatlichen Miete von 1,-- DM überlassen.

§ 5 Ordnungsvorschriften

Der Verein regelt seine inneren Angelegenheiten nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung. Er verpflichtet sich, die zum Betrieb des Hauses notwendige Hausordnung aufzustellen.

§ 7 Haftung

Der Mieter haftet der Vermieterin für alle durch ihn verursachten Schäden mit Ausnahme der normalen Abnutzung, die sich aus der Benützung ergeben. Der Mieter verpflichtet sich, die notwendigen Versicherungen abzuschliessen. Die Kosten für die Versicherungen zählen zu den Betriebskosten (§ 3).

§ 8 Mietdauer

Das Mietverhältnis beginnt am 18. 3. 1977 und wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Es hat eine Laufzeit von mindestens 5 Jahren. Eine Kündigung von seiten der Vermieterin kann nur bei Bereitstellung von gleichwertigen Ersatzräumen erfolgen. Bei gegenseitigem Einverständnis ist eine Kündigung zum nächsten Monatsersten ohne Kündigungsfrist möglich.

§ 9 Beendigung des Mietverhältnisses

Bei Beendigung des Mietverhältnisses hat der Verein die von ihm eingebrachten beweglichen Gegenstände zu entfernen und die zur Verfügung gestellten Räume in einem geordneten Zustand zu übergeben.

§ 10 Inkrafttreten

Dieser Vertrag tritt am 18. März 1977 in Kraft."

Kontaktadresse: JUZ Stetten e. V., Postfach 2101, 7055 Stetten

ZU DEN STREIKS AN DEN FACHHOCHSCHULEN

GIESSEN 18. Mai Der Streik gegen die vom Kultusminister erlassene Zwangsprüfungsordnung (s.Hochschul-ID Nr. 13) läuft in Giessen nun schon in der vierten Woche. Letzte Woche erklärten die Giessener Studenten das Semester von sich aus für abgebrochen, nachdem das Kultusministerium nicht auf die neun Forderungen der Streikenden reagiert hat.

Inzwischen hat der Kumi über die Presse zwar seine Bereitschaft unterbreiten lassen, die Prüfungsordnung zurückzunehmen, doch ist das ein bloß formaler Akt, da er weiterhin auf einer Prüfungsordnung nach den Vorstellungen des Hochschulrahmengesetzes besteht, während die von den Fachhochschulstudenten geforderte Prüfungsordnung sich am Reformerlaß von 1971 ausrichtet.

Heute morgen sah es so aus, daß 400 von 1.800 Studenten die weiterhin angebotenen Lehrveranstaltungen besuchen, während es in den letzten Tagen meist nur 100 bis 200 Leute waren, die die Vorlesungen besuchten. Der Streik geht weiter.

FRIEDBERG 18. Mai In Friedberg ist der Streik seit letzter Woche ausgesetzt. Dem Kumi ist ein von Studenten und Dozenten ausgearbeitete ‚Kompromißprüfungsordnung' vorgelegt worden, die sich jedoch im Großen und Ganzen an die Zwangsprüfungsordnung anlehnt, lediglich einige Verbesserungen aufweist, diese also gewissermaßen „entschärft", aber letzten Endes eine Niederlage bedeutet, weil von den neun Forderungen, für die gestreikt wurde, darin Abstand genommen wird.

Wenn bis zum 26.5. keine definitive Stellungsnahme des Kultusministers erfolgt, soll der Streik eventuell wieder aufgenommen werden.

WIESBADEN 16. Mai Auf der ersten Gesamt-VV der Fachhochschule Wiesbaden waren ca. 800 Studenten anwesend, die eine Urabstimmung zwecks Streik beschlossen. Die Urabstimmung läuft bis zum 23.5., bei positivem Ausgang treten die Wiesbadener dann in einen unbefristeten Streik, in dem es einmal um eine Solidarität mit den Giessenern und Friedbergern sich handelt, zum anderen sich die Wiesbadener die Minimalforderungen für eine neue Prüfungsordnung, um die es bei den Streiks in Giessen und Friedberg ging, zu eigen gemacht haben.

NATIONALES FRAUENHAUSTREFFEN IN KÖLN

KÖLN 10. Mai Vom 6. - 8. Mai fand ein Treffen der Frauenhaus-Initiativen aus der gesamten BRD und Wien in Köln statt. Anwesend waren Vertreterinnen aus 22 Initiativgruppen, rund 100 Frauen. Die Tagung diente dem Austausch von Erfahrungen, die bei der Gründung und in den bereits bestehenden Häusern gemacht wurden. In Berlin, Bremen, Bielefeld und Köln ist es den Frauenhaus-Initiativen gelungen, Frauenhäuser zu eröffnen. Die Gruppen in Dortmund, Rendsburg u Bonn haben vorerst Wohnungen angemietet, in denen sie hilfesuchende Frauen unterbringen. Düsseldorf und Hamburg werden in nächster Zeit Häuser von der Stadt zur Verfügung gestellt bekommen. In den anderen Städten laufen Bemühungen um Errichtung von Frauenhäusern und die mühsamen Auseinandersetzungen mit den Behörden.

Die bestehenden Häuser arbeiten alle unter dem Prinzip der Selbstverwaltung, d.h. die im Hause lebenden Frauen organisieren und bestimmen ihr Zusammenleben selbst. Eine der wichtigsten Erfahrungen, die die Frauen dabei machen, ist das Erkennen ihrer Fähigkeit, ihre Probleme selbst in die Hand zu nehmen und zum erstenmal in angstfreier Umgebung zu einem neuen Selbstbewußtsein zu finden. Den positiven Prozessen, die sich im Hause zu entwickeln beginnen, setzen die Behörden ihre starren Verordnungen entgegen. So z.B. wird das Zusammenziehen von Frauen in Wohn- oder Hausgemeinschaften durch gesetzliche Bestimmungen zur Vergabe von Sozialwoh-

nungen unmöglich gemacht. Auch ein vorhandener Ermessensspielraum wird selten im Interesse der Frauen genutzt.

Während die Frauenhäuser einerseits von städtischer Seite und von den Parteien wenig finanzielle Unterstützung erfahren, wollen diese andererseits die Erfolge der Frauenhäuser gerne für sich verbuchen. Die Frauenhausgruppen bestehen aber auf der Unabhängigkeit ihrer Arbeit, weil die Frauenhäuser auf keinen Fall den Charakter städtischer Heime annehmen sollen. Zudem sehen es die Initiativen als notwendige Aufgabe an, in allen Kreisen der Bevölkerung ein Problembewußtsein in Bezug auf jede Art der Gewalt gegen Frauen zu wecken.

Um eine Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen zu entwickeln und auszubauen sind weitere Treffen geplant.

Kontakt: Frauenhaus, Tel: Köln: 687963 Postfach 850334 5 Köln 80 FRAUEN HELFEN FRAUEN e.V. Postscheck Kto. 124965-500

STRAFANZEIGE GEGEN MESSERSCHMITT-GESCHÄFTSFÜHRUNG

HAMBURG 18. Mai — Die Auseinandersetzung zwischen 17 entlassenen Arbeitern und der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm (ID 175) geht weiter. Den Arbeitern war am 21. 2. 1977 wegen behauptetem Auftragsmangel gekündigt worden – ein Arbeitsgericht hatte am 4. 3. 1977 eine einstweilige Verfügung auf sofortige Weiterbeschäftigung erlassen, weil MBB noch Leiharbeiter von Teilzeitfirmen beschäftigte. Jetzt hat der Anwalt der Arbeiter, Uwe Maeffert, Strafanzeige wegen Nötigung gegen die Mitglieder der Geschäftsleitung und ihrer Befehlsempfänger erstattet. In einer Presseerklärung schreibt er dazu:

„Seit über zwei Monaten weigert sich die Geschäftleitung von MBB, die aufgrund mehrerer Urteile des Arbeitsgerichts zur Arbeit berechtigten Schlosser und Elektriker wieder zu beschäftigen und verwehrt ihnen den Zutritt zum Werksgelände – selbst am Tag der 'Offenen Tür' am 7./8. 5. 1977. Das Nein, das durch unternehmerische Selbsthilfe durchgesetzt wird, wurde damit begründet, 'daß man eben nicht beschäftigen könne'. Diese Begründung hätte jedenfalls nicht einer Teilnahme der entlassenen Arbeiter an der Betriebsversammlung vom 12. 5. 1977 entgegenstehen können. Im Beschluß des Arbeitsgerichts vom selben Tag heißt es: „Die Antragsteller verfügen mit dem Urteil vom 4. 3. 1977 in Verbindung mit dem Beschluß vom 11. 3. 1977 ... über einen Vollstreckungstitel, mit dem sie ihre Weiterbeschäftigung im Betrieb und damit auch ihre Teilnahme an der Betriebsversammlung von 12. 5. 1977, 14.00 Uhr, durchsetzen können." Dennoch wurde den Arbeitern der Zutritt zur Versammlung versperrt. Personalchef Overbeck am Telefon: „Für die Geschäftsleitung erkläre ich ein kategorisches Nein." Werkschutzleiter Dehnken zu einem Werkschutzpolizisten: „Wenn einer einen Meter des Geländes betritt, ist er sofort festzuhalten." Daraufhin habe ich Strafanzeige wegen Nötigung gegen die Mitglieder der Geschäftsleitung und ihre Befehlsempfänger erstattet.

Wenn man einem Bericht des Nachrichtenmagazins 'Der Spiegel' folgt, dann hängt an den Verkaufserfolgen des von MBB mitgefertigten Airbus der Nachweis der Konkurrenzfähigkeit der gesamten westdeutschen Luftfahrtindustrie. Der Beschäftigungsstreit um eine Handvoll entlassener Arbeiter ist für das Riesenunternehmen daher offensichtlich zu einem fragwürdigen Prestigekampf um sein Durchsetzungsvermögen und seine Glaubwürdigkeit geworden. Die in der Öffentlichkeit von MBB und der mitgeschäftsführenden Bürokratie verbreiteten Meldungen über die Beschäftigungslage stehen im Widerspruch zu den Prozeßerklärungen des Unternehmens. Die Wahrheit über die wirkliche Lage würde – so der Prozeßvertreter von MBB – der Verkaufspolitik schaden. Man kann nicht gut gleichzeitig verkaufsfördernd schwindeln und die Kündigungsschutzklagen abwehren. Man will aber beide Ziele erreichen. So fürchtet man eine Wahrheit der Berichterstattung und die Wiederbeschäftigung der entlassenen Arbeiter so sehr, daß man beides mit Unternehmermacht zu verhindern sucht, und es ist wohl auch nicht als Zufall anzusehen, daß ein Fernsehteam am 12. 5. 1977 bei Aufnahmen vor dem Arbeitsgericht Hamburg von mehreren Polizeibeamten grundlos über eine halbe Stunde behindert wurde."

Kontaktadresse: Uwe Maeffert, Neuenfelderstraße 4, 2102 Hamburg 93, Tel. 75 88 30 / 75 66 08

INTERNATIONALES SOMMERCAMP DER KERNKRAFTGEGNER IN GAR TOW

FRANKFURT 18. Mai — Der Bund deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend organisiert ein Internationales Sommercamp der Kernkraftgegner auf dem geplanten Bauplatz der Wiederaufbereitungsanlage in Gartow vom 16.7. – 13.8.1977.

Was ist das für ein Camp?

Die in Niedersachsen geplante Wiederaufbereitungsanlage (WAA) ist das Kernstück des Energieprogramms der Bundesregierung; sie ist - einmal im Betrieb - 1.000mal gefährlicher als die geplanten bzw. bereits betriebenen AKWs. Das Sommercamp soll mithelfen, diese Tatsache breiter bekanntzumachen.

Wir wollen in Gartow
- gemeinsam Informationen und Widerstandsformen in praktischer Weise erarbeiten,
- voneinander Fähigkeiten lernen, die es uns ermöglichen, den Kampf dort, wo wir ständig leben und arbeiten, besser und intensiver führen zu können,
- uns gemeinsam im Urlaub erholen und damit auch die Notwendigkeit der Erhaltung der betroffenen Landschaft unterstreichen,
- erreichen, daß sich Campteilnehmer und ansässige Bevölkerung gegenseitig über ihr Leben und ihre Arbeit informieren.

Was wir im Sommercamp alles machen können:
- eine Art Volkshochschule (nach Wyhler Vorbild) mit mehreren politisch-kulturellen Veranstaltungen, wo wir hauptsächlich eigene Darbietungen, Vorträge, Filme, Musik, Theater zu Problemen des Kampfes gegen die Atomenergie und über unser Leben in Stadt und Land vorstellen.
- entsprechend den Interessen der Teilnehmer verschiedene Themen in Arbeitsgruppen behandeln, z.B. wirtschaftliche Notwendigkeit der Atomenergie für westdeutsche Konzerne; Arbeitsplatzbeschaffung oder -vernichtung durch Atomanlagen; Atomkraft und Gewerkschaft; Strukturveränderungen in der BRD, kommt der Kohlenpott an die Elbe? (Auswirkungen für Landwirtschaft, Fremdenverkehr usw.); Atomkraft: Gefahren für Leben und Gesundheit? ; Alternative Energie: Liegt unsere Zukunft im Kuhmist? ; Atomstaat: die totale Kontrolle erwartet uns; Die Maßnahmen des Staates gegen Bürgerinitiativen; Wie können wir den Kampf gegen das Atomprogramm erfolgreich führen? ; Verändert der Kampf unser Leben, unser Bewußtsein?

Die Themen werden mithilfe von Medien behandelt: Foto, Film, Video, Siebdruck, Holzverarbeitung, Tonband, Theater, Ton und Lehm etc.

Außderdem wollen wir noch
- alternative Energie für das Camp gewinnen
- einen 'Anti-KKW-Techniker' - Kurs machen

– den vorhandenen Abenteuerspielplatz auf dem Baugelände ausbauen (einschließlich Freundschaftshaus)
– ein Programm mit Kindern aus den umliegenden Dörfern durchführen
– Sport treiben, baden, tanzen, Feste feiern
– 'Gewaltfrei' trainieren
– Lagertagesschau, -rundfunk, -zeitung herausgeben
– Elektro-AG
– batiken, basteln, Masken bauen und vieles, vieles mehr
– Theater spielen

Wer kann teilnehmen?
Alle, die in ihrer Jugendgruppe, ihrem Jugendzentrum, ihrer Bürgerinitiative sich mit Fragen der Atomenergie beschäftigen und Interesse daran haben, ihre Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen. Der BDP/BDJ arbeitet mit solchen Bürgerinitiativen und Jugendzentrumsgruppen zusammen und hat daher die Initiative für dieses Camp ergriffen.

So ein Sommercamp kann nur verwirklicht werden, wenn sich alle Teilnehmer und Bürgerinitiativen an der Vorbereitungsbeteiligen und organisatorische und inhaltliche Aufgaben während des Lagers übernehmen.

Das Lager wurde bereits durch mehrere regionale und bundeszentrale Seminare vorbereitet. Ein letztes Vorbereitungsseminar findet in Gorleben vom 17. - 19. Juni statt und ist verbindlich für alle an der Vorbereitung beteiligten Leute und Delegierte der verbindlich angemeldeten Gruppen.
Themen: 1. Soziale und wirtschaftliche Struktur des Kreises
2. Problematik der WAA
3. Aufgabenverteilung zur inhaltlichen Vorbereitung

Wie teuer?
DM 200,– für 14-tägige Campteilnahme, Unterkunft, täglich eine warme Mahlzeit sowie morgens und abends Tee und Kaffee (für sonstige Bedürfnisse gibts einen Lagerladen), Programm, Zelt- und Hallenbenutzung und Fahrtkostenausgleich.

Nähere Auskünfte und Anmeldung bei BDP/BDJ - Bundeszentrale, Hamburger Allee 49, 6 FFM 90, Tel. 0611/777 010

ERWIDERUNG ZU „OSTERSPAZIERGANG ZUM KKW UENTROP"

HAGEN 16. Mai Mit einer gewissen Betroffenheit hat der Arbeitskreis Atomenergiefragen den Bericht zu den Vorgängen anlässlich des Ostermarsches zum KKW Uentrop aufgenommen (s. ID 175). Betroffen deshalb, weil hier wieder der eindeutige Versuch unternommen wurde, die Anti-KKW-Bewegung in friedliebende KKW-Gegner und kommunistische Gewalttäter zu spalten, bzw. die bestehende Spaltung weiter voranzutreiben. Dieser Bericht – der angeblich die Situation der BI-Bewegung in Westfalen widerspiegeln soll – ist derart polemisch und objektiv unwahr, daß wir uns gezwungen sehen, zu den Aussagen der Hammer BI Stellung zu nehmen.

Anstatt einer formalen Gegendarstellung hier nun der Text eines offenen Briefes, der sich an die BI's der Hammer Region richtete.:

OFFENER BRIEF
an die Bürgerinitiativen Umweltschutz
des Raums Hamm - Westfalen
Betr.: Planung und Durchführung des Ostermarsches zum AKW Uetrop / Schmehausen
Liebe Freunde !
Seit der Gründung des Arbeitskreises Atomenergiefragen in Hagen im November '76 waren wir stets bemüht, uns aktiv am Kampf gegen die AKW's in Uentrop zu beteiligen

Aus diesem Grunde haben wir u.a. ständig an den stattfindenden Koordinationstreffen der Hammer BI's teilgenommen. Die Frage um die Unterstützung der Brokdorf Demonstration vom 19.2. hat aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen über die Aktionsform zu einer weitgehenden Distanzierung der Hammer BI's gegenüber den außerörtlichen Initiativen geführt. Eine Folge davon war, daß das bestehende Koordinationstreffen für die Vertreter der BI's aus Bochum, Dortmund, Münster, Wuppertal, Köln, Hagen u.a. Städten Westfalens nicht mehr zugänglich war, da man offensichtlich seitens der Mitglieder einiger Hammer BI's auf eine weitere Zusammenarbeit verzichtete, indem diese außerörtlichen BI's nicht mehr zu den Treffen eingeladen wurden.

Versuche nach dem 19.2. die Hammer BI's zur Fortführung der Zusammenarbeit zu bewegen, schlugen fehl, da keine Vertreter zu den veranstalteten Koordinationstreffen, wie z.B. mehrere Treffen in Bochum, erschienen. Eine Information über den durch die Hammer BI's geplanten Ostermarsch in Uentrop fand so gut wie gar nicht statt, obwohl die Vertreter zu den Regionaltreffen nach Gelsenkirchen eingeladen waren, eine Beteiligung wurde seitens der Hammer anscheinend nicht gewünscht. Trotzdem haben viele außerörtliche Initiativen zu dem Ostermarsch in Uentrop mobilisiert. Nur der grundsätzlichen Bereitschaft dieser außerörtlichen Initiativen, weiterhin den Kampf gegen AKW's bei Hamm aktiv zu unterstützen, ist die Tatsache zu verdanken, daß über 1500 KKW-Gegner am Kraftwerksgelände der VEW in Uentrop zusammenkamen, wobei die Mehrzahl aus Dortmund, Bochum, Münster, Witten, Hagen u.a. Städten angereist waren. Der Arbeitskreis Atomenergiefragen / Hagen ist vor dem Hintergrund der gemachten Erfahrungen und der Einschätzung über den Ablauf des Ostermarsches zu folgender Stellungsnahme gelangt:
Wir verurteilen eindeutig das Verhalten des Sprechers der Hammer Initiative, Claus Mayr, der eigenmächtig die Hammer Polizei aufgefordert hat, eine oder mehrere Hundertschaften „zum Schutz gegen etwaige gewalttätige Demonstranten" zum Kraftwerksgelände der VEW zu beordern. Wir halten dieses Vorgehen für eine verantwortungslose Diffamierung und Kriminalisierung aller AKW–Gegner. Wir fordern Claus Mayr hiermit auf, öffentlich hierzu Stellung zu nehmen und sich hiervon zu distanzieren.

Wir weisen in diesem Zusammenhang die öffentliche Behauptung des Mitglieds der BI Welver, Michael Schweitzer, zurück, der entgegen besserem Wissen auf der Abschlußkundgebung behauptete, daß „kein Mitglied einer Hammer BI die Polizei aufgerufen hätte". Diese infame Lüge zeigt u.E. nach, wie bestimmte Teile der Bewegung die Spaltung in „Friedliche" und und gewalttätige Chaoten weiterführen, ohne es öffentlich zugeben zu wollen.

Wir kritisieren den Ablauf des Osterspaziergangs und die Form der abschließenden Kundgebung – die nach stundenlangem Marsch durch abgelegene Straßen– zu einer 4 km entfernten Wiese führte.

Wir halten es für schlichtweg widersinnig, in dieser Form fernab von der betroffenen Bevölkerung eine Aktion durchzuführen, deren erklärtes Ziel es sein müsste, gerade die unmittelbar Betroffenen anzusprechen und zu informieren. Wir halten den an der Planung und Durchführung des Marsches Beteiligten zugute, daß es von ihnen nicht zu vertretende Schwierigkeiten gegeben hat – gehen aber davon aus, daß durch eine frühzeitige Beteiligung der außerörtlichen Initiativen an der Vorbereitung der Aktion es zu einer für alle annehmbaren Durchführung gekommen wäre.

Für eine erfolgreiche Fortsetzung unseres gemeinsamen Kampfes – dem Kampf gegen das mörderische Atomenergieprogramm – halten wir es für unbedingt erforderlich – trotz der bestehenden Differenzen in der Frage einzelner Aktions-

formen – wieder zu einer gemeinsamen Plattform zurück zu gelangen !

WIR FORDERN DESHALB:

Schluß mit der weiteren Spaltung in Gewaltfreie und Chaoten!
Schluß mit der sektiererischen Politik einzelner BI-Mitglieder !
Weiterführung der Korodinationstreffen für den gesamten westfälischen Raum !
Hagen, den 16. April '77 – Der Arbeitskreis Atomenergiefragen c/o Olaf Kratochwila, Moltkestr. 18

OHU: EIN BULLE KOMMT SELTEN ALLEIN

NÜRNBERG 16. Mai (Ergänzungsbericht über die erste bayrische AKW-Demo) Nach der letzten Brokdorf-Aktion entstanden in Bayern an vielen Orten Anti-AKW-Initiativen. Bei der Landesdelegiertenkonferenz in Landshut am 2.4.1977 beschlossen Vertreter von 18 BI's eine Demonstration am bereits fertiggestellten Reaktor Isar I in Ohu/Landshut am 7.5. durchzuführen. Aus politischen und taktischen Erwägungen wurde eine Bauplatzbesetzung von vornherein ausgeschlossen. Im Verlauf der Vorbereitungen für die Demonstration traten verschiedene Widersprüche auf (s.ID Nr. 175). Speziell in München sprach sich eine Gruppe gegen diese Demonstration aus, was dazu führte, daß die Mobilisierung relativ schwach ausfiel. Die bayrische Führung des Bundes Naturschutz distanzierte sich von dieser Demo mit der Begründung, „daß durch unkoordinierte, uninformierte, chaotische Planungen und undurchsichtige Machenschaften dogmatischer K-Gruppen ... den Kernkraftwerksbetreibern in die Händer gespielt wird." Dieser Beschluß wurde ohne Wissen und gegen das Interesse der Mitglieder, sogar ohne Wissen des stärksten Kreisverbands Nürnberg durchgesetzt. DGB-Führung und Bauernverband distanzierten sich aus ähnlichen Gründen von der Aktion.

Dieser Spaltungsversuch zusammen mit der massiven Hetze in Verbindung mit der einsetzenden Verleumdungskampagne führte auf der einen Seite dazu, daß viele AKW-Gegner eingeschüchtert wurden und der Demo fernblieben. Zum anderen rechtfertigte sie den Einsatz massiver staatlicher Gewalt: Das Oberkommando lag erstmals in den Händen des Bundesinnenministeriums. Es wurden Polizei und Bundesgrenzschutzeinheiten aus fast allen Bundesländern eingesetzt (ca.12.000 Bullen und BGS). Dies kann nur so verstanden werden, daß hier eine Bürgerkriegsübung im Sinne der Notstandsgesetze in einem bisher noch nicht dagewesenen Umfang stattfand. Zusätzliche 1,5 Mio DM für den Zaun um das AKW, ca. 50 Mek-Leute, 50 Wasserwerfer und Panzerwagen. Hubschrauber flogen permanent schon Tage vor der Demo über Landshut...
Repression und kein Ende !!!
Androhung der Errichtung einer militärischen Sperrzone und Passierscheinausgabe für die Anwohner. Die Demo-Auflagen waren so abgefasst, daß es unmöglich gewesen wäre, sie einzuhalten: 4er-Reihen, 100-Mann(Frau-)Blöcke mit entsprechendem (!) Abstand, 4 Ordner pro 100 Demonstranten, keine Helme, keine Schutzbrillen, keine Gasmasken, Lautsprecherwagen sollte früh um 8 Uhr zur Durchsuchung abgegeben werden. Die anfahrenden Pkw's und Busse aus Regensburg, Nürnberg, Erlangen, Passau, Würzburg, Bamberg, Schweinfurt, München wurden mehrfach durchsucht bzw. mehrere Stunden aufgehalten. Beschlagnahmt wurden mehrere Helme, 2 harte (!) Eier, antikes Türschloß, 1 Zitrone und 1 Werkzeugkasten eines Kfz-Schlossers.

Mit 2 1/2 stündiger Verspätung konnte sich endlich der Zug in Bewegung setzen. Vor dem Ort Ohu – 7 km vom Reaktor entfernt – bot sich folgendes Bild: rechts Bullen, links Bullen, hinten Bullen, vorn Bullen, oben Bullen und in der Mitte ein wackeres Häuflein von 2.000 Demonstranten. Die Demonstration verlief ruhig („auf unsre Bayern können wir uns verlassen" – Zitat des Einsatzleiters).

Dabei haben wir folgende Fehler gemacht: es wurde von seiten der Demonstranten viel zu wenig auf die Bevölkerung, die den Demozug beobachtete, eingegangen – das lag wohl daran, daß wir keine Flugblätter mehr hatten, da diese schon bei Aktionen in Landshut am Freitagnachmittag und Samstagvormittag verteilt worden waren. Diese Schwäche nutzten Mitglieder der „KPD" aus – sie verteilten sich strategisch geschickt entlang des Demozugs und verteilten ihre Flugblätter, so daß bei der Bevölkerung der Eindruck entstehen mußte, daß die Demo ausschließlich von der „KPD" getragen wurde.

Die Abschlußkundgebung - 2 km vom Reaktor entfernt – spiegelte den relativen Erfolg dieser Demonstration angesichts der jungen Anti-AKW-Bewegung in Bayern wieder. Auf jeden Fall hat die erste zentrale Aktion auf bayrischer Ebene den Diskussionsprozeß der bisher voneinander isoliert arbeitenden Initiativen in Gang gesetzt – mitsamt den Schwierigkeiten und Widersprüchen, die in der Breite der Bewegung liegen.

Wir lassen uns auch durch zunehmende Brutalität von seiten des Staates nicht einschüchtern und deshalb:
KEIN AKW IN OHU UND AUCH NICHT ANDERSWOHU !
BI Nürnberg, **Kontaktadresse: H. Hunglinger, Bucherstr. 101, 8500 Nürnberg**

6.000 ATOMKRAFTGEGNER AUS BADEN-WÜRTTEMBERG DEMONSTRIERTEN

STUTTGART 14. Mai Die Idee, eine Demonstration gegen Atomanlagen in Filbingers Landeshauptstadt zu veranstalten, entstand schon Anfang des Jahres. Gerade in Städten sind sich viele der Gefahren, die von den AKW's ausgehen, noch kaum bewußt. Die Propagandamasche, von diesen Gefahren abzulenken, indem die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, vor dem Zusammenbruch der Energierversorgung, geschürt wird, ist nicht ohne Wirkung geblieben. Trotz ihres Widersinns.

An den Vorbereitungen beteiligten sich im Lauf der Zeit immer mehr Gruppen aus dem ganzen Land. In erster Linie Bürgerinitiativen, aber auch Aktionsgemeinschaften von Hochschulen und einige politische Vereinigungen. Kommunisten stand von vornherein die Mitarbeit offen. Einige K-Gruppen nahmen das Angebot an. Andere stießen sich daran, daß ausdrücklich zu einer 'gewaltfreien' Demonstration aufgerufen wurde. Sie trafen dann ihre eigenen Vorbereitungen und riefen getrennt zum Mitmachen auf. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Bei den Diskussionen um die Gewaltfreiheit ging es fast ausschließlich um die begriffliche Bestimmung, die in der Tat problematisch ist. Daran, es in Stuttgart zu Gewalttätigkeiten kommen zu lassen, dachte im Ernst niemand.

Am Samstag, den 14. Mai, sammelten sich die Teilnehmer zwischen 10 und 11 Uhr am Stuttgarter Marienplatz. Ein leichter Nieselregen setzte ein. Es gab schon hier einige Info-Stände. Plakate wurden aus Lieferwagen geladen, sonst noch ein paar Hinweise, daß etwas im Gange war. Aber wir von der 'Gewaltfreien Bürgerinitiative Stuttgart, für Umweltschutz - gegen Atomenergie', wir, die wir die Sache ins Rollen gebracht hatten, waren auf einmal sehr skeptisch. Es waren nämlich relativ wenig Leute zu sehen, höchstens 500 bis 600. Nach 11 Uhr hörte dann der Regen auf, es wurde heller. Der Zug formierte sich. Und kein Mensch wußte, wie: Auf einmal war die Tübinger Straße voll von Menschen, so weit man sehen konnte. Und jede Menge Plakate und Tranparente dazu. Bis zur Spitze brauchten wir 10 Minuten. Der Zug war einen Kilometer lang.

Auf den Transparenten war abzulesen, daß viele eine weite Anfahrt hinter sich hatten. Aber auch, daß der Protest sich

in der Nähe der AKW-Standorte verdichtet. Die Gegenden um Neckarwestheim, Wyhl, Schwörstadt, Mittelstadt waren besonders zahlreich vertreten. Auch eine kleinere Gruppe aus dem Elsass war gekommen. Der Zug bewegte sich etwa eineinhalb Stunden lang durch die Stuttgarter Innenstadt. Oft ziemlich schweigsam, denn Sprechchöre und Gesänge gehen den Menschen hier schwerer über die Lippen als anderswo. Bei den Gruppen aus dem Badischen und Elsässischen ging es schon um einiges lebhafter zu.

Auf dem Marktplatz gab es dann eine Abschlußkundgebung. Hier ist Selbstkritik fällig: Sie dauerte viel zu lange. Sieben Redner sprachen nacheinander. Zur Einstimmung trugen Leute vom VSK Verse und Lieder vor, zum Schluß gab es noch etwas Brecht, vom Brecht-Theater der Volkshochschule Wyhler Wald. Aber da waren von 6.000 Menschen höchstens noch 1.500 da. Auch auf die Gefahr der Ungerechtigkeit hin: Die Reden von Professor Haverbeck (Weltbund zum Schutz des Lebens), Hedi Schuchart (Gewerkschaftsinitiative Mannheim) und Jean-Jacques Rettig (Elsässische Bürgerinitiativen) waren die besten. Haverbeck machte deutlich, daß im kapitalistischen System die Natur rücksichtslos ausgebeutet wird, bis zur Zerstörung hin. Hedi Schuchardt stellte den Zusammenhang zwischen Atomenergie und Arbeitsplatzsicherung vom Kopf wieder auf die Beine - und damit richtig. Jean-Jacques Rettig schließlich erzählte ein paar Beispiele, wie im Elsaß Widerstand geleistet wird. Etwa durch die Besetzung von Strommasten. Die Fernleitung vom AKW Fessenheim nach Paris konnte bis heute nicht fertig gestellt und in Betrieb genommen werden.

Das Echo bei der Bevölkerung war unterschiedlich. Bestimmt haben wieder einige Mut gefaßt, sich dem Protest anzuschließen. Andere sind immerhin stutzig geworden. Aber es gibt doch eine ganze Menge Leute, die reagieren wie Kinder, denen man Schere und Streichholz wegnehmen will, ihr liebstes Spielzeug wohl. Damit läßt sich so schön spielen, solange die Folgen nicht am eigenen Leib zu spüren sind. Dann ist es allerdings zu spät.

Kontaktadressen:
Christoph Junck
KissingerStr. 76
7 Stuttgart 50

Gewaltfrei BI
Weinbergweg 7
7015 Korntal
Tel. 0711/834103

BELGISCHE AKW–PLANUNG IM DREILÄNDER–BEREICH

AACHEN
17. Mai

Das Comite ecologique visetois (Umweltschutzinitiative von Vise/Belgien) informierte die Umweltschutzgruppe Aachen darüber, daß in Hermalle-sous-Argenteau auf dem Gebiet der Gemeinde Pupeye/Belgien der Bau eines Atomkraftwerks mit zwei Blöcken von je 1200 MW Leistung geplant ist. Der vorgesehene Standort liegt bei Vise (zwischen Lüttich und Maastricht) knapp 30 km in westlicher Richtung vom Zentrum Aachens entfernt. Die Bevölkerung des Aachener Raums ist also bei etwaigen Störfällen des Atomkraftwerks unmittelbar gefährdet.

Das Comite ecologique visetois übersandte uns eine Reihe von Belegen für die Pläne, ein Atomkraftwerk zu bauen. Diese zeigen, daß sich die Pläne schon in einem sehr konkreten und fortgeschrittenen Stadium befinden. Das Comite ecologique visetois (c/0 Maurice Andre, Quai du Halage 54, B 4540 Vise, Tel. 003241/79 32 41) ist gerne bereit, weitere Auskünfte zu erteilen.

Die belgische Tageszeitung 'Le Monde du Travail' veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 17.2.77 einen vertraulichen Plan der belgischen Elektrizitätswirtschaft. In diesem Plan sind die Standorte der in Zukunft in Belgien geplanten Atomkraftwerke verzeichnet. Hermalle-sous-Argenteau ist auf diesem Plan der Standort zweier Atomkraftwerke, deren Inbetriebnahme für 1983 vorgesehen ist.

Der Flächennutzungsplan (plan de secteur) wurde am 1.3.77 geändert. Die vorgesehene Industriezone wurde erheblich vergrößert und erhielt insbesondere eine Verbindung zur Maas. Etwa 25 Haktar wurde bereits von der Gesellschaft Intercom zu stark überhöhten Preisen aufgekauft. Die Intercom (Intercommunale belge de gaz et d'electricite) ist ein belgisches Gas- und Elektrizitätsversorgungsunternehmen. Die Grundstücke, die die Intercom bereits besitzt, liegen größtenteils in dem erst seit 1.3.77 als Industriegebiet ausgewiesenen Gelände. Die Geländekäufe wurden durch Untersuchungen des Comite ecologique visetois bei Notaren und Grundbuchamt aufgedeckt. Das Grundbuchamt erteilt nur Auskunft über mehr als zwei Jahre zurückliegende Käufe. Es ist daher anzunehmen, daß die Intercom in der Zwischenzeit weitere Grundstücke gekauft hat. Der vorgesehene Standort für das Atomkraftwerk liegt nur 200 m vom Krankenhaus 'Notre Dame' in Hermalle-sous-Argenteau entfernt.

Die sozial-christliche Partei P.S.C. (Parti Social Chretien) der Gemeinden Oupeye und Vise sprach sich gegen den geplanten Bau des Atomkraftwerkes aus. Zur Begründung führte sie unter anderem die hohe Bevölkerungsdichte in der unmittelbaren Umgebung des vorgesehenen Standorts und die thermische Belastung der Maas an.

Der Bürgermeister der Gemeinde Oupeye informierte den Gemeinderat in der Sitzung vom 29.3.77 über den geplanten Bau des Atomkraftwerks. Er nannte dabei auch die mit Planung und Bau beauftragten Firmen: das Büro 'Courtois', die S.G.B., die Gesellschaft 'Traction et Electricite' sowie die Firmengruppen 'Lebain' und 'Electrobel'. Der Gemeinderat nahm einstimmig eine Resolution gegen den Bau des Atomkraftwerks an und erklärte, daß er sich der Verwirklichung dieser Pläne mit der äußersten Entschlossenheit widersetzen werde.

Die niederländische Bürgerinitiative 'Schone Maasvallei' wandte sich an den Außenminister Van Der Stoel mit der Bitte, gegen den geplanten Bau des Atomkraftwerks in unmittelbarer Nähe der niederländischen Grenze zu intervenieren. Der Bürgermeister von Maastricht wandte sich wegen des geplanten Baus des Atomkraftwerks mit einer Anfrage an die niederländische Regierung.

LICHTENHORST: WACH- und INFORMATIONSLAGER AUFGELÖST

LICHTENMOOR
15. Mai

Mehr als acht Monate lang war das Lager Lichtenhorst Symbol für den Widerstand gegen die Atommüllfabrik und das Atommüllager im Lichtenmoor. Seit dem 1. April wächst auf dem ehemaligen Lagerplatz im Obstgarten des Bauern Kraft wieder das Gras. Es wird auch etwas Gras wachsen über diese wichtige Phase des Widerstandes, in der vielen Bürgern rund um's Lichtenmoor klargeworden ist, daß eine Atommüllfabrik nur Zerstörung von Leben und Gesundheit bedeuten kann. Aber die Leute, die dies begriffen haben und aufgewacht sind, werden auch in Zukunft gegen eine Atommüllfabrik aktiv sein.

Der Widerstand, der vom Lager und von engagierten Leuten auch von weiterher ausging, wird jetzt von Bürgerinitiativen getragen. Informationsveranstaltungen werden weiterhin durchgeführt. Neue Widerstandsformen wie z. B. Stromzahlungsboykott werden organisiert. Die Bürgerinitiativen wissen, daß die Auswahl des Standorts Gorleben ein taktisches Manöver von Herrn Albrecht sein kann (Bundeskanzler Helmut Schmidt hat Gorleben ja auch als 'Scheinangebot' bezeichnet).

Für den Widerstand im Lichtenmoor gibt's jetzt zwar eine kleine Verschnaufpause, aber es kann schon bald wieder losgehen. Standortuntersuchungen für alle vier Standorte will die Bundesregierung einleiten. Das Lager hat sich aufgelöst, aber sieben ehemalige Lagerleute sind noch da. Sie wohnen in Neumühlen, zwischen Altenboitzen und Böhme und arbeiten auch weiterhin in der Bürgerinitiative Rund um's Lichtenmoor mit. Sollte ein Bohrtrupp im Lichtenmoor mit Salzbohrungen beginnen wollen, wird ein neues Lager entstehen, aber dann direkt auf dem Bohrloch.

aus: Rundbrief Nr. 3 der Bürgerinitiative 'Rund um's Lichtenmoor', Mai 1977

WIEDERAUFFORSTUNG STATT WIEDERAUFBEREITUNG

GORLEBEN
17. Mai

Auf dem für die Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie vorgesehenen Gelände plant die Bürgerinitiative Tostedt das abgebrannte Waldgrundstück Morgen für Morgen an einzelne Pächter zu verpachten. Die gepachteten Waldstücke sollen dann von den Pächtern aufgeforstet werden. Damit kann man sich aktiv gegen Atomanlagen wehren und für Natur- und Umweltschutz einsetzen. Im Falle eines Verkaufs durch den Eigentümer bleibt das Besitzrecht des Pächters bestehen. Im Falle der Enteignung des Eigentümers müßte auch der Pächter enteignet werden. Im Falle des Baubeginns müßte junger Wald vernichtet werden. Verpachtet werden Grundstücke von ca. 2.500 m^2 für die Dauer von vorläufig sechs Jahren. Jeder Pächter erhält einen Pachtvertrag und eine Karte mit der Lageskizze seines Grundstückes. Dafür entstehen einmalige Kosten von 10 Mark. Als Pachtzins gilt die Wiederaufforstung durch den Pächter. Die Pflanzen können vom örtlichen Forstamt bezogen werden, das auch sonst beratend tätig ist. Die Kosten für die Pflanzen werden 200 Mark nicht übersteigen. Die Arbeit kann zu zweit oder von mehreren Leuten an einem Wochenende geschafft werden und muß bis spätestens 1979 abgeschlossen sein. Als Pächter können nur Einzelpersonen auftreten, die Kosten, die Arbeit und den Spaß kann man sich natürlich teilen.

**Kontaktadresse: Helmut Werner, 2114 Dierstorf Nr. 3
Tel. 04165/80505**

INS LAND DER FRANKEN FAHREN. . . .

SCHWEINFURT
16. Mai

Die KKW-nein Gruppen von Schweinfurt und Umgebung rufen für Pfingstsonntag, 14.00 Uhr zu einem Spaziergang - Pfingstausflug genannt - um das in Bau befindliche KKW Grafenrheinfeld auf. Treffpunkt ist die Mainbrücke zwischen Bergrheinfeld und Grafenrheinfeld. Von da aus soll einmal um den Bauplatz herumgegangen werden und anschließend soll noch ein kulturelles Programm (AKW-Nee-Fest) stattfinden. Der Charakter des Ausfluges soll weniger dem einer Demonstration als vielmehr eines Spazierganges entsprechen. Deshalb sollten weniger Transparente und mehr Blumen und Kränze (für die sicher anwesenden Pfingstochsen in Uniform) mitgeführt werden. Ist der Ausflug auch primär für die Bevölkerung der Region geplant, so besteht doch für unsere Freunde von außerhalb die Gelegenheit ab Samstag, 28.5., bis über Pfingsten in Schwebheim (Naturfreundehaus) zu zelten.

Wichtig:
Für Leute aus Frankfurt und Umgebung, die sich an der geplanten Fahrradtour nach Grafenrheinfeld am Pfingstsamstag beteiligen wollen, findet am Montag, 23.5. um 20.00 in den Gildestuben eine Vorbesprechung statt, auf der vor allem die organisatorischen Sachen (Fahrräder, Fressalien und Zugfahrt bis Heigenbrücken) besprochen werden müssen. Die halbe Strecke (bis in den Spessart) soll nämlich mit dem Zug zurückgelegt werden. Von da aus sind es noch ca. 70 km bis zum Ziel.

Na, wer hat Lust, zu Pfingsten ins (noch) schöne Franken zu fahren?

TAUSENDE BLOCKIERTEN FLUGHAFEN–ZUFAHRTEN

STUTTGART
16. Mai

Fast drei Stunden lang blockierten am Samstag dem 7. Juni mehrere tausend Menschen mit zwei Fahrzeugkonvois aus 500 Traktoren, Lastwagen und Personenwagen den Verkehr rund um den Stuttgarter Flughafen. Die Demonstranten folgten einem Aufruf der 'Schutzgemeinschaft gegen den Großflughafen Stuttgart' und wandten sich mit ihrer Aktion gegen den von der Baden-Württembergischen Landesregierung in einem Vier-Phasen-Plan bis 1984 vorgesehenen Ausbau des Flughafens. Der Ausbau sieht die Erweiterung des Flughafengeländes um über 170 Hektar bisher zum Großteil landwirtschaftlich genutzter Fläche vor. Danach fuhren sie mit zahlreichen Transparenten und Protestplakaten zur abschließenden Kundgebung in den Nachbarort Bernhausen.

Der Straßenverkehr im Umfeld des Flugplatzes war zeitweise blockiert. Einige Passagiere verpaßten ihre Maschinen, andere erreichten die Flugzeuge erst nach längerem Fußmarsch und in letzter Minute. Der Ausbauplan für den Flughafen wird von der Landesregierung vor allem mit notwendigen Sicherheitseinrichtungen begründet. Bei der Kundgebung kündigten Vertreter der Schutzgemeinschaft, darunter die Vorsitzende und SPD-Bundestagsabgeordnete Liesel Hartenstein, einen harten Kampf gegen den Ausbau, notfalls auch unter Zuhilfenahme der Gerichte, an. Die Ausbauentscheidung der Landesregierung sei der 'schlechteste Beschluß in der Geschichte Baden-Württembergs'.

BÜRGERINITIATIVE ZUR NDR-BERICHTERSTATTUNG

ECKERNFÖRDE
19. Mai

Die Landesregierung in Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie die CDU Hamburgs kritisieren seit der ersten Demonstration in Brokdorf vom November 76 den Norddeutschen Rundfunk wegen angeblicher einseitiger Berichterstattung über die Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde. Seitdem stehen verschiedene Berichterstatter und Moderatoren unter verstärktem politischem Druck von Verwaltungsrat, Rundfunkrat und Intendanz, der bis zur offenen Zensur geht.

Die Landesregierungen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie die CDU Hamburgs kritisieren seit der ersten Demonstration in Brokdorf vom November 76 den Norddeutschen Rundfunk wegen angeblicher einseitiger Berichterstattung über die Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde. Seitdem stehen verschiedene Berichterstatter und Moderatoren unter verstärktem politischem Druck von Verwaltungsrat, Rundfunkrat und Intendanz, der bis zur offenen Zensur geht.

Die Bürgerinitiative Eckernförde „Kein Kernkraftwerk an der Eckernförder Bucht und anderswo" erklärt dazu:
„Wenngleich die Mitglieder der Bürgerinitiative auch nicht immer mit der Berichterstattung oder den Kommentaren des NRD zu den Problemen der Kernenergie einverstanden sind, so sind wir jedoch der Meinung. daß der NDR bemüht war, relativ objektiv zu berichten. Objektiv heißt in diesem Falle, daß die Berichterstattung nicht einseitig zugunsten der Landes-

regierungen ausgefallen ist. Objektiv heißt auch, daß über das brutale Vorgehen der Polizei an den Bauplätzen, bzw. bei An- und Abfahrt der Demonstranten nicht geschwiegen wurde, sondern in der NDR-Berichterstattung berücksichtigt worden ist.

Gegen die Berichterstatter laufen die für die Polizeieinsätze verantwortlichen Landesregierungen mit Hilfe ihres Einflusses in den Gremien des NDR (besonders über den Verwaltungsrat) Sturm. Sie müssen sich vor der Wahrheit wohl verstecken, weil sie den Bürgern sonst weder das Atomenergieprogramm noch die Brutalität gegen die Kernkraft-Gegner erklären können. Um weiterer Kritik vorzubeugen, versuchen die Landesregierungen und die sie tragenden Parteien durch politischen Druck kritische journalistische Arbeit zu unterbinden.

Die Bürgerinitiative protestiert aufs schärfste gegen alle Versuche NDR-Berichterstatter gleichzuschalten und fordert die Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie die CDU-Landesparteien der drei beteiligten norddeutschen Länder und den NDR-Verwaltungsrat auf, jede weitere Zensur zu unterlassen.

Zudem solidarisieren sich die Mitglieder der Bürgerinitiative mit den Mitarbeitern des NDR, die sich dem politischen Diktat widersetzen und hoffen, daß sie auch weiterhin objektiv in dem oben beschriebenen Sinne über die Problematik Kernenergie und den Kampf ihrer Gegner berichten. In diesem Sinne Kein KKW in Brokdorf und anderswo !"

MOSSMANN: DIE WACHT AM RHEIN

Strophe 87:
Zwei Jahr ist's her, da war in Wyhl gewaltig Baubeginn —
Aber schaut euch mal den Bauplatz an,
der grünt so friedlich grün.
Zwei Jahr ist's her, da flog sehr schön die Atom-Mafia hier raus,
Und wenn in Wyhl gebaut wird, dann ein neues Freundschaftshaus.
88:
In Kaiseraugst war's Ostern, als ‚MOTOR COLUMBUS' kam,
Und sagte: ‚Jetzt läuft in der Schweiz unser Atom-Programm'
Gleich ging sie an die Arbeit, die berüchtigte Wyhl-Maus
Und heut sieht das Atom-Programm wie Schweizer Käse aus.
89:
In Brokdorf an der Elbe steht eine Stoltenburg,
und der Chef von dem KZ meint noch, wir kämen da nicht durch.
Der Herr kennt nur Gewalt und Geld, aber nicht unsre Fantasie
Der Bauplatz wird zur Wiese, ja! wart's ab, dann weißt du,wie...
90:
Mit einer Wünschelrute ging Albrecht über Land
bis er am großen deutschen Zaun ein Loch im Boden fand.
‚Die Leut sind treu und doof' sagt er,
‚Hier wird der Müll verstaut' —schon stehn die bucklig Männlein da und singen frech und laut:
91:
Hans Matthöfer fährt nach Österreich, aber diesmal nicht zur Kur.
Der Hans hat einen heißen Job, er ist auch bei der Müllabfuhr.
Jetzt fragt er rum im Salzkammergut, weil er Salz besonders schätzt: ‚Habt ihr vielleicht ein Plätzchen frei? :
Doch die Antwort heißt: ‚Besetzt'!
92:
In Fessenheim im Elsaß da brennt die Lunte schon,
Allerdings braucht man auch Leitungen fürn Transport vom Atomstrom.
Doch die Leitungsmasten fallen, in Vogesen plötzlich um,
und bei Heiteren steht ein halber Mast , aber wir sitzen drum herum. Auf welcher Seite stehst du he, hier wird ein Mast besetzt...

Refrain wie gehabt:
Auf welcher Seite stehst Du he?
Hier wird ein Platz besetzt!
Hier schützen wir uns vor dem Dreck,
nicht morgen sondern jetzt !

(Motor Columbus: schweizer Firma, die das AKW bauen wollte. Str. 90: Gorleben. Neuere Ereignisse um das AKW Fessenheim, bei Heiteren steht jetzt das 5. Freundschaftshaus, nach Marckolsheim, Wyhl, Kaiseraugst, Gerstheim).

KREUZBERGER FEUERWACHE BESETZT

BERLIN—WEST 19. Mai *Telefonbericht Berliner Genossen:* Seit Donnerstag, den 5.5. ist die ehemalige Feuerwache in Kreuzberg besetzt. Wir haben lange genug von einem Stadtteilzentrum geredet, jetzt haben wir eins. Und das für alle Kreuzberger.

D.h. 1. Kommunikationszentrum: zwei Video Gruppen, drei Theatergruppen, eine Teestube, eine Versammlungshalle, für Plenen und Feste, Vorführungen und Flohmärkte. Ein Informationsbüro für den Stadtteil haben wir schon. Die Aktivitäten sollen noch ausgeweitet werden: Kneipe, Marktplatz, Mittagstisch, Ausstellungen.

2. Jugendzentrum: Es gibt eine Jugendarbeitslosengruppe, eine Gruppe aus dem benachbarten Jugendfreizeitheim, zwei Schülergruppen aus umliegenden Schulen, Schülertreff gegen Berufsverbote und einen Schularbeitszirkel. Auf dem Programm stehen noch Selbsthilfewerkstätten, Beratungsstellen, Schülerzeitung.

3. Kinderarbeit: gibt es von morgens bis abends, deshalb haben wir als erstes einen Abenteuerspielplatz und ein Kinderhaus gebaut, vier Mammutkinderfeste gab es bereits.

4. Beratungsstellen: die seit langem arbeitende Gruppe 'Treffpunkt und Beratung' will ein Krisenzentrum einrichten für Ausgeklinkte aus der Psychiatrie oder solche, die da nicht hinwollen. Das 'Ausländer-Komitee' macht demnächst eine Anlaufstelle. Frauen wollen ein Cafe und Beratung aufbauen.

Doch die Feuerwache soll nicht stehenbleiben. Ebensowenig wie die benachbarte Pumpenhalle, die hat der Senat schon abgerissen. Stattdessen soll eine Renomier Wettkampf Sporthalle gebaut werden. Eine Architektengruppe, die mit uns zusammen arbeitet, hat genügend Alternativstandpunkte für solche Projekte vorgeschlagen. Unsere Verwalter hat das nicht besonders beeindruckt. Deswegen machen wir intensivste Öffentlichkeitsarbeit. Das bisher einzige Angebot der Bezirksleitung: 'Das Haus bleibt noch eine Weile stehen - wenn wir sofort räumen, damit die Verwaltung noch Gelegenheit hat die eigene Planung zu erläutern.' Wir haben uns 'bedankt', und darauf einen Umzug mit 500 Kreuzbergern gemacht. Gleichzeitig hat das Bezirksamt erneut beschlossen, uns rauszuschmeißen und abzureißen. Nur das Wörtchen 'unverzüglich' hat die SPD aus dem Antrag der CDU gestrichen. Das sind offenbar die feinen Unterschiede! Der besondere Witz bei der ganzen Auseinandersetzung ist, daß die SPD mit viel Geld ein Projekt aus der Taufe gehoben hat, das durch Bürgerbeteiligung glänzen soll. Es nennt sich 'Strategien für Kreuzberg', und soll ein Planungswettbewerb für das sanierungsbedürftige Kreuzberg sein. Auf diese Weise soll das Gebiet für Investitionen interessant gemacht werden, da die Senatsgelder für die bekannte Totalsanierung am Ende sind und die Verslumung vor der Tür steht. Unter der Hand wird zugegeben, daß die tatsächliche Einflußmöglichkeit der Bevölkerung gleich Null ist. Dementsprechend

fehlt es an der Beteiligung. Nun jetzt haben wir uns beteiligt, jetzt kann die SPD sich überlegen, welches von ihren Projekten sie durchziehen will. Wir machen schon mal weiter mit unserem autonomen Stadtteilzentrum, vielleicht erleichtert das die Entscheidung.

KÖLNER POLIZEIPRÄSIDENT HOSSE BELÜGT VERWALTUNGSGERICHT

KÖLN 16.5. *Im letzten ID berichteten wir von den Aktionen Kölner Bürgerinitiativen gegen den Bau der Stadtautobahn. Hier ist eine Erklärung des Kölner Volksblatts zu den Vorfällen bei einer Pressekonferenz der Polizei:*

Bürgerinitiativen fordern den Landes-Innenminister auf, den Polizeipräsidenten seines Amtes zu entheben.

Die Kölner Polizei hat am Montag, den 9. Mai 1977 bei der gewaltsamen Räumung des von Bürgerinitiativen besetzt gehaltenen Bauplatzes der Kölner Stadtautobahn in Nippes den Kameramann der 'Kölner Wochenschau', Christian Maiwurm, bei seinen Dreharbeiten widerrechtlich verhaftet und über 8 Stunden festgehalten. Zu der folgenden Pressekonferenz der Polizei am 10. Mai wurden drei Mitarbeitern der Bürgerinitiativen-Zeitung 'Kölner VolksBlatt' der Zutritt widerrechtlich verwehrt. In einem Antragsverfahren auf eine einstweilige Anordnung, daß die Mitarbeiter des 'Kölner VolksBlatts' zur Pressekonferenz zuzulassen seien, hat der Kölner Polizeipräsident Hosse die 10. Kammer des Verwaltungsgerichts Köln wissentlich belogen und damit die gerichtliche Durchsetzung der Rechte der Bürgerinitiativenpresse zu Fall gebracht.

Diese Tatsachen veranlaßten das Kölner VolksBlatt, durch seinen Rechtsanwalt Sigurd Asper, beim Innenminister des Landes NRW gegen den Kölner Polizeipräsidenten Dienstaufsichtsbeschwerde zu erheben mit dem Antrag, den Polizeipräsidenten Herrn Hosse von seinem Posten zu entfernen.



BESETZTES HAUS NIEDERGEBAGGERT

STUTTGART 18. Mai *In der Stuttgarter Alexanderstr. wurde im Februar ein Haus besetzt (ID 166,170) Inzwischen hat der Abrißgeier bereits zugeschlagen. Die Hausbesetzung hatte zuvor mit einem öffentlichen Auszug der Bewohner aufgehört. Über die jetzt entstandene Situation berichtet das Stuttgarter Blättle:*

„Schon am 21. März hatten die Technischen Werke damit begonnen, die Versorgungsleitungen des Hauses abzuklemmen. Die Besetzung aufrechtzuerhalten, wurde angesichts der immer rascher umsichgreifenden Resignation der Aktiven immer schwieriger; man sah immer weniger Sinn darin, Kraft und Energie in ein Objekt zu stecken, welches infolge der Entscheidung unserer städtischen Bürokraten durch keine nur denkbare Aktion mehr zu retten gewesen wäre. Gegen die Allmacht der Behörden ist — bislang — kein Kraut gewachsen!

Am 28. März wurde es ernst, der erste Trupp der Abbruchfirma rückte an. Was sich jetzt abzeichnete, wurde jedem klar: der Konflikt würde nicht mehr mit den Bullen ausgetragen werden, sondern zwischen den Arbeitern der Abbruchfirma und uns. Das mußte auf jeden Fall vermieden werden.
Wir entschlossen uns kurzfristig, die Besetzungsaktion zu beenden. Zusammen mit 200 Sympathisanten bildete sich am Nachmittag spontan ein Demonstrationszug; mit Hausrat, Möbeln, Leiterwagen, Sack und Pack gehts durch die Innenstadt in Richtung Rathaus. Das Straßentheater, der Kern der Aktion, stellt die Gründe für den raschen Auszug dar und weist darauf hin, daß der Stuttgarter Häuserkampf nicht mit dem Haus in der Alexanderstraße fällt, sondern entschlossen weitergeführt wird. Die Alex war nur der Anfang!

Bis zum jetzigen Zeitpunkt bewies die 'Initiative zum Erhalt von Wohnraum' in ihren wöchentlich stattfindenden Vollversammlungen, allen gegenteiligen Prognosenzum Trotz, ihre Kontinuität, sowohl zahlenmäßig, als auch organisatorisch. Auf der ersten Vollversammlung (VV) nach dem Auszug aus der Alex am 30. März wurde die künftige Stoßrichtung der Initiative verbindlich festgelegt; die größtenteils in der Alex schon gebildeten Arbeitsgruppen bestehen weiter. Neben AG's Organisation/Öffentlichkeit, Dokumentation, Theater und Video gibt es noch die 'Häuserlisten'Gruppe. Ihr Anliegen ist es, Spekulationsobjekte in Stuttgart, Fälle von Zweckentfremdung von Wohnraum etc. zu suchen und zu finden, einerseits um die dunkle Szene in Stuttgart etwas aufzuhellen, zum andern auch um Grundsteine für weitere Aktionen zu schaffen.
Zur Teilnahme an den VVs ist jeder eingeladen:
Dienstag, 19 Uhr, Baracke

INTERNATIONALES

AUSTRALISCHE SENATORIN AN AKW-GEGNER

CANBERRA 15. Mai *In folgendem Brief bittet die australische Senatorin Jean Melzer die deutschen AKW-Gegner um Unterstützung:*

„Viele Menschen in Australien sind zutiefst besorgt über die Zukunft der Welt, wenn der Uranerzanbau weiter fortschreitet. Daher erfüllte es uns zutiefst mit neuer Hoffnung, als uns die Nachricht erreichte, daß tausende von Menschen in Europa bereit waren, energisch gegen den Bau von Atomkraftwerken zu protestieren, weil sie unsere Befürchtungen teilen. Wir fühlten uns hier weltvergessen und unbedeutend. Jetzt, da wir wissen, daß auch Menschen in anderen Ländern bereit sind, sich dafür einzusetzen, daß dieser menschheitsbedrohenden tötlichen Gefahr Einhalt geboten wird, können auch wir mit neuer Kraft den Kampf weiterführen.

Es gibt hier überseeische Gesellschaften, die unser Uranerz abbauen wollen, um es in eure Länder zu verschiffen als Energie-Rohstoff — und wir wissen: wenn es einmal soweit kommt, dann wird auch Plutonium erzeugt.

Wir wissen, wie auch ihr, daß Plutonium die Grundlage allen Lebens bedroht, daß es praktisch unzerstörbar ist mit einer Halbwertszeit von wenigstens 250.000 Jahren und daß es keinen Flecken auf dieser Erde gibt, wo es ohne Umweltgefahr gelagert werden könnte. Es gibt kein Antidotum, keine Pille, keine Injektionen, die unsere Kinder und Kindeskinder von den Strahlungsgefahren des Plutoniums sichern könnten. Wenn es jemals einen Zeitpunkt gegeben hat, daß die Menschen dieser Welt zueinander finden müssen zu gegenseitigen Unterstützung, dann ist es jetzt, wenn wir der größten Gefahr gegenüber stehen, die die Welt jemals kannte. Ich hoffe, daß wir von jetzt an zueinander finden können, daß wir miteinander reden und Informationen austauschen und — was das wichtigste ist — uns gegenseitig unterstützen. Ich biete meine Freundschaft und Unterstützung."
gez. Jean I. Melzer , Senator for Victoria, A.L.P.

Die Bürgerinitiative Umkirch sammelt im Augenblick Solidaritätsadressen und Resolutionen gegen die Kernenergie in Australien von möglichst vielen deutschen Anti-KKW-Organisationen. Sie rufen alle Gruppen und Bürgerinitiativen dazu auf auf, mit Hilfe der Resolutionen und Solidaritätsadressen die aus australischen Kernenergie-Gegner zu unterstützen. Die Kontaktadresse ist: **Bürgerinitiative Umkirch, Mario Schmidt, Mittelw... 41, 7801 Umkirch**

UMWELTSCHUTZ ALS GEWERKSCHAFTSPOLITIK IN AUSTRALIEN

NEW YORK
15. April

Immer wieder — in der BRD wie in den USA — streiten sich die Umweltschützer mit den Gewerkschaft ern. Die einen kämpfen gegen die Zerstörung der Natur, die anderen sind an der Erhaltung der Arbeitsplätze interessiert. In Australien ist das anders. Dort ist ein Bündnis dieser Verbände entstanden. Ihr Durchsetzungsvermögen zur Lösung der Probleme, zu denen sie sich verhalten, ist phänomenal.
Was folgt, sind Ausschnitte aus einem Interview mit der Gallionsfigur der australischen Arbeiter-Umweltschützer Jack Mundey. Mundey ist Mitglied der australischen kommunistischen Partei, und seine Gewerkschaft, die 'australian builders laborers union', war die erste, die die 'green bans' (G...ner Bann) initiierte. Dabei geht es darum, mit dem Mittel des Arbeitskampfes bzw. der Arbeitsverweigerung zugunsten der natürlichen und sozialen Umwelt zu intervenieren. Hier sind höchstwahrscheinlich auch die Gründe zu suchen, warum die US-Regierung vor kurzem Mundey ein Einreisevisum für die Teilnahme an Veranstaltungen und Vorträgen amerikanischer Umweltschutzverbände verweigert hat. Das Interview stammt ursprünglich aus der Zeitung einer Ökologiegruppe in San Francisco, den „Freunden der Erde", wurde von Liberation News Service stark gekürzt und von uns, dem ID, nochmals redigiert.

„Die australische Bewegung 'green bans' besteht aus Arbeitern, die sich weigern, an Projekten, die die Umwelt zerstören, zu arbeiten. Es ist das erste Mal, daß sich Gewerkschaften mit der Frage beschäftigen, was produziert wird, daß sie das Endprodukt unter die Lupe nehmen und sich dazu äußern.

Die Bauarbeitergewerkschaft, aus der die green ban-Bewegung hervorging , hatte früher mit den Bossen zusammengearbeitet, kämpferische Arbeiter auf schwarze Listen gesetzt usw. Als die Kommunisten die Führung übernahmen, wurde zunächst durchgesetzt, daß Frauen überhaupt in der Bauindustrie arbeiten dürfen. Davor war das nämlich eine männliche Enklave. Das nächste war die Beteiligung an der 'Hört-auf-zu-arbeiten"-Kampagne, die dazu beitragen sollte, den Vietnamkrieg zu beenden. Wenn Demonstrationen und Versammlungen gegen den Vietnamkrieg stattfanden, hörten die Arbeiter mit ihrer Arbeit auf und beteiligten sich an den Protestkundgebungen. Das ist auch heute noch ein bewährtes Mittel, z. B. gegen die Apartheidpolitik in Südafrika. Wenn eine Rugby-Mannschaft eine Tour durch Australien macht, organisieren wir Versammlungen, laufen dann (auch während der Arbeitszeit) gemeinsam zum Spielfeld und unterbrechen das Spiel, um aufzuzeigen, für wie falsch wir die Apartheidpolitik halten.

Unsere Gewerkschaft betätigt sich aber auch auf die orthodoxe Art und Weise. Wir haben die Löhne erhöht, Arbeitsbedingungen verbessert. Wir vergessen nicht die Grundvoraussetzungen unserer Arbeit, die uns ermöglichen, stäker in politische Aktion zu treten. Da war z. B. ein Streik der Studenten und Angestellten an der Sydney-Universität. Es ging darum, daß die Frauen das Recht haben wollten, ein Seminar über die Frauenbewegung und Frauenbefreiung einzurichten. Die Universitätsverwaltung sagte zu, aber nur unter der Bedingung, daß die Uniautoritäten den Laden schmeißen und daß nicht nur Frauen an dem Seminar teilnehmen können. Also gab's einen Streik. Da zu der Zeit viel an der Uni gebaut wurde, wurde unsere Gewerkschaft um Unterstützung gebeten, was wir auch taten. Diese unsere Unterstützung spielte eine große Rolle in der Durchsetzung der Forderung. Der Streik wurde gewonnen.

Die Stärke des 'green ban'

Diese Gewerkschaft ist also etwas anders als die 'normalen' Gewerkschaften. Wir wollten auch unseren Beitrag zum Umweltschutz leisten. Wir glauben, daß wir das Recht haben, in allem, was den Arbeiter betrifft, einzugreifen. Wenn beispielsweise das Buschland zerstört wird, ist es doch wohl in Ordnung, wenn wir uns unsere Arbeitskraft sparen und stattdessen den Leuten gestatten, ihren Widerstand gegen solch ein Unterfangen zu demonstrieren.

Green bans waren in Australien äußerst umstritten. Wir wurden von Anfragen überrollt. Und nach vier Jahren hatten wir 42 solcher green bans durchgesetzt und hielten damit Arbeiten in Wert von 4 Millionen Dollar auf. Ich glaube, daß die Stärke der Bewegung darauf zurückzuführen ist, daß wir die green bans nur auf Anfrage eines größeren Teils der Bevölkerung einer Ortschaft einsetzen. Es geht uns nämlich nicht nur darum, daß die Umweltzerstörung aufgehalten wird. Vielmehr sollen die betroffenen Leute in diesen Gegenden mehr zu sagen haben und nicht alles dem Willen der bürokratischen Regierung überlassen. Daß Entscheidungen oben getroffen werden, die später von allen bereut werden. Obwohl die Presse uns natürlich schlecht machen wollte, haben wir wohl deshalb ein hohes Ansehen erhalten, weil wir unsere Politik in Einklang mit dem Anliegen der Leute gebracht haben.

Wir legten auch Alternativvorschläge für Arbeit vor. Statt Sydney mit Hochhäusern zu zerstören, argumentierten wir, daß dieselben Firmen das Geld lieber in weniger Profit bringende Projekte investieren sollten, zum Beispiel Wohnhäuser für arbeitende Menschen. Deshalb sind unsere Aktionen nicht nur destruktiv.

Arbeiter retten die 'Rocks'

Die 'Rocks' sind der älteste Teil des weißen Australien. Dorthin kamen die ersten Gefangenen und mußten den Sandstein zum Bauen abtragen. Dort sind immer noch die ältesten australischen Häuser, direkt beim Hafen von Sydney. In dieser Nachbarschaft wohnen Leute, die für die Stadt arbeiten, auf den Docks, den Fähren usw. Als dann der zentrale Geschäftsdistrikt immer kleiner und höher wurde, wurden die Rocks immer wertvoller. Eines Tages entschied die Regierung einfach, daß alle diese Häuser umgewalzt und neue Ungeheuer aus Glas, Beton und Stahl gebaut werden sollten. Anwohner

der Rocks kamen zu uns und sagten, daß sie rausgeschmissen werden sollen, obwohl sie dort schon seit Generationen leben, daß sie aber nicht gehen werden. Die Gewerkschaft vertrat wieder die Position, daß die Leute die Sache selber in die Hand nehmen sollen. Auf die erste Versammlung kamen 1.000 Leute, danach wurde von Vertretern der Bürgerinitiative ein 'Volksplan' für die Rocks ausgearbeitet. Dort wurde in allen Einzelheiten aufgezählt, was in diesem Gebiet gebaut werden könnte. Die Rocks stehen heute noch. Wäre kein green ban ausgesprochen worden, würden heute Versicherungsgesellschaften und Banken bis zum Hafen stehen.

Straßen und Urwald

Wie für die meisten großen Städte wurde auch für Sydney ein Autobahnsystem vorgeschlagen, wodurch ganz nebenbei 25.000 Wohnungen abgerissen werden sollten. Die Gewerkschaft lehnte diesen Vorschlag ab und unterstützte das Komitee „Rettet die öffentlichen Verkehrsmittel". Bis jetzt ist noch kein Gebäude auf den vorgesehenen Abschnitten abgerissen worden. Dieser Kampf dauert jetzt schon vier Jahre und ist noch immer nicht vorbei. Unser Vorschlag: das Geld sollte lieber in die öffentlichen Verkehrsmittel gesteckt werden. Warum kann man nicht aus den Tragödien wie Los Angeles, Tokyo oder Toronto lernen?

In der Zwischenzeit gibt es eine Bewegung hinter der Bauarbeitergewerkschaft. 14 weitere Gewerkschaften haben sich in den verschiedensten Regionen Australiens für den Umweltschutz engagiert. Eine der wesentlichsten Erfolge ist beispielsweise die Erhaltung der Fraser Island. Fraser Island ist die größte Sandinsel der Welt. Sie liegt auf der Felsenklippe vor der Ostküste von Queensland, einer tropischen Gegend. Dort ist ein ganz besonders schöner Urwald mit einer sehr empfindlichen Ökologie. Dillingham Corporation, ein multinationaler Konzern, erwarb die Rechte auf dieser Insel den Sand auszubeuten. Umweltschützer waren der Meinung, wenn dort der Sand abgetragen würde, wäre die Insel für immer zerstört. Die Firma nahm sofort die Haltung ein, daß sie doch hier Arbeitsplätze schaffen würde. Die Umweltschützer konnten aber nachweisen, daß die Sandausbeutung nur kurzfristig ist, außerdem kapital- und energieintensiv, d. h. daß nur wenige Arbeiter beschäftigt wären und ein Naturschatz für immer vernichtet würde. Die nächste Stadt an der Küste, Maryborough, würde in den nächsten 20 Jahren mehr Leute beschäftigen können, wenn die Insel unberührt bliebe. Die Gewerkschaftsbewegung weigerte sich, die Bagger zur Insel zu bringen, bis die Regierung endlich nachgeben mußte und beschloß, daß die Insel nicht angetastet wird. Das war also ein echter Erfolg.

Die Kernkraft verhindern

Ein weiterer herausragender Sieg, glaube ich, ist der green ban auf ein Atomkraftwerk, das nahe bei Melbourne gebaut werden sollte — einer Stadt mit nahezu 3 Millionen Einwohnern. Umweltschützer lehnten dieses Projekt aus verschiedenen Gründen ab. Die erste Frage war, ob diese Energie wirklich gebraucht wird und zweitens sollte das Werk, wenn es wirklich notwendig wäre, auf den Kohlehalden von central Victoria gebaut werden, wo es weniger gefährlich wäre und mehr Arbeitsplätze schaffen würde. Der ban geht jetzt schon zwei Jahre, obwohl eine sehr starke Opposition Millionen ausgibt, um das KKW doch zu bauen. Die Regierung hat gedroht, die Führer der KKW-nein-Bewegung einzusperren, Gewerkschaftsgelder einzuziehen und weitere Repressionen anzuordnen, wenn die Gewerkschaften sich in den Weg der sogenannten 'lebenswichtigen' Projekte stellen. Aber der green ban wurde nicht aufgehoben; die meisten Gewerkschaften von Victoria stehen immer noch dahinter. Die sogenannte nukleare Lösung müßte noch viel mehr hinterfragt werden. Aber wir glauben, daß in Australien ein starkes Gefühl dafür übriggeblieben ist, daß wir selber eine größere Kontrolle über unsere eigenen Bodenschätze haben müssen."

Die volle Länge des Interviews und weitere Informationen können für 2.50 Dollar bestellt werden bei

- *Coevolution Quarterly, P. O. Box 428, Sausalito, CA 94965, USA oder*
- *Not Man apart, 529 Commerical street, San Francisco, CA, 94111, USA*

BESETZUNG EINES KKW-BAUGELÄNDES

SEABROOK, NEW HAMPSHIRE 15. April

„Die amerikanische Anti-KKW-Bewegung hat sich entschieden, am 30. April den Bauplatz von Seabrook zu besetzen. Bürgerinitiativen aus verschiedenen Staaten haben ihre Unterstützung zugesagt. Seabrook ist ein Symbol für die KKW-nein-Bewegung, denn hier soll zum ersten Mal in den USA eine Aktionsform gewählt werden, die nicht legalistisch abgedeckt ist. Sieben Jahre wurde in Seabrook auf rechtlichem Wege gegen den geplanten Bau der beiden 1.150 Megawatt-Reaktoren gekämpft; sechs umliegende Dörfer haben sich in Urabstimmung gegen das KKW entschieden. Trotz alledem hat die zuständige staatliche Nuclear Regulatory Commission (NRC) die Baugenehmigung erteilt. Am 1. August marschierten 18 KKW-Gegner von 600 Protestteilnehmern angefeuert auf den Bauplatz. Sie wurden sofort verhaftet. Am 22. August trauten sich schon 180 Leute auf den Platz mit einer Rückendeckung von 1.200. Sie wurden prompt verhaftet. Die Organisatoren der Proteste, die Clamshell Alliance, möchte die Besetzung so organisiert und diszipliniert wie möglich durchziehen. Es soll kein Demonstrant teilnehmen, wenn er nicht vorher an einem kurzen Seminar über nonviolent (gewaltfreie) Taktik teilgenommen hat, die von den Bürgerinitiativen an Ort und Stelle abgehalten werden."

aus: Liberation News Service (LNS)

1.600 MENSCHEN VERHAFTET

SEABROOK 5. Mai

Wir veröffentlichen folgenden Brief aus den USA:

„Wie schon Wochen zuvor bekanntgegeben worden ist, besetzten am 30. April über 1.800 gewaltfreie Demonstranten den AKW-Bauplatz in Seabrook, New Hampshire, USA. Die Besetzer, die sich in kleinen 'Bezugsgruppen' organisiert haben und sich durch intensives Training in gewaltfreiem Handeln auf die Besetzung und Verhaftung vorbereitet haben, drängten aus vier Richtungen auf das riesige Gelände und trafen dabei kaum auf Polizei. Sie verlangten einen endgültigen Baustop des Atomkraftwerks (zur Zeit liegt die Baustelle vorübergehend still, da die Baugenehmigung für die Kühlanlage angefochten wird).

Da es Samstag war und nicht gearbeitet wurde (Instandhaltungsarbeiten an der Baustelle sind noch erlaubt), bauten die Demonstranten ihr Lager auf Gelände, das außerhalb des Zauns lag, der um die Bauarbeiten gelegt worden war (ein einfacher Maschendrahtzaun). Am Tag zuvor hatten die Gerichte die einstweilige Verfügung gegen eine Demonstration auf dem Gelände der Public Service Company (PSC = Elektrizitätsunternehmen) abgeändert. Jetzt war lediglich das demonstrieren in dem umzäunten Teil des Geländes gerichtlich untersagt. Deshalb hat die Polizei auch nicht gleich eingegriffen. Die Demonstranten bereiteten sich auf eine längere Besetzung vor und machten Pläne für eine eventuelle Besetzung

des umzäunten Bauplatzes für den Fall, daß die PSC am Montag Arbeiter hinschicken würde. Aber so weit kam es nicht.

Sonntag, den 1. Mai um 15.30 Uhr, fing die Polizei an, die Besetzer zu verhaften. Die Demonstranten waren darauf gefaßt und ließen sich von den Polizisten abschleppen. Viele blieben auf dem Boden sitzen und mußten von der Polizei weggetragen werden. Die rund 300 Polizisten aus fünf Staaten (der Staat Massachusettes verweigerte seine Polizisten dort einzusetzen) hatten über 14 Stunden zu tun, bis sie die etwa 1.600 Besetzer festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und in provisorische Gefängnisse abtransportiert hatten (ungefähr 200 Besetzer sind der Polizei ohne verhaftet zu werden, entwichen). Die zahlenmäßig stark unterlegenen Polizisten haben sich während des Einsatzes sehr zurückgehalten. In der Nähe des Geländes fand am Sonntag eine Großkundgebung mit über 5.000 Teilnehmern statt. Sie ermöglichte vielen, die nicht mitbesetzen wollten oder konnten (wegen der hohen Wahrscheinlichkeit einer Verhaftung) auch ihre Meinung gegen AKWs zum Ausdruck zu bringen. An diesem Wochenende sind gleichzeitig in verschiedenen Städten Solidaritätsveranstaltungen durchgeführt worden.

Die Verhafteten sind wegen unbefugten Betretens privaten Geländes angeklagt. Die meisten müssen für ihre Freilassung 1[illegible] bis 200 Dollar Kaution hinterlegen. Einige haben auch wegen Mißachtung des Urteils schon 15 bis 20 Tage Gefängnisstrafe aufgebrummt bekommen. Die Demonstranten blieben solidarisch und wollen alle in Haft bleiben, bis alle ohne Kaution freigelassen werden. Die Clamshell Allicance, Organisator der Aktion, hat jetzt einen Prozeß gegen den Staat angefangen und fordert, daß alle Besetzer ohne Kaution freigelassen werden. Bei den symbolischen Besetzungen im August hatte es für fast alle Demonstranten Gerichtsverhandlungen und Gefängnisstrafen und/oder Bußgeld gegeben. Die Aktionen haben aber auch die Auswirkung gehabt, daß der Kampf gegen Atomkraftwerke bekannter wird. Ziel der Clamshell Alliance ist es, immer größere Zahlen von Demonstranten zu gewinnen (jedesmal das Zehnfache), bis entweder der Bauplatz ständig besetzt ist oder die PSC das AKW aufgibt. Dieses Mal waren es über 1.800, nächstes Mal . . . , wer weiß wieviel?

THE CLAMSHELL ALLIANCE, Box 962,
Seabrook, N. H. 03874, USA

Letzte Meldung:

[illegible]ie letzten von insgesamt 1.400 Männern und Frauen sind am Wochenende wieder freigelassen worden. Richter hatten die letzten 550 Demonstranten in Massensitzungen wegen unerlaubten Betretens des Werksgeländes des geplanten Kernkraftwerks Seabrook zu 15 Tagen Zwangsarbeit und 100 Dollar Strafe verurteilt. Die Demonstranten wollen gegen dieses Urteil Berufung einlegen.

SPECIAL BRANCH AUCH BEI DER BBC TÄTIG

LONDON 10.Mai Ende April protestierten etliche bei Radio BBC beschäftigte Mitglieder der Mediengewerkschaft, National Union of Journalists (NUJ), gegen die Mitarbeit des Special Branch bei der Besetzung von BBC-Stellen als Rundfunkjournalisten. Obwohl der Protest in erster Linie gegen die Nichtbekanntgabe des Ablehnungsbescheids bei Nichteinstellungen gerichtet war, geht es einigen NUJ-Mitgliedern inzwischen um die Abschaffung solcher Überprüfungsverfahren überhaupt. Daß die britische Geheimpolizei Special Branch „im Auftrag der BBC" Gesinnungsschnüffelei betreibt, mag einige bundesdeutsche Genossen überraschen, doch ist dieses jüngste Berufsverbot noch ein Beweis dafür, daß es auch in England ein Berufsverbot gibt. Nur mit dem Unterschied, daß in Großbritannien alles viel „dezenter" (d.h. unter der Hand) gemanagt wird.

Dies bestätigte indirekt ein Sprecher der BBC mit folgenden Worten: „Wie jede andere der Öffentlichkeit gegenüber verantwortungsbewußte Organisation, gehen wir bei der Besetzung von Stellen ziemlich vorsichtig vor." Doch die Behauptung der NUJ, es würden bei der Besetzung der Stellen sowohl der Special Branch wie auch das Innenministerium eingeschaltet werden, ist von der BBC nicht zurückgewiesen worden. Dementiert wurde lediglich ein im Londoner ‚Evening Standard' erschienener Bericht, demzufolge es bei der BBC selber einen ‚Q' und ein ‚Department Q' geben würde, die für solche Überprüfungsverfahren verantwortlich wären. Das Innenministerium weigerte sich, zu den Berichten Stellung zu nehmen, und zwar mit den Worten, die Besetzung von Stellen sei eine BBC-interne Angelegenheit.

Angesichts der sich häufenden Fälle von unbegründeten Nichteinstellungen scheint aber kaum noch Zweifel darüber zu bestehen, daß die BBC in solchen Sachen ziemlich eng mit dem Special Branch zusammenarbeitet. Jetzt wollen alle in London arbeitenden Rundfunkjournalisten bei dem für Anfang Juni angesetzten Treffen des NUJ-Vorstands eine Resolution vorlegen, in der die Abschaffung solcher Praktiken gefordert wird. Möglicherweise könnte damit der Kampf gegen das in England noch zumgrößten Teil heimlich praktizierte Berufsverbot aufgenommen werden.

NEUE REPRESSIONSWELLE GEGEN DIE STUDENTENBEWEGUNG

ROM 21. April Die neue Mobilation an den italienischen Unis gegen die Malfatti-Reform war in Rom wieder durch massive Polizeipräsens an der Uni beantwortet worden. Hierrüber wurde am Donnerstag morgen (21. April) auf einer Versammlung von etwa 3.000 Studenten diskutiert. Zwei Vorschläge zur Reaktion auf die provokante Situation im Univiertel kamen: 1. die Bullen gewaltsam rausschmeissen; 2. erneute Besetzung einiger Fakultäten. Letzteres wurde von der Versammlung dann beschlossen. Es wurde anschließend gleich ein Demonstrationszug gemacht, der mit der Besetzung der Fakultäten Literaturwissenschaften, Mathematik, Physik, Biologie endete; dies gegen 12.00 Uhr mittags.

Rektor Ruberti reagiert sofort: er ruft die Polizei zur Räumung. Die kommt, gegen 14.30 Uhr, und wie: ohne Ankündigung, vorneweg Bullentrupps zu Fuß, hinterdrein im Schritttempo die Panzerwagen. Sie haben leichtes Spiel, denn gegenüber dieser Übermacht ist Widerstand zu diesem Zeitpunkt kaum möglich; mit ein paar Tränengasschüssen treiben sie die Studenten aus dem Uni-Gebiet hinaus. Diese ziehen sich im angrenzenden Viertel San Lorenzo zusammen, diskutieren, informieren die Bevölkerung, die dort wohnt.

Gegen 15.30 Uhr beschließen die in San Lorenzo versammelten Rausgeflogenen, etwa 500, auf einen der Unieingänge zuzumarschieren. Sie kommen an, drinnen stehen die Bullen auf ca. 50 m vom Eingang. Nach wenigen Minuten beginnt das übliche Spiel: die Polizei fängt an wie wild Tränengas in die Menge zu schiessen, die Genossen schmeißen Steine zurück, einige Bullen schießen scharf, schließlich wird von beiden Seiten scharf geschossen. Eine hinter den Bullen stehende amerikanische Journalistin kriegt einen Schuß ins Bein.

Die Genossen, inzwischen ca. 1.000, ziehen sich von dieser Stelle wieder in Richtung San Lorenzo zurück, weil man nunmehr vor lauter Tränengas nicht mehr atmen und nichts mehr sehen kann; ca. 16.oo Uhr. Sie versammeln sich hinter einer aus drei Omnibussen errichteten Barrikade. Diese wird von den Bullen in einem kurzen Ausfall überrannt, die sich dann sofort

wieder zurückziehen und sich hinter der Barrikade um ihre Kräfte zu reorganisieren. Etwas weiter, hinter einen zweiten Barrikade, stehen die Genossen. Eine Gruppe von diesen, etwa 100, machen einen Ausfall auf die Polizei zu und schmeißen Mollis hinter deren Barrikade. Die Bullem stürmen an den Seiten hervor, mit Tränengas- und Pistolenschüssen. Der Sturmtrupp der Genossen haut ab, einige verschanzen sich hinter parkenden Autos. Aus einer kleinen Gruppe von Genossen, die hinter einem Auto stehen, werden Schüsse auf die sich nähernden Bullen abgegeben; zwei von ihnen werden getroffen: der 23jährige Polizeischüler Settimo Passamonti fällt tot um, einer seiner gleichaltrigen Kollegen bricht, durch einen Kopfschuss lebensgefährlich verletzt, zusammen. Die Genossen kriegen zunächst gar nicht mit, was passiert ist; alle hauen ab, denn die Polizei schießt jetzt aus vollen Rohren. Als sich die Nachricht verbreitet, daß ein Polizist getötet worden ist, kommt bei vielen Unsicherheit und Betroffenheit auf. Schließlich begeben sich alle zur Architektur-Fakultät, um eine Versammlung zur Rekonstruktion der Ereignisse und zur Diskussion darüber.

Die Positionen sind – grob gesagt – die schon von ähnlichen Anlässen her bekannten: auf der einen Seite die organisierten Autonomisten, die in der Schlacht an der Uni „notwendiges Niveau der Auseinandersetzungen sehen", auf der anderen Gruppen, wie etwa Lotta Continua, die den Autonomisten „abenteuerliche und selbstmörderische Positionen" vorwerfen.

ITALIEN: 8 REFERENDEN GEGEN FASCHISTISCHE GESETZE

Unter Boykott und Beschuß der bürgerlichen Kräfte und des Staates läuft im Augenblick die von LC und Partido Radicale organisierte Kampagne für die „8 Referenden".
Was sind diese:
1. Referendum für die Abschaffung des Konkordats, d.h. gegen das Übereinkommen zwischen dem Staat und der Kirche im Jahre 1929, wodurch der Kirche Sonderprivilegien und Geldgeschenke gegeben wurden.
2.–3. Referendum gegen MILITÄRKODEX und MILITÄRGERICHTE, wie sie durch faschistische Gesetze bestimmt werden. In Italien wird über die Demokratisierung der Streitkräfte oft geschwärmt, ohne daß in dieser Richtung ein Schritt gemacht worden ist.
4. Referendum für eine UNTERSUCHUNGSKOMMISSION, die in der Lage ist, gegen Bestechung und Korruption vorzugehen. Es ist wohl bekannt durch die Presse, daß prominente Politiker wie Staatspräsident Leone und Exregierungschef Rumor sich durch Tricks ihrer Verantwortung im Lockheed-Bestechungsskandal entziehen konnten.
5. Referendum: Abschaffung des REALE-GESETZES, d.h. des Gesetzes jenes langjährigen Justizministers A. Reale, das im Jahre 1975 verabschiedet wurde, das „Anweisungen zur Bewahrung der öffentlichen Ordnung" enthält. Dieses Gesetz hat die faschistischen Bestimmungen des Rocco-Kodex zur öffentlichen Ordnung verschärft statt sie zu mildern. Durch dieses Gesetz sind der Polizei Sonderrechte, in bezug auf ihr Einschreiten bei Verdacht, eingeräumt worden und es erlaubt den Polizisten, schneller zur Pistole zu greifen.
7. Referendum gegen die ÖFFENTLICHE FINANZIERUNG DER PARTEIEN, die im Parlament vertreten sind. Sämtliche Parlamentsparteien außer der Partito Radicale, die zusammen mit Lotta Continua die Referndum -Kampagne führt, bekommen vom Staat entsprechend ihrer Größe von der Democrazia Cristiana mit dem höchsten Betrag (17 Mrd. Lire) bis zum Manifesto-PdUP (1 Mrd. Lire). Die Partito Radicale hat ihre Milliarde abgelehnt: am 20. Juni 1976 hat sie einen Wähleranteil von 1,4% erreicht.
8. Referendum: Abschaffung des GESETZES ÜBER DIE PSYCHIATRISCHEN ANSTALTEN. Das Gesetz stammt aus dem Jahre 1904 und begreift die Irrenanstalten als Gefängnisse. (Siehe LC vom 31. März 1977, S. 6 und 9)

Bis zum 12. Mai 1977 sind rund 340.000 Unterschriften gesammelt worden; bis zum 15. Juni 1977 müssen schon 700.000 Unterschriften gesammelt sein, um die Änderung oder Abschaffung der angesprochenen Gesetze im Parlament beantragen zu können.

ROM Am 12. Mai wollte die Radikale Partei eine Feier zum Jahrestag des Siegs des Referendums für die Ehescheidung (12. Mai 1974) veranstalten. Das Innenministerium hatte die Teilnehmer und die Veranstalter davor gewarnt, sich in Rom, wo bis Ende Mai wegen der Studentenunruhen ein allgemeines Demonstrationsverbot verhängt worden ist, zu versammeln. Aber die Partito Radicale und Lotta Continua und andere Organisationen (MLS und PdUP) ließen sich nicht abschrecken. Zahlreiche Linksparlamentarier, darunter Terracini (PCI), Lombardi (PSI) u.a. unterstützten die Veranstalter.
Die Polizei war schon am Vormittag da, um den ganzen Platz (Piazza Navona) abzuriegeln: sie hielten die Genossen auf, die zu der Piazza Navona gehen wollte. Zu einer Straßenschlacht kam es am Spätnachmittag, als die Polizei angriff und zu schießen begann: Eine Genossin fand den Tod durch Bauchschußverletzung, sie war 19 Jahre alt.

Die Polizei kann von ihren modernen Waffen Gebrauch machen: sie verfügt über einen breiten Rückhalt im Parlament, wo die Vernichtung jeglicher Basisopposition systematisch geplant und von der KPI unterstützt wird.

Die brutale Auflösung die ser Veranstaltung sollte den Boykott der Referendum -Kampagne mit anderen Mitteln fortsetzen. Wenn die Veranstaltung und anschließend das Volksfest nicht gestört und zerstört worden wären, hätten die Genossen Tausende von Unterschriften sammeln und Tausende von Leuten aus der Bevölkerung erreichen können.

Am 12. Mai hat die Repression der Kräfte des „historischen Kompromisses" einen ihrer Höhepunkte erreicht. Das Motto der Regierungsparteien lautet: soviel Parlamentarismus wie möglich, soviel Opposition wie nötig, d.h. gar keine!

EUZKADI – SPANIENS ULSTER

EUZKADI 18. Mai Mit der Woche für die Generalamnestie für die politischen Gefangenen in den vier spanischen Provinzen von Euzkadi (Baskenland) fing es an (ab 9. Mai). Von allen politischen Parteien unterstützt und zunächst mit Informationsveranstaltungen der Kommission 'Pro Amnistia' realisiert. Auch die christdemokratische PNV (Partido nacional vasca) unterstützte die Kampagne. Auch die Gewerkschaftszentralen der sozialistischen UGT, der christlichen USO, der anarchistischen CNT, der baskischen STV und der kommunistischen CCOO (Arbeiterkommissionen).

In der Industriestadt Rentería in der baskischen Provinz Navarra wurde am Donnerstag, 12. Mai, die erste Demonstration innerhalb der Amnestie-Kampagne gemacht. Die Guardia Civil erschoß den 78jährigen Rafael Gómez – mit einer Maschinengewehrgarbe aus 30 Metern Entfernung. Einen Tag später, am Freitagabend, ermordete die Policia armada den 28jährigen Setzer José Luis Cano in Pamplona, der Provinzhauptstadt von Navarra.

Drei Augenzeugen berichten, wie es dazu kam: „Gegen viertel nach acht abends gab es einen Zusammenstoß zwischen etwa 50 Demonstranten und verschiedenen Polizisten, letztere versteckten sich zwischen den parkendenden Autos und fingen an zu schießen. José Luis Cano nahm einen Stein, warf ihn auf die Uniformierten und rannte in die nahegelegene Manuel-

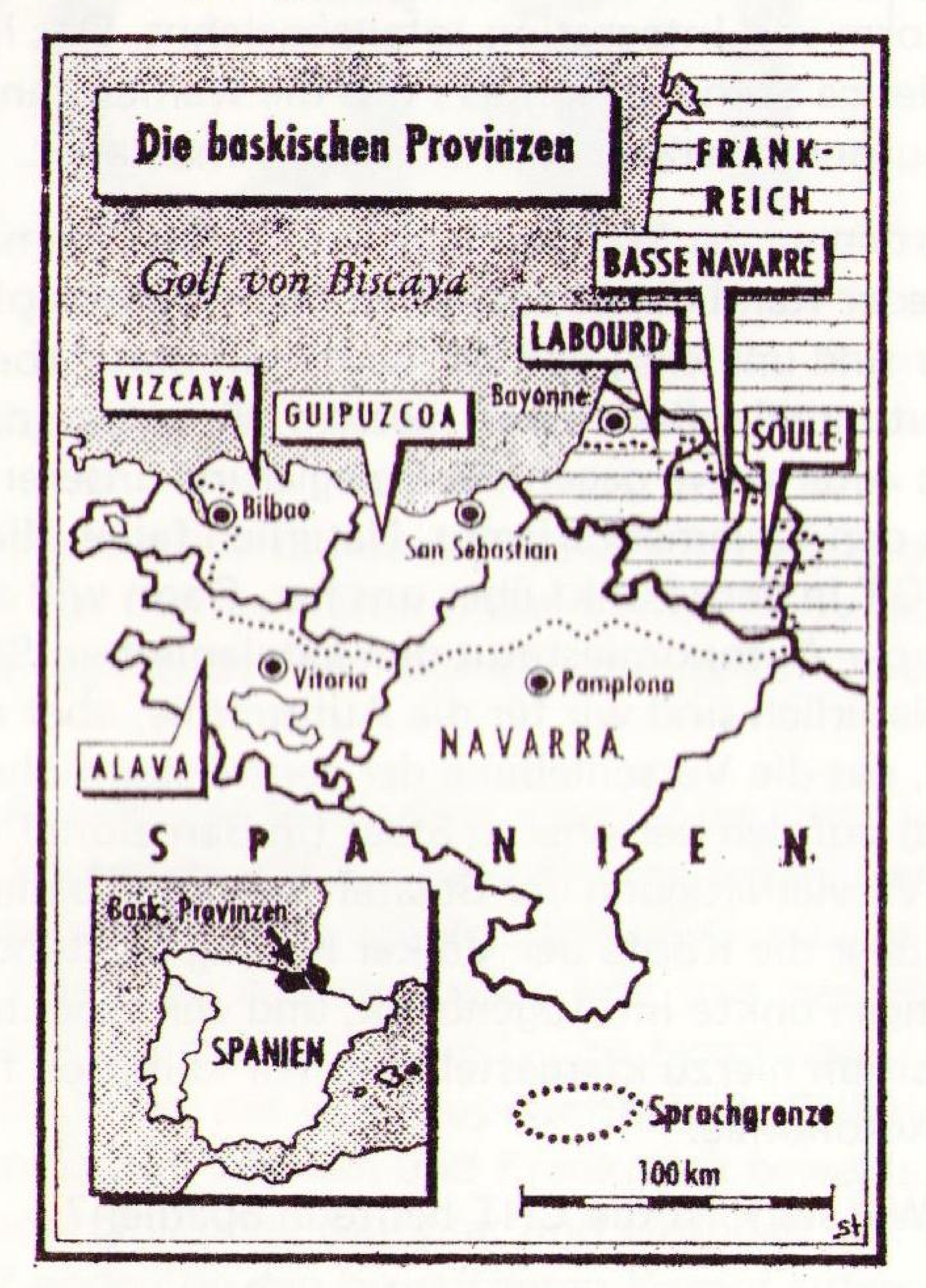
Kneipe. Inzwischen schossen mehrere Polizisten mit ihren Pistolen. Als José Luis die Kneipe verlassen wollte, packte ihn ein Uniformierter und schlug ihn mit dem Gummiknüppel. In diesem Moment kam ein uniformierter Unteroffizier dazu, schlug José Luis mit seiner Pistole auf den Kopf und, als der zu Boden stürzte, schoß er ihm aus weniger als einem Meter Entfernung von hinten eine Kugel in den Nacken. José Luis Cano war sofort tot."

Der Besitzer der Kneipe, die gerammelt voll war, kam heraus und fragte den Mörder, ob sie alle umbringen wollten. Er bekam vom Unteroffizier zwei Ohrfeigen, und die Uniformierten gingen weg.

Am Samstag wurde von vielen Balkons in Pamplona die Ikurrina, die baskische Fahne, versehen mit einem Trauerflor, rausgehängt. Die Uniformierten schossen wiederholt auf Balkons und sogar durch geschlossene Fenster. Dabei wurde der 72jährige Luis Santamaria Miquelena, der auf dem Balkon seines Hauses stand, erschossen. Die Zeitungen verbreiteten teilweise die Version, er habe, als neben ihm Kugeln in die Wand einschlugen, einen Schock erlitten. Augenzeugen haben dies widerlegt.

Etwa zur gleichen Zeit griffen Uniformierte eine Demonstration in Pamplona mit Tränengas, Gummikugeln und Rauchbomben an. Viele wurden verhaftet und der 15jährige Jesus Burguete Aztozqui von einer Rauchbombe lebensgefährlich am Kopf getroffen.

An diesem Samstag begann in der Provinz Navarra der Generalstreik.



Am Sonntag wurden in Pamplona und Bilbao, der Hauptstadt von Vizcaya, Barrikaden gebaut. Gegen sie traten ganz offen und gemeinsam mit den Uniformierten zivile bewaffnete Faschisten auf. Im Pamploneser Stadtviertel Rochapea erreichte die Straßenschlacht nordirische Ausmaße. Stundenlang verteidigten sich Demonstranten mit Barrikaden aus umgestürzten Autos und brennenden Autoreifen gegen die Polizei. Erst die Unterstützung von zivilen Faschisten mit weißen Armbinden ermöglichte es den Repressionsorganen, das Stadtviertel zu erobern.

In Zaragoza, Madrid und Barcelona gab es Sympathie- und Solidaritätsaktionen. Vor einer Kirche in Madrid ketteten sich die Angehörigen baskischer politischer Gefangener aneinander. In Barcelona wurde eine Polizeistation mit Molotowcocktails angegriffen. Vor allem Autobusse wurden hier zu Barrikaden verarbeitet und quergestellt.

Die FAZ schrieb (am 18.5.), solche Straßenkämpfe habe es seit dem Bürgerkrieg im Baskenland nicht mehr gegeben.

Am Sonntagabend gab es in dem Ort Ortuella bei Bilbao den vierten Mord durch Uniformierte innerhalb von drei Tagen. Nach einer Hochzeitsfeier in einer Kneipe gingen fünf Leute zusammen nach Hause. An einer Ecke tauchen plötzlich Uniformierte auf. Zwei der Hochzeitsleute rennen weg, die anderen drei bleiben stehen und werden furchtbar zusammengeschlagen. Hinter den beiden Fliehenden kniet sich ein Uniformierter auf den Boden, legt an und schießt einen von ihnen in den Kopf, es ist der 31jährige Manuel Fuentes, Mitglied der Arbeiterkommissionen. Dann hauen die Uniformierten ab. Unterdessen versuchen die Freunde des Angeschossenen, ihm zu helfen, auch Nachbarn eilen herbei. Sie müssen jedoch wieder verschwinden, als neue Uniformierte auftauchen. So kommt es, daß der Angeschossene im Park verblutet.

Am Montag, 16. Mai, ist selbst in den staatlichen Radios eine Reaktion auf die Morde zu hören: sie spielen nur feierliche Musik. Die ETA verkündet ein Ultimatum: falls bis Dienstagfrüh (24. Mai) nicht sämtliche politischen Gefangenen in Euzkadi freigelassen sind, werde sie den bewaffneten Kampf wieder aufnehmen.

Auch die übrigen Provinzen von Euzkadi nehmen den Generalstreik auf. Euzkadi ist zu 100 Prozent lahmgelegt. Nur die spanische KP und die von ihr kontrollierten Arbeiterkommissionen lehnen eine Beteiligung bzw. Unterstützung des Generalstreiks ab. Marcelino Camacho, Mitglied des ZK der KP und Führer der Arbeiterkommissionen, darf abends in der Tagesschau zehn Minuten zur Beendigung des Streiks aufrufen. Die Arbeiterklasse solle bis zum 15. Juni (erste 'freie' Wahlen in Spanien seit dem Bürgerkrieg) Ruhe halten.

DIE „CNT" UND DIE „LIBERTÄRE BEWEGUNG" IN SPANIEN

INTERVIEWS MIT LUIS ANDRES EDO (von LIBÉRATION und ID)

FRANKFURT 3. Mai Vor etwa zwei Wochen veröffentlichte die „Libé" ein Interview mit Luis Andres Edo, dem derzeitigen Generalsekretär der CNT (Nationaler Arbeitsbund) von Katalonien. Zur gleichen Zeit hatte einer vom ID ein längeres Gespräch mit ihm. Wir veröffentlichen deshalb die einander ergänzenden Passagen.

Luis Andres Edo ist ein 51 Jahre alter Bauarbeiter und hat seit kurzer Zeit das Generalsekreteriat der Koordinationskommission der CNT von Katalonien inne. Er ist im Juni 1976 aus dem Gefängnis entlassen worden, als seine fünfjährige Strafe durch eine Amnestie auf zwei Jahre reduziert worden war. Als aktiver Militanter der anarchistischen Bewegung hat er 15 Jahre im Exil in Frankreich gelebt und von seiner Zeit in Spanien seit 1966 fast zehn Jahre in spanischen Gefängnissen verbracht.

Anfang dieses Jahres hat er das erste katalanische Plenum der CNT seit dem Bürgerkrieg mitvorbereitet, auf dem 250 Delegierte etwa zweieinhalb Monate lang jedes Wochenende über aktuelle Probleme diskutiert haben. Dieses Plenum hat Luis Andres Edo zum Generalsekretät gewählt. Demnächst soll das zweite katalanische Plenum stattfinden, auf dem über das Autonomiestatut, die Wahlen und die völlige Amnestie diskutiert wird. „Denn — sagt Luis Andres Edo — die CNT tritt wie schon immer für die völlige Amnestie ein, nicht nur für die der politischen Gefangenen. Ein anarchistischer Gefangener versteht sich deshalb auch nie als politischer, sondern als sozialer Gefangener."

LIBÉ–INTERVIEW

EDO: Die CNT heute? Die CNT ist nicht eine Organisation wie alle anderen. Bei uns gibt es keine hauptamtlichen Funktionäre. Die CCOO (Comisiones obreras = Arbeiterkommissionen, heute von der KP kontrolliert) hingegen haben über 100 Leute, die sie

bezahlen, die UGT (von den Sozialisten/Sozialdemokraten kontrolliert) ebenfalls. — Wir stellen die Autonomie der Arbeiter über alles. Der Roca-Streik nimmt in diesem Zusammenhang eine prinzipielle Dimension an. Roca hat in seiner Geschichte eine paternalistische Ausbeutungspolitik entwickelt: neben dem Betrieb gibt es die Roca-Stadt, die Roca-Schule usw. Ein wahres Indianerreservat. Diese Abhängigkeitssituation brachte in den sechziger Jahren wenig kämpferische Initiativen der Arbeiter hervor. Der Streik, der soeben zu Ende ging, hat nur drei Monate gedauert, und es ging dabei weniger um wirtschaftliche Forderungen; der Streik brach aus, um die Kündigung eines einzigen Delegierten rückgängig zu machen. Im Spiel war also die Durchsetzung der durch die Vollversammlung der Arbeiter gewählten und absetzbaren Delegierten. Dieser Streik hat sich am Leben gehalten, trotz der durch die Linke und die CCOO betriebenen Isolierung, trotz des Schweigens der Presse. Es war ein Streik um die Autonomie.

Bei Roca gibt es nicht mal eine CNT-Gruppe innerhalb des Betriebes. Einige Sympathisanten, vielleicht ein halbes Dutzend. Dieser Streik hat eine neue Entwicklung gezeigt, den Bruch mit den vertikalen Gewerkschaften, mit der Diktatur der CCOO, mit dem traditionellen Syndikalismus. Wir haben ihn unterstützt. Wir haben unsere ganzen Kräfte investiert. Heute ist der Streik beendet, die Konfliktpunkte bestehen jedoch weiter fort. Wie Du weißt, sind 42 Leute gekündigt worden.

FRAGE: Aber die CNT ist doch jedenfalls offiziell eine Gewerkschaft?

EDO: Ja, die Struktur ist vorhanden, das ist auch alles. Aber, wir kämpfen gegen diese formale Seite der Organisation. Wir machen Anti-Syndikalismus. Jede traditionelle Gewerkschaft strukturiert sich nach kapitalistischem Modell. —

Die Stärke der CNT kann man heute nicht bemessen nach der Zahl der Mitgliederkarten. Es wäre idiotisch, solche Kriterien anzuwenden. Die CNT bemisst sich nach ihrer Anwesenheit und Intervention in den realen Bewegungen.
In Katalonien z.B. gibt es 6000 Mitglieder, aber die Bewegung in den Stadtteilen überrollt uns. In Madrid gibt es nicht 25 000 CNT-Leute, sondern 2000. Aber in San Sebastian waren es 25 000 (s.ID 175). Es wäre unsinnig, diese 25 000 alle der CNT zuzuschreiben. Die CNT handelt eher als autonome Bewegung, denn als Gewerkschaft. Natürlich gibt es innerhalb der CNT Auseinandersetzungen mit der Richtung, die sich als Gewerkschaft mit der ganzen formal organisatorischen Dimension versteht; es gibt auch diese CNT. Meistens operiert die CNT gegen ihre eigenen Strukturen. Die CNT sucht im Moment noch ihren Weg, sie ist offen für alle Initiativen, die mit dieser Gesellschaft brechen. Wir sind z.B. sehr an der atheneistischen Bewegung interessiert. Das Atheneum ist ein Ort sozialer und kultureller Aktivitäten, der in der Vergangenheit von der CNT und der libertären Bewegung ins Leben gerufen worden ist, und zwar für die Arbeiter in den Stadtteilen.

Wir beschäftigen uns mit Ökologie. Wir versuchen eine Unterstützungs- und Koordinierungsfunktion für alle autonomen Bewegungen zu haben. Das Problem hierbei ist, die tägliche Verbindung, die Form organisatorischer Verbindung mit all diesen Bewegungen zu finden. Die Bewegungen gehen ihren eigenen Weg. Die CNT unterstützt sie. Während des Streiks bei Roca gab es fünf Solidaritätskomitees innerhalb der CNT, dann noch die „Mujeres Libres" (Freie Frauen — anarchistischer Frauenverband) und das Komitee der Stadtteilvereinigungen. An irgendeinem Punkt mußte dies alles zusammengefaßt werden. Diese Zusammenfassung läuft also, wenn es notwendig ist, wenn die autonome Bewegung es notwendig macht.

Darüberhinaus gibt es innerhalb der CNT eine moderne gegenkulturelle Strömung. Die CNT ist im Moment sehr vielfältig und schwer definierbar. Sie hat noch keine Form angenommen. Die Zukunft der libertären Bewegung hängt ab vom Aufeinandertreffen und der Auseinandersetzung zwischen normativer Struktur und autonomer Bewegung, von der Infragestellung der Alltäglichkeit. Sollte diese Konfrontation auf einen Bruch hinauslaufen, so wäre das sehr schlimm.

Die CNT wird von vielen abgelehnt, weil da noch immer Vorurteile bestehen hinsichtlich des klassischen Schemas einer sich als syndikalistisch verstehenden Organisation. Dieses Bild wird jedoch nicht mehr lange bestehen. Es gibt heute eine CNT, die sich mit kulturellen Problemen beschäftigt und sich mit allen modernen Strömungen auseinandersetzt.

Daß es zwei Arten von CNT gibt, haben wir am besten während des Bürgerkriegs gesehen. Da gab es die eine CNT, die neue Formen der Auseinandersetzung schuf, und die andere CNT, die sich in der Bürokratie verfing. Eine CNT, die sich um die Revolution, eine andere, die sich um die Konterrevolution bemühte. Ich meine damit nicht bestimmte Leute; es handelt sich dabei um ein Phänomen, das bis jetzt in allen Revolutionen aufgetreten ist. Das liegt nicht in der Absicht der einzelnen Militanten.

Wie ich schon sagte, wir versuchen, eine Unterstützungskraft für die Entwicklung einer autonomen Bewegung zu sein. Es gibt z. B. eine ganze Reihe sogenannter Einheitsstrukturen: die COS (Koordinierung der gewerkschaftlichen Organisationen), die CSUT (gewerkschaftliche Konföderation der Arbeitereinheit), die Demokratische Konvergenz usw. Die CNT hat sich immer geweigert, diesen Organisationen beizutreten. Sie hat jede Form von Integration total abgelehnt. Das ist eine sehr schwierige Sache, besonders was die Wahlen (am 15. Juni) und das Autonomiestatut für Katalonien anbelangt.

Wir werden an der Wahlkampagne nicht teilnehmen. Wir werden weder Kandidaten aufstellen noch Wahlempfehlungen geben. Wir sind uns klar, daß wir heute mit den Arbeitern über Arbeiterautonomie diskutieren müssen. Wir setzen die direkte Aktion als Alternative gegen die Delegierung unserer Rechte und gegen den Parlamentarismus. Natürlich fallen die CCOO und die UGT in dem Punkt über uns her. Dann will man uns im Herbst per Autonomiestatut den katalanischen Staat bescheren. Natürlich sind wir für die Autonomie, aber nicht für ein Statut, das die Verschiebung der zentralstaatlichen Macht (in Madrid) auf den peripheren Staat (in Barcelona) organisiert. Die Vervielfältigung der Staaten kann nur bedeuten, daß diese sich über die Köpfe der Völker hinweg verständigen. Das sind wichtige Punkte im Augenblick, und wir möchten, daß unsere Position hierzu klargestellt ist. Wir kämpfen für die libertäre Autonomie.

FRAGE: Wie stark ist die CNT heute in Spanien?

EDO: Das hängt von den verschiedenen Sektoren und von den Regionen ab. Die Toleranzschwelle ist nicht überall so hoch wie in Katalonien. In Andalusien, Aragon, Kastilien usw. haben die Leute noch Angst. Sie können sich nicht vorstellen, sich öffentlich darzustellen. Hier in Barcelona haben wir Demonstrationen von Arbeitern und der politischen Bewegung gesehen, bei denen sich die Zahl der Teilnehmer zwischen 100 und 150.000 bewegte. Man kann sogar sagen, daß es an manchen Abenden gegen 22.00 Uhr auf den Ramblas ganze anarchistische Bereiche gibt.

FRAGE: Wie verhält sich die KP euch gegenüber?

EDO: Der Streik von Roca hat Spannungen geschaffen, denn die CNT intervenierte dort in Baix-Llobregat in einer Gegend, die traditionell Hochburg der CCOO war. Die KP muß heute unsere Stärke in Betracht ziehen. Wir haben heute in Katalonien die höchste Zuwachsrate von ganz Spanien, und zwar in 3 bis 4 Monaten einen Zuwachs von 300 bis 400 %.

FRAGE: Geht die CNT heute wie auch 1936 der Bewegung im übrigen Spanien voran?

EDO: Katalonien ist der Geburtsort der CNT. Hier wurde 1910 die CNT gegründet, ausgehend von der Gruppe 'Arbeitersolidarität'. Bis 1936 war die CNT Kataloniens der Motor der Konföderation. Heute scheint sich die Geschichte in einem Punkt zu wiederholen: Katalonien, das nicht nur katalanisch ist, weil hier tausende von Emigranten aus Andalusien, Kastilien, Aragon, Murcia usw. leben, scheint wieder zum Motor der Bewegung auf der iberischen Halbinsel zu werden. Die Entwicklung der CNT Kataloniens kann richtungsgebend und entscheidend sein für die Entwicklung der CNT überhaupt. Und dies nicht nur in Spanien, sondern für die gesamte europäische Arbeiterklasse, die versucht, Autonomie und Organisation zusammenzubringen.



ID-INTERVIEW

FRAGE: Wie hat sich seit dem Ende des Bürgerkrieges bzw. seit Beginn der Franco-Diktatur das Verhältnis zwischen der Arbeiterbewegung und dem bewaffneten Widerstand entwickelt?

EDO: Bis Anfang der 50er Jahre – genau bis zum Generalstreik von Barcelona 1952 – hat sich eine relativ starke Widerstandsbewegung gehalten, die hauptsächlich mit den Alliierten in der Hoffnung zusammenarbeitete, mit ihrer Hilfe den Faschismus – wie in Deutschland – zu zerschlagen. In diesem Guerilla-Krieg, der sich hauptsächlich im Gebiet der Pyrenäen zwischen Spanien und Frankreich bewegte, nahmen vor allem anarchistische Kämpfer und Gruppen teil. Die KP hatte 1947 endgültig den bewaffneten Kampf aufgegeben. Mit der Niederschlagung des Generalstreiks begannen zehn Jahre Kalter Krieg, nicht nur in Spanien, sondern in ganz Europa und den USA. Die Repression ließ den Widerstandsgeist resignieren. Weltweit setzte Friedhofsruhe ein. Mit dem asturischen Bergarbeiterstreik 1962, in dem die ersten 'comisiones obreras – Arbeiterkommissionen' gebildet wurden, begann in Spanien eine neue Phase: vom antifaschistischen zum antikapitalistischen Widerstand. Die CNT existierte zu dieser Zeit praktisch nicht. Kristallisationspunkt der neuen Arbeiterbewegung wurden die Arbeiterkommissionen, in denen sich bald alle Parteilinien Richtungs- und Einflußschlachten lieferten. Angesichts dieser Entwicklung einigte sich die Inlands- mit der Auslands-CNT auf eine gemeinsame Plattform (1962) mit den Schwerpunkten: Allianz mit den bestehenden Arbeiterorganisationen UGT und SOV (baskische Arbeitersolidarität) sowie direkte Aktion. Dann kam der Pariser Mai 68.

FRAGE: Welche Bedeutung hat der Pariser Mai für die anarchistische Bewegung in Spanien gehabt?

EDO: Ich persönlich glaube, daß durch den Mai 68 die Verschwörung des Schweigens über die anarchistische Bewegung, die seit ihrer Zerschlagung durch den Franco-Staat Anfang der 50er Jahre aufrecht erhalten worden war, in Spanien und in Europa völlig gebrochen worden ist. Seitdem wäre allerdings eine Änderung der politischen Linie notwendig gewesen. Der Linie, die etwa 1962 im Zuge des Wiederauflebens der Arbeiterbewegung beschlossen wurde. Die Veränderung hat aber nicht stattgefunden. Man hätte z. B. einen Zusammenschluß der autonomen bewaffneten Gruppen erreichen müssen, um diese Linie der direkten Aktion zu verstärken. Auch deshalb, weil die bewaffneten Gruppen über die wirksame Unterstützung von Streiks hinaus vor intellektueller Bevormundung nicht gefeit waren. Ich glaube, es ist die Schuld der anarchistischen Bewegung, die Plattform der Jahre 1962/63 nicht verändert zu haben.

Aufs Ganze gesehen meine ich heute, daß die bewaffnete Aktion es zwar erreichte, daß die Verschwörung gegen uns nicht mehr so allgemein aufrecht erhalten werden konnte. Ich meine aber, daß die bewaffnete Aktion, nachdem sie einmal dieses Ziel überschritten hatte, unter den heutigen Bedingungen in Spanien ein Akt völliger Verzweiflung ist, und ich lehne sie daher ab. Denn der Prozeß der Radikalisierung der Arbeiter läuft nicht parallel, so daß das ursprüngliche Motiv der bewaffneten Aktion, die Arbeiterkämpfe zu unterstützen, weggefallen ist.

FRAGE: Was verstehst du unter 'direkte Aktion'? Ist sie rein militärisch zu definieren oder hat sie auch politische Dimensionen?

EDO: Neulich habe ich an einer Debatte im Fernsehen teilgenommen, bei der neben der CNT auch die anderen Gewerkschaftszentralen vertreten waren: die (sozialistisch-sozialdemokratische) UGT, die (Kommunistische) CCOO, die (christdemokratische) USO und die SOC (Katalanische Arbeitersolidarität). Es ging um das Thema 'Die Arbeiterbewegung und die Wahlen'. Natürlich waren alle mit den Wahlen einverstanden. Ich habe dann für die CNT die beiden Positionen einander gegenübergestellt: allgemeines Wahlrecht – direkte Aktion. Ich habe gesagt, daß wir das allgemeine Wahlrecht nicht ablehnen, weil wir gegen die Freiheit sind, sondern weil wir für die Freiheit sind. Denn das Wahlrecht stammt aus der französischen Revolution, einer bürgerlichen Revolution, also von der Bourgeoisie. Und wir glauben nicht an die bürgerlichen Freiheiten. Deshalb lehnen wir das Wahlrecht als eine bürgerliche Freiheit ab. Wir stellen dem die direkte Aktion gegenüber: der Arbeiter oder das Individuum delegiert seine Rechte und Interessen nicht für eine bestimmte Zeit an einen Senator oder Abgeordneten, sondern er übt sie selbst aus und verwirklicht sie selbst. Und ich habe gesagt, daß aus historischen Gründen – also Gründen, die veränderbar sind – weite Teile der Arbeiterbewegung und breite Strömungen im Volk dies heute noch nicht verstehen werden. Insofern ist die Situation heute anders als vor 40 Jahren, als es für die Mehrheit des Volkes klar war, daß der bürgerliche Staat ihre Probleme nicht lösen konnte. Aber wir gehen dieses Risiko ein, weil zur Zeit niemand die anti-parlamentarische Fahne hochhält.

FRAGE: Nicht nur die CNT als gewerkschaftliche Struktur der Arbeiter ist im Wachsen begriffen, sondern auch die libertäre Bewegung. Finden sich in ihr im Vergleich zur CNT mehr Intellektuelle als Arbeiter?

EDO: Nein, die libertäre Bewegung hat ihre Wurzeln in der Arbeiterbewegung. Die große Überraschung für uns aber ist, daß es heute eine große Beteiligung von Intellektuellen gibt, von Studenten, Lehrern, Schriftstellern, Ärzten und Rechtsanwälten. Im Gegensatz zu anderen Ländern, wo der Einfluß der Intellektuellen auf den Anarchismus bisher größer ist, spielt in Spanien der Einfluß der Arbeiter die wichtigste Rol-

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

**Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !**

Posteinlieferung des letzten ID: Montag (Nr. 178)

le. Es gibt nun ein allgemeines Phänomen, in dem verstärkt Intellektuelle auftreten: die 'contracultura' (Gegenkultur); da hat der Beitrag des anarchistischen Denkens eine große Bedeutung, es ist nicht das alles Bestimmende, aber sehr wichtig. Ich glaube allerdings, die wirkliche, die eigentliche Gegenkultur ist die herrschende Kultur. Was wir anstreben, ist die eigentliche Kultur. Aus anarchistischer Sicht gibt es zwei Konstanten, zwei Prinzipien, die in der Menschheitsgeschichte immer vorhanden waren und die immer bestehen werden, die also nicht historisch sind: die Freiheit und die Solidarität. Darauf beruht unsere Kultur. Die herrschende Kultur aber besteht auf dem Fehlen von Solidarität, sie besteht auf Konkurrenz, sie steht im Dienst der Spaltung in Klassen. Sie ist die Anti-Kultur. In unserer Kultur ist die Phantasie zuhause.

Mehr Informationen in: „Autogestion – Die libertäre Bewegung in Spanien 1868 bis 1976", Autorenkollektiv Heidelberg. Über die Ausdrucksformen der libertären Kultur wie Theater, Kino, Zeitungen etc. versuchen wir mehr zu erfahren.

EXMONTENERO CARLOS MARGUID IN LIMA VERSCHWUNDEN

LIMA/PERU
25. April

Seit dem 12. April ist der 34jährige argentinische Fernsehfachmann Carlos Marguid in Lima verschwunden. Marguid war wegen Beteiligung an Entführung und Tod des argentinischen Ex-Präsidenten Aramburu 1970 durch die Monteneros zunächst zu 8 Jahren Haft verurteilt worden, bei einer Amnestie 1973 jedoch entlassen worden. Zu diesem Zeitpunkt trennte er sich von den Montoneros, wurde jedoch 1974 erneut verhaftet und optierte dann entsprechend den argentinischen Ausnahmegesetzen für eine Übersiedlung nach Peru. Seit 1975 arbeitete er in Lima, wo er eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen hatte, im Telekommunikationszentrum der Universität Catolice.

Anlässlich des Besuchs des argentinischen Staatspräsidenten Videla Anfang März in Lima wurde er wie zahlreiche andere Exilargentinier sowie einige Peuaner vorübergehend in Haft genommen. Ohnehin unterlag er in Lima ständiger polizeilicher Überwachung, obwohl klar war, daß er keine Beziehungen mehr zu den Montoneros unterhielt. Da er jedoch mit der Schwester der im Dezember 1976 ermordeten Montonera Norma Aróstito verheiratet ist, wurde er weiterhin überwacht.

Proteste der Universität Catolice, der Anwaltskammer, sowie anderer Organisationen in Peru haben das peruanische Innenministerium bisher nur dazu veranlasst, jegliche Verantwortung am Verschwinden Marguids zu dementieren. Es besteht der Verdacht, daß Marguid in einer konzentrierten Aktion von peruanischem und argentinischem Geheimdienst entführt wurde – sein Leben ist in höchster Gefahr!

Marguids Entführung hängt offenbar mit dem sogenannten Skandal Graiver zusammen, der z.Zt. Argentinien erschüttert und in den vor allem führende Industrielle der Peron-Zeit, wie der Industriellenchef und Exwirtschaftsminister Perons, José Ber Gelbard, sowie die Gruppen um die angesehene Tageszeitung La Opinion hineingezogen wurden. Der im August 1976 unter mysteriösen Umständen in Mexiko verunglückte Bankier David Graiver soll über seine Banco Comercial in La Plata, 50 km südlich von Buenos Aires, 17 Mio Dollar des 60 Mio Dollar Lösegelds verwaltet haben, das die Montoneros 197[illegible] durch die Entführung der Industriellenbrüder Born erpressten.

Diese von einer kleinen, extrem rechtsradikalen und antisemitischen Zeitung zuerst veröffentlichte Meldung wurde der Aufhänger für die Verhaftung von mindestens 80 Personen in Argentinien, darunter die Familie des polnischstämmigen Juden Graiver sowie mehrerer Führungskräfte der Zeitung Opinion, darunter der Direktor Jacobo Timerman und der Geschäftsführer Edgardo Sajon.

Opinion wurde mit Geldern jüdischer Gruppen 1971 während der Präsidentschaft General Lanusses gegründet, dessen politische Linie die Zeitung unterstützte und der die Wahlen vorbereitete, die mit dem Sieg Hector Camporas die Rückkehr Perons 1974 vorbereiteten. Graiver galt als Mitfinanzier von Opinion. Kontaktmann der Montoneros zu ihrem „Guerilla-Bankier" soll Carlos Marguid gewesen sein, obwohl andere Quellen den Exwirtschaftsminister Ber Gelbard nennen.

Die politischen, wirtschaftlichen und persönlichen Beziehungen zwischen General Lanusse, der Zeitung Opinion, der Gruppe Graiver und ihre angeblichen oder tatsächlichen Beziehungen zu den Monteneros spielen vordergründig eine entscheidende Rolle in den innerargentinischen Auseinandersetzungen, die von rechtsradikalen und stark antisemitischen Gruppen einerseits und sogenannten „gemäßigten" Kräften andererseits ausgetragen werden und bei denen die um Expräsident General Lanusse bestehenden Interessen offenbar auf das weiterhin bestehende Prestige von Lanusse innerhalb der Streitkräfte setzen, um eine ‚politische Lösung' der Terrorherrschaft in Argentinien zu erreichen.
(inzwischen wurde Lanusse verhaftet)

BILDERDIENST
Folgende Fotos können bestellt werden:
- Streik der Medizinstudenten in Frankfurt
- Veranstaltung zum Russell-Tribunal in Hamburg (s. ID 177)
- Karikaturen und Plakate zum Thema KKW
- 1. Mai Demonstration Hamburg